

# Protokoll

über den ersten Congreß

der

social-demokratischen Arbeiterpartei

zu

Stuttgart

am 4., 5., 6. und 7. Juni 1870.

---

Preis 2 Sgr. = 7 Kr. südd. = 10 Kr. österr.



Leipzig 1870.  
Druck von F. Thiele.

## Die Vorversammlung am 4. Juni Abends

im Haaf'schen Saale.

In Abwesenheit des Vorsitzenden des Ausschusses eröffnet Spier-Wolfenbüttel die Versammlung um 9 Uhr Abends.

Er begrüßt in kurzer Anrede die Delegirten. „Eingetretene Umstände“, so fährt er fort, „sowie andererseits die Häufung des Stoffes für die geschlossenen Versammlungen lassen es dringend nothwendig erscheinen, eine Veränderung der beabsichtigten Tagesordnung vorzunehmen. Zunächst müssen wir jedoch zur Wahl des Bureaus schreiten.“ Es wird beantragt und beschlossen, 2 Vorsitzende und 3 Schriftführer zu wählen. — Zum ersten Vorsitzenden wird Weib-Hamburg, zum zweiten Vorsitzenden Bebel-Leipzig, zu Schriftführern: Gürer-Stuttgart, M. Meißner-Breslau und C. Bürger-Göppingen gewählt. — Das Bureau konstituiert sich. Weib dankt im Namen desselben für die Wahl und ersucht sodann, zunächst eine Mandat-Prüfungskommission zu erwählen. In dieselbe werden Haaf-Göppingen, Lehendeker-Mainz und Bollinger-Frankfurt gewählt.

Spier bittet, in Rücksicht auf die Abwesenheit Braß's die Wahl einer Kassenrevisionskommission und die Rechnungslegung bis morgen, Sonntag den 5., zu verschieben.

Liebknecht-Leipzig wünscht, daß die Rechnungsprüfung der Waldenburger Strikerkasse ebenfalls der Kassen-Kontrollkommission überwiesen werde.

Der Vorsitzende schlägt vor, zunächst einen Ort für die Kassenrevisionskommission und sodann 3 Personen in demselben als Revisoren zu wählen. Es werden gewählt: als Sitz der Kassenrevisionskommission Hamburg, als Revisoren Müller, Ockelmann und Weib und haben diese ihren Bericht im „Volksstaat“ zur Kenntniß der Partei zu bringen. Von der Wahl von Kommissionen oder Ausschüssen wird auf Antrag von Metzner-Berlin vorläufig Abstand genommen.

Der nächste Punkt der Berathung ist die Festsetzung der Tagesordnung der öffentlichen Versammlungen.

Liebknecht beantragt die beiden auf der bisher für die öffentlichen Sitzungen beabsichtigten Tagesordnung obenan stehenden Vorträge über die politische Stellung der Partei (Referent Liebknecht) und über die Grund- und Bodenfrage (Referent Bebel) auf die öffentliche Sitzung von Montag zu vertagen.

Weißer beantragt, daß man ihn von dem Referate über „das Kapital“ von Marx entbinde, da er zu spät damit betraut worden sei.

Beide Anträge werden nach kurzer Diskussion angenommen.

Als erster Vortrag wird der über die Gewerksgenossenschafts-

bewegung in Deutschland (Referent York-Harburg) auf die Tagesordnung der öffentlichen Versammlung gestellt und die Diskussion über die hierzu eingelaufenen Anträge in eine geschlossene Versammlung verwiesen.

Als zweiter Vortrag wird der über die Produktiv-Assoziationen (Referent Bonhorst) bestimmt.

Als dritten beschließt die Versammlung den Rittinghausen'schen Vortrag über die direkte Gesetzgebung durch das Volk aufzustellen.

Der Vortrag über „das Kapital“ wird aus Mangel an den nöthigen Referenten (Brade, der das Referat ursprünglich übernommen hatte, war durch Familienverhältnisse am Erscheinen verhindert.) ebenso wie aus demselben Grunde der „über die Stellung der geistigen Arbeiter zum Kapital“ von der Tagesordnung abgesetzt.

Als letzte Gegenstände der Tagesordnung der öffentlichen Versammlung bleiben somit nur die Referate Liebknecht's und Bebel's.

Es erfolgt die Feststellung der Tagesordnung der geschlossenen Sitzungen. Als erster Punkt wird beantragt und gesetzt: Berichterstattung des Ausschusses, als zweiter: Besprechung der Parteiverhältnisse im Allgemeinen, als dritter: die Vereinigung mit dem sozialdemokratischen allgemeinen deutschen Arbeiterverein (Fraktion Neff-Lauscher).

Es wird zur Berathung dieser Frage auf Antrag Spier's eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen beschlossen und Spier, Saak, Bürger, Mezner und Ehlers für dieselbe bestimmt.

Es folgt sodann die Diskussion über den 2. Punkt der Tagesordnung über Ort und Zeit der öffentlichen Versammlungen. Spier berichtet, daß für morgen und Montag öffentliche Versammlungen im Gasthause zur Niederhalle in Aussicht genommen seien, während geschlossene morgen, Montag und Dienstag stattfinden sollen. In den Lokalblättern sei mitgetheilt, daß bei den öffentlichen Versammlungen in den Saal nur Parteimitglieder zugelassen, die Nichtmitglieder auf die Gallerien gewiesen werden.

Der Vorsitzende hält eine Verkürzung der für die öffentlichen Versammlungen vorgesehenen Zeit für nöthig und fragt an, ob die Delegirten schon heute darüber bestimmen wollen. Er wünsche die Abhaltung der morgigen öffentlichen Versammlung mit Rücksicht auf die Lokalwirkung und die bereits geschehene Veröffentlichung. Ob eine zweite stattfinden habe, hänge von dem Beschlusse der Delegirten ab.

Saak erklärt sich für die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen am Sonntag, den 5. und Montag den 6. d. M.

Derselben Meinung ist Heratschek.

Spier: Daß die öffentlichen Sitzungen abgehalten werden, sei die Meinung wohl der meisten Delegirten, es frage sich aber, ob die ursprünglich für dieselben festgesetzte Zeit von 6 Stunden beizubehalten oder zu verkürzen sei. Wenn auch die Agitation am hiesigen Orte nicht unwichtig sei, so müsse man doch immer den Hauptzweck des Kongresses, die Erlebigung der inneren Fragen, im Auge behalten. In der für sie bestimmten Zeit würden schwerlich alle zu einer gründlichen Erörterung gelangen können und darum müsse man zu Gunsten der geschlossenen die öffentlichen Sitzungen in der Zeit beschränken.

Er beantrage: „Die öffentlichen Versammlungen nicht länger als 3 Stunden dauern zu lassen.“

Liebknecht: Die Lokalwirkung sei zwar wesentlich, aber ihr werde in den geschlossenen Versammlungen, in denen man über die Agitation berathen werde, Rechnung getragen und darum könne man den Antrag Spier annehmen.

Heratschek beantragt: „Die öffentlichen Sitzungen nicht über 1 Uhr Mittags auszudehnen.“

Der Antrag wird angenommen.

Werth-Barmen erklärt sich gegen die Ausschließung von Nichtmitgliedern der Partei von dem Saale und beantragt, daß in den öffentlichen Versammlungen kein Unterschied gemacht werde zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Partei.

Meißner hält eine Zurückweisung der Nichtmitglieder für ungerecht, weil man damit die Gegner der Partei ausschließe und es unmöglich mache, sie zu widerlegen.

Noß-Stuttgart hat den Anhänger v. Schweiger's, Herrn Wolff aus Hamburg erklärt, daß man eine Diskussion mit ihm und seinen Genossen nicht hindern, etwaige Ruhestörungen aber auschließen unterdrücken werde.

Lehmann meint, daß zur Diskussion mit Gegnern der Parteigrundsätze die Volksversammlung genügende Gelegenheit biete.

Spier wünscht, daß Werth seinen Antrag theile in den über Zulassung zum Saal und in den über Gewährung des Wortes, welcher letztere abzulehnen sei, da sonst die dem Kongreß gestellte Zeit sich als ungenügend erweisen werde. Uebrigens sei man auf Kongressen der Schweiger'schen Parteigenossen nicht anders verfahren.

York-Harburg: Die Berufung auf den betreffenden Kongreß der Partei Schweiger's passe nicht, weil auf ihm nicht prinzipielle, sondern gemeinschaftliche Fragen diskutirt wurden.

Mezner-Berlin erklärt sich für die Ansicht Spier's.

Geib will, daß nur Delegirte sprechen und abstimmen dürfen.

Noß hält die Verkürzung durch Schlusanträge für empfehlbar.

Werth ist mit der Theilung seines Antrages einverstanden und bittet um Annahme auch des zweiten Theiles.

Mezner bittet den letzteren abzulehnen.

Spier, Gräser aus Baden, Geib und Liebknecht erklären sich gegen die Zulassung von Nichtmitgliedern zum Wort; Geib will dasselbe nur den Delegirten vorbehalten.

Rittinghausen-Blin verweist auf § 10 des Parteiprogramms, in welchem auch den nichtdelegirten Parteimitgliedern das Wort gestattet ist.

Geib fragt, auf welche Weise dann dieselben sich zu legitimiren haben?

Es wird hierfür vorgeschlagen und von Rittinghausen beantragt, daß die Legitimation durch Vorlegung der Parteimitgliedskarte oder durch Berufung auf einen Delegirten oder auf ein Stuttgarter Parteimitglied zu erfolgen habe.

Hierauf wird der erste Theil des Antrages Werth, der die Zulassung

von Nichtparteimitgliedern in den Saal verlangt, angenommen, der zweite dagegen, ihre Zulassung zum Worte, abgelehnt.

Nun wird der Antrag Kittinghausen, die Legitimation betreffend, angenommen.

Es erfolgt sodann die Festsetzung der Zeit der geschlossenen Sitzungen, wozu Weib die Stunden von 5 bis 11 Uhr Abends vorschlägt.

Bürger-Göppingen bittet, Sonntag die Versammlung erst um 6 Uhr beginnen zu lassen, da bis dahin eine wichtige Verathung der Württemberger Parteigenossen stattfinden.

Spier beantragt, auch Sonntag Morgen von 8—10 Uhr geschlossene Sitzung stattfinden zu lassen, zieht jedoch bald nach einigen Bemerkungen Weib's seinen Antrag zurück.

Der Antrag des Vorsitzenden Weib wird mit dem Amendement Bürger angenommen und werden somit die geschlossenen Sitzungen Sonntag um 6 Uhr, Montag um 5 Uhr Abends beginnen.

Metzner beantragt, der Mandat-Prüfungskommission keine Zeit für den Bericht vorzuschreiben, sondern es ihr zu überlassen, den Bericht nach Beendigung ihrer Arbeit zu erstatten.

Der Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende verliest sodann ein Schreiben der internationalen Friedens- und Freiheitsliga und meint, daß dasselbe zunächst Erörterung bei der Verathung über die Verschmelzung mit der süddeutschen Arbeitergruppe finde.

Spier beantragt, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der dritten geschlossenen Versammlung zu setzen.

Der Antrag wird genehmigt.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wird alsdann die Besprechung über die Thätigkeit des Ausschusses, der Redaktion des „Volksstaat“ u. s. w. gesetzt.

Demnächst werden folgen: Steuerangelegenheiten, betreffende Anträge und Diskussionen.

Statutenänderungen. Wahl der Orte an welchen 1) der Ausschuß, 2) die Kontrollkommission, 3) der nächste Kongreß den Sitz haben soll.

Der Vorsitzende beantragt, die Redezeit zu bestimmen, insbesondere für die geschlossenen Sitzungen.

Metzner beantragt, einen solchen Beschluß erst fassen zu wollen, wenn sich die Nothwendigkeit hierzu erwiesen habe.

Der Antrag Metzner wird angenommen.

Der Vorsitzende verliest nun noch zwei Telegramme, von denen das eine vom Arbeiterbildungsverein zu Pest, das andere von Dr. Johann Jacoby in Königsberg gefandt worden ist.

(Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.)

## Öffentliche Sitzung am Vormittag des 5. Juni im großen Saale der Piederhalle.

Der Saal und die Gallerien sind von etwa 7—800 Personen besetzt, unter denen sich auch Anhänger v. Schweizers, etwa 80—100 an Zahl, befinden. Delegirte sind etwa 70 anwesend. Nach 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende Weib aus Hamburg die Versammlung mit einer kräftigen Ansprache, in der er die Bedeutung des Kongresses hervorhob und namentlich auf seinen Einfluß auf die Verbreitung sozialistischer Ideen in Württemberg hinwies. Er kennzeichnete den Kongreß als einen Beweis des erwachten Klassenbewußtseins unter den Arbeitern und der fortschreitenden Einigung derselben. — Ein Telegramm des Allgemeinen Arbeitervereins in Pest wird verlesen. — Nachdem der Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht hat, daß nur diejenigen als Redner auftreten könnten, welche Delegirte oder Parteigenossen seien, wird die Verathung mit dem ersten Gegenstand der Tagesordnung begonnen:

1) Die Genossenschaftsbewegung in Deutschland. Referent: York-Harburg, Correferent: Ehlers-Braunschweig.

York: Meine Freunde! Obwohl die Gewerkschaftsbewegung schon im Mittelalter in den Zünften und Innungen sich zum Theile vorfand, so datirt sie eigentlich doch erst seit jüngerer Zeit. Es gilt, die Arbeitermassen zum Festhalten an bestimmten Prinzipien zu vereinigen, sie zum Kampfe mächtig zu machen. Bei den früheren Zünften haben wir die Erfahrung gemacht, daß durch festes Zusammenhalten etwas erzielt worden ist, und wir sehen auch jetzt bei den Zimmerleuten, die diese Organisation noch haben, daß sie Manches durchgesetzt haben, nämlich: 1) größeren Lohn, 2) Beschränkung der Arbeitszeit. Sonst aber haben sie im Allgemeinen wenige Erfolge aufzuweisen. Die größten Erfolge werden da erzielt werden, wo eine gute Organisation herrscht. Aber dazu kommt noch Eins: durch die Gewerkschaften wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Arbeitern wachgerufen, das im Kampfe für die gerechte Sache der Arbeiter, im Kampfe gegen den ganzen modernen Staat so unumgänglich nothwendig ist, wenn der Sieg uns zufallen soll.

Die Gewerkschaftsbewegung ist noch im Entwicklungsstadium begriffen. Die Ideen gehen noch sehr weit auseinander und es sind drei Richtungen bemerkbar geworden, deren Verschiedenheit ein großer Nachtheil überhaupt und auch Schuld ist, daß die Resultate bis jetzt so gering sind. Die erstere Richtung, vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein vertreten, erstrebt hauptsächlich eine möglichst hohe Mitgliederzahl, während es ihr gleichgültig erscheint, ob die Mitglieder in den Prinzipien befestigt und klar sind. Ein Haupt beschließt, die Masse folgt. Die zweite Richtung, die der sozial-demokratischen Arbeiterpartei, erstrebt gerade jene Klärung der Ansichten und die Befestigung in den Prinzipien; die Gewerkschaften sind ihr daher auch ein politisches Agitationsmittel. Von dem Standpunkte betrachtet, daß es richtiger wäre, wenn die Gewerkschaften allein den politischen Agitationszweck verfolgten, würde sich allerdings eine Verschmelzung der einzelnen

Genossenschaften empfehlen. Aber damit wir kräftiger in den Kampf gegen das Kapital eintreten können, ist die Verschmelzung der Genossenschaften in einen einzigen Agitationsverein verwerflich, weil es sich empfiehlt, anzuknüpfen an die den Arbeitern bekannten und vertrauten, aus früheren Zeiten überkommenen Einrichtungen, an die Einteilung nach Zünften und Zünungen, wobei jedoch die einzelnen Arbeitsgruppen, welche ähnliche Arbeit verrichten, zusammengefaßt werden müssen. Von dem Standpunkte betrachtet, möglichste Freiheit und Bewegung unter die Genossenschaften, ähnlich wie in England und wie es in den Gewerksunions in Amerika der Fall ist, zu bringen, ist es zweckmäßig, keine starre Centralisation anzustreben. Zugleich stehen unsere Genossenschaften auf internationale in Boden, was unumgänglich notwendig ist. Die dritte Richtung, von Hirsch-Duncker in Berlin vertreten, meint, die Genossenschaften hätten nur den Zweck, Kranken- und Sterbefällen, ständige Reiseunterstützungsstellen zu gründen. — Anderntheils ist die Meinung verbreitet, nur die Arbeitseinstellungen zu organisieren müsse das Streben der Gewerksgenossenschaften sein. Man lasse das Wortlein „nur“ weg, und man hat das Richtige getroffen. Es ist die hohe Aufgabe der Genossenschaften, die Mitglieder nicht allein vor Unglücksfällen zu sichern und höhere Löhne für sie zu erreichen, sondern sie geistig vorwärts zu bringen, sie zu schulen, zu organisieren und vorzubereiten auf die Produktivgenossenschaften.

Es kann nicht die unbedingte Aufgabe der Genossenschaften sein, Strikes zu provozieren, weil hier die meiste Kraft erfolglos vergeudet wird. Wenn wir auch wirklich heute einen höhern Lohn erringen, wer bürgt uns dafür, daß wir im nächsten Jahr nicht wieder einen Strike zur Erhaltung dieser Lohnhöhe machen müssen? Nicht die Erhöhung des Arbeitslohnes, sondern viel mehr eine Verkürzung der Arbeitszeit kann von dauerndem Nutzen für uns sein. Weniger als heute kann der Verdienst des Arbeiters nicht sein, denn er genügt eben nur, die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Möge man daher lieber die Arbeiter mit erfolglosen Lohnerhöhungsstrikes nicht ermüden, möge man lieber, wenn die Lage nicht mehr erträglich sein sollte, auf die Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken, die ja ein vermehrtes Arbeiterbedürfnis, folglich also höhere Löhne in notwendiger Folge hat!

Die Genossenschaften haben auch einen politischen Zweck. Alles regelt sich nach staatlichen Gesetzen, und diese Gesetze sind in ihrer großen Mehrheit den Arbeitern entgegen; und doch ist es gerade der Weg der Gesetzgebung, der den Arbeitern zu empfehlen ist, weil er sie schneller zum Ziele führt als die Strikes. Könnte nicht ein Gesetz die 8 Stunden-Arbeit plötzlich zur Einführung bringen, während auf dem Wege der Strikes noch lange Jahre vergehen können, ehe wir zu diesem Ziele gelangen? Der Gesetzgebung haben sich deshalb die Arbeiter zu bemächtigen, und die Gewerksgenossenschaften haben den Arbeitern dies klar zu machen. Von diesem Gesichtspunkte aus sind unsere Genossenschaften lebensfähig und wie in Waldenburg in Schlesien werden andere genossenschaftliche Richtungen unsere Reihen verstärken.

Im Kampfe werden sie die Kraftlosigkeit ihrer Bestrebungen einschern; indem sie kämpfen, werden sie in vollen Zügen das „Gift“ der

Sozial-Demokratie einsaugen und dann wird der Ruf gehört und befolgt werden: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Die vom Referenten eingebrachte Resolution lautet:

„Der Kongreß erklärt für Hauptaufgabe der Gewerkschaften: die Bildung und Förderung gemeinsamer Produktiv-Geschäfte und empfiehlt den Gewerkschaften ein gemeinsames Vorgehen in dieser Richtung.“

Der Antragsteller motiviert die Weglassung des Passus: „aus Staatsmitteln“ dadurch, daß es nicht eine Scheu vor dem Aussprechen der Wahrheit sei, sondern der Gedanke, daß es sich hier nur darum handle, Klarheit in die Bewegung zu bringen, die Arbeiter kampffähig zu machen.

Dr. Walster aus Dresden beantragt, die Redezeit auf 10 Minuten festzusetzen.

Moser aus Graz beantragt, über den obigen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Ihn unterstützt Mehner (Berlin.)

Wolf (Schweizerianer aus Hamburg, der seit 14 Tagen die Zimmerleute und Maurer Stuttgarts fanatisierte und sie zur Störung des Kongresses aufreizte) verlangt das Wort zur Geschäftsordnung. Auf die Anfrage des Präsidenten, ob er sich als Delegierter oder als Parteigenosse legitimieren könne, verneint dies Wolf, und der Vorsitzende erklärt, daß er Wolf das Wort nicht erteilen könne. Hierauf protestiert Wolf gegen die Verweigerung im Namen seiner Parteigenossen, die diesem Protest nach gewohnter Weise durch thierisches Brüllen ihre freudige Anerkennung gewähren. Trotz aller Ermahnungen und Drohungen ist der Lärm nicht zu beschwichtigen; der Präsident verlegt deshalb die Versammlung auf 10 Minuten und fordert die Ruhestörer auf, binnen dieser Zeit den Saal zu verlassen, was ihrerseits aber nicht geschieht. Nach 10 Minuten wird die Debatte wieder aufgenommen und es erhält der Korreferent Ehlers-Braunschweig das Wort. (Wolf protestiert, seine Genossen brüllen Beifall.) Ehlers fordert die Schweizerianer auf, im Interesse der Arbeiterfrage ihn ruhig anhören zu lassen. Mehner wandte sich zuerst gegen die Krankenkassen der Fabrikanten in folgenden Worten: „Die Krankenkassen, die noch unter der Hegide der Fabrikanten bestehen, sind vom Standpunkte der Humanität aus verwerflich. Sie sind ein Institut für die Auslaugung des Arbeiters. Wenn der Arbeiter aus der Fabrik scheidet, verliert er seinen Antheil, der in Folge der meist hohen Beiträge zu einer ansehnlichen Summe angewachsen ist. Um den Arbeiter vor diesen Krankenkassen zu schützen, ist es Pflicht, selbst Krankenkassen zu gründen. Es stehen allerdings einer allgemeinen Krankenkasse sehr viele Hindernisse im Weg, da man nicht Alles über einen Kamm scheeren kann.“

„Die Gewerkschaften sollen aber auch Reiseunterstützungsstellen gründen, damit solche elende Zustände der Arbeiter, wie das Fechten von Ort zu Ort, bei dem man den Maßregelungen der Polizei ausgesetzt ist, beseitigt werden können. Die Schamröthe steigt einem sittlichen Mann in's Gesicht, wenn er daran denkt, daß solche Zustände überhaupt noch bestehen. Diese Uebelstände müssen beseitigt werden. Wir können es, wenn wir nur den Willen dazu haben. Das Vollbringen wird leicht sein. Ich fordere Sie im Namen der Humanität

auf, hier besonders thätig zu sein. Wer das nicht thut, der begeht einen Verrath an der Arbeitersache. Nicht unsere Sache ist es, Strikes zu provoziren; wo sie aber rechtmäßig sind, da müssen wir für den Sieg einstehen. Deshalb vereinigen wir uns in internationaler Weise; nur dann ist es möglich den Sieg zu erringen, wenn Arbeiter der ganzen Welt ihr Scherflein dazu beitragen; denn je größer die Masse, desto sicherer der Erfolg.

Wolf aus Hamburg und ein anderer Anhänger Schweizers, Häuser aus Offenbach, „protestiren“ wiederholt, was den Anlaß zu neuem Scandal der Schweizergarde giebt. Sie werden aber momentan zur Ruhe gebracht. Reiser, der das Wort erhält, ist für eine Centralisation der Genossenschaften, damit die einzelnen Gewerke sich nicht entfremden, was in Schlesien z. B. bei den Genossenschaften der Bergarbeiter und der Porzellanarbeiter der Fall sei. Man müsse die Arbeiter fort und fort an ihre Zusammengehörigkeit erinnern und Alles vermeiden, was dazu beitragen könnte, Standesunterschiede bei ihnen zu unterstützen. Es genüge nicht, daß die Leitungen der verschiedenen Genossenschaften in einem gewissen Verkehr stehen; es müsse eine völlige Verschmelzung eintreten, damit unter Anderm namentlich in kleinen Städten, wo nicht genug Arbeiter der verschiedenen Gewerke sind, um eigene Genossenschaften zu bilden, die Arbeiter nicht gänzlich aus der genossenschaftlichen Bewegung fern gehalten werden. Er beantragt die Annahme folgender Resolution:

„Die am 5. Juni versammelten Parteigenossen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklären, daß eine Verschmelzung der Gewerkschaften der verschiedenen Gewerke anzustreben sei.“

Nachdem Nedner ausgesprochen, entsteht ein neuer Tumult der Schweizerischen Scandalmacher, wodurch der nächste Nedner, Stolle (Crimmitschau), zum größten Theile unverständlich bleibt.

Nedner ist gegen die Centralisation; denn die Klugheit gebiete, auf anderem Wege vorzugehen. Zuerst solle man Mitglieder gleichsam fangen und sie hierauf über die Grundsätze der Sozialdemokratie aufklären. Es erhält dann das Wort Bebel (Leipzig). (Wolf „protestirt“, seine Freunde brüllen.)

Da der Tumult nicht zu beschwichtigen ist, die erhitzten Gemüther eine heftige Reibung mehr als wahrscheinlich erscheinen lassen, welche der Vorsikende im Interesse der Partei vermeiden zu müssen glaubt, schließt derselbe in Anbetracht der vorgerückten Zeit die Versammlung, indem er folgende Erklärung abgibt:

„In den öffentlichen Versammlungen dürfen fortan nur Mitglieder der Partei erscheinen, die sich durch Vorzeigung ihrer Karten legitimiren müssen. Fremde können durch Parteigenossen eingeführt werden.“ Er fordert sodann die Versammlung auf, der Erklärung ihre Zustimmung zu geben, „daß das heutige Gebahren der Schweizerianer ein durch und durch verachtungswürdiges sei.“

Unter dem „Proteste“ Wolfs und der stillschweigenden Zustimmung seiner verblüfften Genossen wird diese Erklärung nicht nur von den anwesenden Parteigenossen, sondern auch von allen anwesenden unparteiischen Fremden auf das Lebhafteste begrüßt und angenommen.

Schluß der Sitzung 12 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## Geschlossene Sitzung Sonntag, den 5. Juni,

Abends 6 Uhr,

im Saale der Haaf'schen Brauerei.

Zum Beginn der Sitzung werden die eingesendeten Mandate der nicht durch spezielle Delegirte vertretenen Mitgliedschaften an verschiedene Parteigenossen vertheilt. Es sind 74 Delegirte als Vertreter von 111 Orten mit etwa 15,000 Parteigenossen angemeldet.

Bebel beantragt, daß auch die Namen derjenigen Parteigenossen, welche nicht speziell Delegirte, aber bei den Beratungen zugegen seien, veröffentlicht werden möchten. Der Antrag wird angenommen und eine Liste in Circulation gesetzt, welche (siehe Beilage) die Namen der zur Zeit anwesenden, nicht bevollmächtigten Parteigenossen enthält.

Nachdem noch vom Präsidenten die Anordnung getroffen worden, daß die Delegirten sich zusammensetzen sollen, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung: Berichterstattung des Ausschusses (siehe Beilage).

Von der Versammlung wurde beschlossen, den Passus im Bericht des Ausschusses, welcher über einzelne Orte Lob und Tadel ausspricht, wegzulassen, beziehungsweise in Klammern zu setzen, da gegen diesen Passus die lebhaftesten Proteste erhoben wurden.

Bebel: Crimmitschau sei ein Ort, der für Vereinszwecke sehr viel gethan habe und offenbar ein Lob und keinen Tadel verdiene. Ebenso gelühre den Orten Zwickau, Glauchau, Chemnitz, Berlin eher Lob als Tadel. Man könne nicht immer aus Klame machenden Berichten gewisser Orte auf deren Thätigkeit und aus dem Gegentheil auf Unthätigkeit schließen.

Nedner (Berlin) drückt sein Bedauern bezüglich der tadelnden Erklärung des Ausschusses über die Wirksamkeit des Berliner Vereins aus. Berlin sei ein vorgeschobener Posten, der unbedingt gehalten werden müsse. Der Berliner Verein habe mit sehr vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hier sei der Hauptsitz der Schweizerianer und der Hirsch-Dunder'schen Vereine, denen gegenüber die Partei Front machen müsse. Schweizer habe durch zwei glücklich durchgeführte Strikes die Maurer und Zimmerleute für sich gewonnen, mit deren Hilfe es ihm gelungen sei, jede öffentliche Versammlung zu stören. Da die Polizei die Parteigenossen in Berlin überall maßregelt, so sei die Folge, daß dieselben kein bestimmtes Versammlungslokal haben können. Während früher die sozialdemokratische Arbeiterpartei von allen Seiten bekämpft wurde, so genieße sie jetzt die Achtung aller Parteien. Die Bersekung in den Hirsch-Dunder'schen Vereinen habe begonnen und werde mit dem Sieg der sozialdemokratischen Ideen endigen.

Hierauf wird die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt.

Spier beantragt, den Passus über Lob und Tadel der einzelnen Orte im Bericht des Ausschusses zu streichen, welcher Antrag angenommen wird, nachdem noch mehrere Nedner (Donges, Walster, Bollinger und Bonhorst) über denselben kurz gesprochen haben.

Wilhelm aus Ohweil bei Lubmizsburg erklärt, daß Ohweil unter der Rubrik der Orte, die Lob verdienen, aufzuführen vergessen worden sei.

Ufert (Chemnitz), Demmler (Erzgebirge), Löwenstein (Fürth), Geiser (Breslau) berichten im Allgemeinen über den Stand ihrer Vereine.

Hierauf Schluß der Debatte.

Es wird dem zufälligen Besucher des Kongresses, Moser aus Graz, der von den dortigen Arbeitern nach Deutschland geschickt wurde, um die Arbeiterbewegung in Deutschland kennen zu lernen, das Wort erteilt. Derselbe berichtet unter Anderm: „Von den wenigen Freiheiten, die das Bürgerministerium dem österreichischen Volke bewilligte haben die Arbeiter zuerst Gebrauch gemacht. Es wurden Arbeiterbildungsvereine gegründet, die allerdings nur das Mittel zum Zweck sind. Bei dem beschränkten Vereins- und Versammlungsrecht in Oesterreich, bei den Maßregelungen der Arbeiter von Seiten der Polizei ist es unmöglich, daß die Arbeiter Oesterreichs der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beitreten; ebenso ist es ihnen unmöglich, den „Volksstaat“ in Oesterreich einzuführen, indem vom Bürgerministerium in Oesterreich die sozialdemokratische Partei als „staatsgefährlich“ bezeichnet worden ist. Aber dennoch sind die Arbeiter Oesterreichs eng mit denen Deutschlands verbunden. Von jeher feindlich gegen die Diktatur, hat jeder Arbeiter dort seine eigene Ueberzeugung, hält aber im Kampfe fest mit den übrigen zusammen. Die österreichischen Arbeiter haben ein eigenes Organ, den „Volkswillen“. Obwohl die Arbeiterbewegung in Oesterreich noch jung ist, so sind doch schon große Resultate erzielt worden. Gerade durch den Druck der Regierung hat die Bewegung zugenommen; in Graz sind wenigstens 6000 Arbeiter, die für unsere Ideen eintreten.“

Hilpert aus Zürich bringt Grüße von den Schweizer Genossen. Der Wirkungskreis sei dort zwar beschränkt, weil die Schweizer mit den Deutschen noch nicht recht harmoniren; nur in den deutschen Vereinen sei es möglich, einen Zusammenhalt unter den Mitgliedern zu erzielen. Er habe von dem Centralkomité den Auftrag, zu ermitteln, wie hoch sich die rückständigen Beiträge des Züricher Vereins belaufen.

Bebel beantragt eine Kundgebung von Seiten des Kongresses gegen die österreichische Regierung, wegen deren arbeiterfeindlicher Haltung und Verfolgungswuth gegen unsere Parteigenossen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Spier erläutert den zur Vertheilung kommenden Kassenbericht.

Bebel spricht über den Stand und die Ausbreitung des „Volksstaat“.

Der Präsident verliest ein Telegramm aus Lemesvar.

Ein Antrag auf Annahme einer Pause oder Schluß der heutigen Verhandlung wird abgelehnt.

Zur Kontrolle der Schriftführer wird eine Kommission von drei Mitgliedern, bestehend aus Wilhelm, Walster und Spier gewählt.

Die Tagesordnung führt nun zur Berathung über die Versammlung der süddeutschen Arbeitergruppe mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Spier berichtet Namens der Kommission über die mit den drei Delegirten jener Gruppe, welche 900 Mitglieder und einen Abonnentenstand des „Proletariers“ von 1300 Exemplaren vertreten, heute gepflogene Unterhandlung. Die Bedingungen des Eintritts seitens der süddeutschen Gruppe seien:

Der Kongreß solle erklären: „1) Der Kampf der vereinigten Partei sei ein Klassenkampf gegen alle Bourgeois-Parteien, ohne Zusammengehen mit irgend einer derselben; 2) die Organisation soll, wenigstens nach und nach, in eine zentralisirte, nach dem Muster der Lassalle'schen, jedoch mit demokratischen Garantien, überführt werden; 3) der „Proletarier“ müsse erhalten bleiben.“

Die Kommission dagegen reiche folgenden Antrag einstimmig ein:

„1) Die Organisation und das Programm der Partei, ohne daß man sie von beiden Seiten als unverbesserlich betrachtet, werden als für die vereinigte Partei verbindlich angesehen. 2) Das Eingehen des „Proletarier“ wird nicht durch die Vereinigung bedingt. Die Redaktion unterwirft sich gleich der des „Volksstaats“ der Kontrolle des Ausschusses. Ein etwaiges Defizit des Blattes zu übernehmen ist die Partei nicht verpflichtet.“

C. Hirsch wünscht im Allgemeinen die vollständige aber ehrliche Einigung aller Arbeiter, aber er müsse sagen, daß die Erklärung bezüglich des Uebertritts im „Proletarier“ eine ganz andere sei, als wie durch Urabstimmung beschlossen. Redner spricht über den Eintritt der Gruppe vom Standpunkte der Selbstfrage aus und hat im Allgemeinen nichts dagegen, daß der „Proletarier“ erhalten bleibe, vorausgesetzt, daß wir nicht verpflichtet seien, das Defizit desselben von jetzt oder später zu decken. Redner ist jedoch gegen jeden Kompromiß mit dieser, keine 900, sondern nur ganz wenige Mitglieder noch zählenden Fraktion. Er mißtraue auch den drei Führern Tauscher, Neff und Franz nach jeder Richtung hin. Tauscher habe bei der Abgeordnetenwahl Parole vom Bürgermeister Fischer in Augsburg angenommen; dieser habe die Fäden der preussischen Nebenregierung in Baiern in Händen. Durch Tauscher geleitet, hätten die Arbeiter für die nationalliberalen Kandidaten gestimmt. Nachdem Tauscher und seine Freunde bei seiner (Hirsch's) Versammlung anwesend gewesen, hätten sie ihn in andern Versammlungen bei der Polizei absichtlich wegen Revolutionsbestrebungen denunzirt.

Löwenstein-Fürth wünscht, daß die Partei sich vorher über die Sache selbst aussprechen solle und beantragt: „daß die ganze Angelegenheit erst bei uns ausgemacht werden müsse, ehe einer von den drei Delegirten das Wort zur Debatte ergreifen dürfe.“

Spier und Wilhelm wollen in Folge der Angriffe auf die Genannten denselben das Wort zur Vertheidigung nicht entzogen wissen.

Der Antrag Löwenstein wird abgelehnt.

Franz (zur persönlichen Bemerkung): Der Beschluß über die Erklärung im „Proletarier“ sei allerdings zuerst vom Vorstand gefaßt worden, dieser aber bestehe aus 10 Personen, und dann sei die Erklärung durch Urabstimmung angenommen worden.

Neff: Die Worte Hirsch's seien eine Verdrehung der Wahrheit. Dem ihm gemachten schweren Vorwurf weise er entschieden zurück. Er

## Zweite öffentliche Sitzung

Montag, den 6. Juli

im Saale der Niederhalle.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Morgens. Es wird der Antrag auf Schluß der Rednerliste gestellt und angenommen. Eingezzeichnet sind noch außer den Referenten Bebel und Gouffon. Auf der Tagesordnung steht zunächst: Fortsetzung der Diskussion über die Gewerksgenossenschaften.

Bebel (Leipzig): Es ist bereits hervorgehoben worden, daß in den Gewerksgenossenschaften eine Spaltung obwaltet, die um so bedauerlicher ist, als gerade hier Einigkeit am nötigsten scheint. Es handelt sich für mich hauptsächlich darum, unsere Stellung zu den Gewerksgenossenschaften der Hirsch-Duncker'schen Richtung klar zu legen. Es ist wohl unzweifelhaft — die Erfahrung hat es mich gelehrt — daß bei einer richtigen Taktik ihnen gegenüber, wenn man ihnen nur überzeugend, nicht mit persönlichen Angriffen gegen ihre Führer gegenübertritt, der größte Theil von ihnen in nicht gar langer Zeit unsere Genossen, wenigstens in den Ansichten, sein werden. Schon jetzt habe ich bemerkt, daß überall bei ihnen das Klassenbewußtsein sich entwickelt hat. Die Strikes vernichten nun eben die Lehre von der „Harmonie“ des Kapitals und der Arbeit und zeigen den Arbeitern, daß nur der politische Weg sie zum Ziele zu führen im Stande ist. Ich kann als Beispiel für diese meine Behauptung die Forster Arbeiter anführen, bei denen ich alles das, was ich hier behaupte, bestätigt gefunden habe, bei denen nicht ich, wie die Berliner „Volkzeitung“ behauptete — sondern Herr Dr. Max Hirsch eine Niederlage erlitten hat. Gerade aus ihren Reihen ist mir versichert worden, daß der Uebergang mit fliegender Fahne in unser Lager nur noch eine Frage der Zeit sei, daß man aber unsererseits dies nicht zu überstürzen versuchen und Zersplitterung in sie hineinragen möge, damit dereinst Alle, welche jetzt der Hirsch-Duncker'schen Genossenschaft angehören, zu uns herüber kommen. Ich habe diesen Rath besolgt und habe nur die Gründung von Arbeitervereinen neben den Hirsch-Duncker'schen Genossenschaften anempfohlen, in diesen möge man ihnen das „Gist“ der Sozialdemokratie — wie es genannt worden ist — langsam einflößen. Und daß diese Leute auch opferwillig genug sind, um ihr bereinstiges Kämpfen unter unserer Fahne zu einem erfolgreichen zu machen, das beweist der Umstand, daß sie während des Waldenburger Strikes, Verheirathete und Unverheirathete, bei dem Hungerlohne von 2—2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Thlr. pro Woche Mann für Mann eine Extrasteuer sich auferlegt und gezahlt haben. Das und der Umstand, daß sie selbst volle 7 Wochen den harten Kampf mit dem Kapital geführt, beweist zur Genüge, daß die Harmonielehre bei ihnen gründlich abgethan ist. Ja, lassen Sie uns jenen wackern Leuten gegenüber nur mit prinzipiellen Gründen kämpfen, alle Persönlichkeiten fern halten, und die Erfahrung wird es zeigen, daß die Fortschrittspartei uns, der Sozialdemokratie, die Rekruten liefern wird, die wir zu wackeren Soldaten im Kampfe gegen die Fortschrittspartei und den von ihr gestützten Staat heranzubilden werden.

habe bloß gesagt: es scheine ihm lächerlich, wenn man in friedlicher Versammlung so große Worte von Republik mache und am Ende der Letzte sei, der auf die Barrikaden steige.

Liebknecht: Diese drei Delegirten kommen im Namen von Hunderten süddeutscher Parteigenossen, um Versöhnung und Verbrüderung anzubieten. Ihre Hand zu ergreifen sei eine Bruderpflicht, eine Forderung des Gastrechts. Friede solle die Lösung sein und nicht Haß, der wieder gesät werde, wenn so wie bisher debattirt werde. Wir dürfen den Antrag nicht abweisen wie Hirsch und Konsorten. Bezüglich der Forderung der „Süddeutschen Fraktion“, daß man mit keiner Bourgeois-Partei etwas zu thun haben solle, so sei er völlig damit einverstanden.

Der Antrag, man möge sich ohne weitere Debatte schlüssig machen, erzieht Stimmengleichheit.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Ehlers: Es handelt sich darum, die Einigkeit aller deutschen Arbeiter anzustreben. Uebernehmen wir keine Konzeßion für das Organ und die Personen, aber schlagen wir in die Bruderhand ein!

Bonhorst widerspricht einer Bemerkung von Liebknecht, daß er (Bonhorst) nach dem Besuche Bebel's in München die Versöhnung durch sein Cirkular vereitelt habe, und begrüßt die Vereinigung mit größter Freude.

Roland-Lettmann hat gefunden, daß unter den Mitgliedschaften so manchmal nicht die Prinzipien und großen Ideen, sondern Kleinlichkeiten maßgebend seien. Die Erreichung unserer Zwecke werde erzielt nicht durch Decentralisation, sondern durch Centralisation. Unsere Erbünden seien: Zersplitterung, Fraktionsmanie, Personenkultus und Personenanfeindung. Redner schließt mit den Worten: „Nur Vereinigung kann der Partei zu Macht verhelfen.“

Franz-München will nicht als Vertheidiger seiner Person sprechen. Seine Anhänger seien nach Kostrennung von Schweizer der Ansicht gewesen, daß sie sich noch nicht mit der sozial-demokratischen Partei vereinigen können, trotz dem heiligen Vorsatz, wenn irgend thunlich auf eine Anschließung hinzuwirken. Auf ihrem Augsburger Kongreß hätten sie nur erklärt, nicht mit der „Volkspartei“ zusammengehen zu wollen. Auf Annahme des Kommissionsantrags werde er mit allen Kräften zu Hause hinwirken.

Spier empfiehlt, nachdem er sein Bedauern ausgedrückt, daß durch persönliche Verhältnisse der Zwiespalt hervorgerufen worden sei, nochmals den Kommissions-Antrag.

Tauscher vertheidigt sich gegen die Behauptung Hirsch's, die Abgeordnetenwahlen betreffend, und ruft Jelle zum Zeugen für sich auf.

Jelle bemerkt, daß sie als Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, dessen Devise die „preussische Spitze“ ist, beschloßen hätten, nicht zu wählen. In diesem Sinne sei eine Resolution aufgesetzt worden. Am andern Tag, dem Tag vor dem Wahltag, habe Tauscher den gefaßten Beschluß bedauert.

Schluß der Debatte wird angenommen. — Der Antrag von Hirsch zc. wird abgelehnt. — Der Kommissions-Antrag wird angenommen. — Schluß der Verhandlungen um Mitternacht.



Housson hält für nothwendig, daß man sich auch der Lehrlinge annehme, daß man sie zu guten Sozialdemokraten erziehe, und man werde erreichen, daß zwar der Absolutismus schlechte Soldaten, der Staat aber desto bessere Bürger erhalte.

Vork wünscht eine Verschmelzung der Genossenschaften nicht schon jetzt vorzunehmen; man möge nur erst die Bataillone bilden; sie zur Armee zu verbinden sei dann nicht schwer. Die Erfahrungen, welche die Resolution Reiser's begründen, seien lokaler Natur, aber nicht allgemeine. Man werde sehen, daß bei der jetzt vor sich gehenden Vereinigung der Schweiker'schen Genossenschaften nicht Einigkeit, sondern gerade Zersplitterung erfolgen werde.

Ueber die politische Stellung der Partei ergreift nun das Wort der Referent

Diebknacht (Leipzig): M. H.! Zunächst muß ich mich mit einer Frage beschäftigen, die eigentlich durch Annahme des Eisenacher Programms erledigt ist, nämlich mit der Frage, ob die sozialistische Partei auch eine politische Partei ist und sich mit den politischen Verhältnissen zu beschäftigen und in sie einzugreifen hat. Es ist dies verneint worden durch den bekannten Beschluß der Minorität auf dem letzten Congreß der romanischen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation in Lachaurbefonds. Dieser Beschluß gründete sich auf die Behauptung, daß der heutige Staat das Produkt der Gesellschaft sei, und daß man, wenn man die Gesellschaft umschaffe, auch den Staat umschaffe. Der Vorderatz ist richtig, die Schlussfolgerung falsch. Der heutige Staat ist der Ausdruck der Klassenherrschaft, er vertritt die Macht des Kapitals und ist also gezwungen, allen denjenigen Bestrebungen entgegenzutreten, welche die Beseitigung der Klassen- und Kapitalherrschaft erstreben. Er muß ihnen entgegen sein, denn es handelt sich dabei um seine eigne Existenz. Mit den Strikes und andern unpolitischen Agitationsmitteln erreicht man niemals die Abschaffung des Lohnsystems. Erst mit dem Falle des ganzen heutigen Staats ist auch ein neues Produktionssystem möglich. Wir müssen uns deshalb des Staats bemächtigen und einen neuen begründen, der die Klassenherrschaft nicht kennt, weder Herren noch Knechte duldet und die Gesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage organisiert. Nicht bloß der Inhalt, sondern auch die Form des Staats ist für uns von wesentlicher Bedeutung; beides von einander nicht zu trennen.

Wenn wir nun auch international sind, so würden wir dennoch einen großen Fehler begehen, wollten wir die nationalen Angelegenheiten aus dem Auge verlieren. Für uns gilt es: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist Deutschland, hier der Kampf!

Gegen wen aber hat sich auf politischem Gebiet unser Kampf in erster Linie zu richten? Gegen welchen Staat?

Die Mittel- und Kleinstaaten sind ohnmächtig — sie vegetiren nur noch durch Preußens Gnade oder die Laune des Auslands. Deutschland hat alle Kräfte zu seiner Selbsterhaltung aufzuwenden; nur mit äußerster Mühe gelingt es ihm, das leere Staatsschiff über Wasser zu halten, und jedenfalls kann es über seine Grenzen hinaus unrer Bewegung keinen Schaden zufügen. Der mächtigste und darum für uns gefährlichste Staat in Deutschland ist Preußen — seit 1866 muß

das Jedem klar geworden sein. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, warum sie sich der preußischen Regierung in die Arme geworfen hat, trotz der Fußtritte, die sie täglich von ihr empfängt. — Der preußische Staat ist doppelt gefährlich, weil er, ähnlich wie das französische Kaiserreich, die Ideen der Demokratie verfälscht und zu absolutistischen Zwecken mißbraucht. Abgesehen von dem „Volk in Waffen“, das nur ein demokratischer Name für das verhältnismäßig größte stehende Heer der Welt ist, sehen wir, wie die preußische Regierung nach Bonapartes Vorbild in allgemeinem Stimmrecht und Parlamentarismus macht. Das Stimmrecht des Norddeutschen Bundes ist eben nur ein Köder für die Gedankenlosen; der berliner „Reichstag“ nur ein Scheinparlament. Es gibt überhaupt in der Welt nur Einen monarchischen Staat, der ein wirkliches Parlament hat: England. Nicht ein demokratisches Parlament, nichts weniger als das: das englische Parlament repräsentirt die rücksichtsloseste Klassenherrschaft; allein dieses Parlament hat die Macht im Staat, es ist nicht bloß Legislative, sondern genau genommen auch Exekutive, da die Krone in England nur die Bedeutung eines Bierraths, einer Theaterdekoration hat.

In Preußen, wie in Frankreich, ist dagegen die Krone Alles, und folglich das Parlament. (gesetzgebender Körper und „Reichstag“) nichts.

Was das allgemeine Stimmrecht in einem nicht freien Staat ist, das haben die Wahlen zum „Reichstag“ gezeigt. Wir in Sachsen, wo die Regierung sei es aus Schwäche oder aus anderen Gründen, uns gewähren ließ, konnten das „Bismarck'sche Geschenk“ mit ziemlichem Erfolg ausbeuten. Aber was war das Resultat im eigentlichen Preußen? Schlechtere Wahlen als unter dem Dreiklassenwahlsystem. Nur in einem freien Staate bringt das allgemeine Stimmrecht die wahre Volksmeinung zum Ausdruck, in einem despotischen kann es nur Mittel der Verblendung und Unterdrückung sein. Den schlagendsten Beleg bietet das bezembertaiserliche Frankreich, wo soeben das allgemeine Stimmrecht zur Abspielung der Plebiszitkomödie benutzt wurde.

In Norddeutschland wird der „Reichstag“ auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt, aber wer wird behaupten wollen, daß der „Reichstag“ die Meinung des Volks zum Ausdruck bringe?

Einem Scheinrecht entsprungen, hat der Norddeutsche Reichstag nur eine Scheinmacht. Er steht völlig ohnmächtig da gegenüber den Regierungen, richtiger der Regierung — der preußischen. Er hat kein Steuererweigerungsrecht, nicht einmal das Steuerbewilligungsrecht. Er ist bloß dazu da, um dem Volk die Thatfache zu verhüllen, daß der Schirmherr des Nordbundes mit Recht von sich sagen kann: L'état c'est moi — Ich bin der Staat. Hinter der Schaukelei des Reichstags steht die Realität des Königthums von Gottesgnaden. In frischem Gedächtniß ist der Skandal, zu dem neulich die Debatte über die Todesstrafe Anlaß gab. Der Reichstag verwarf in 1. und 2. Lesung die Todesstrafe als eine die Gegenwart schändende Barbarei. Das Gottesgnadenthum forderte die Beibehaltung der Todesstrafe, weil es, kraft seines göttlichen Ursprungs, das Recht über Leben und Tod der Unterthanen haben will, und der Reichstag im Bemühtsein seiner Ohnmacht wiberrief in dritter, entscheidender Lesung sein Votum.

Im Reichstag wird nicht „Geschichte gemacht“, sondern einfach Komödie gespielt, die Mitglieder sagen und thun, was der Souffleur ihnen zuflüstert, mitunter auch laut zuruft. Und in diesen „Reichstag“ sollten wir den Schwerpunkt unsres Kampfes verlegen? Das kann nur der wollen, dem unser Kampf eine Komödie ist. „Ja freilich,“ sagt man uns, „der jetzige Reichstag ist allerdings schlecht zusammenge-  
setzt, aber der nächste wird vielleicht besser werden. Sorgen wir für die Wahl tüchtiger Abgeordneten.“ Das ließe sich hören, wenn nicht der Reichstag ohnmächtig wäre, und wenn nicht die Regierung die Wahlen ganz in der Hand hätte. Ich verweise hier auf die Rede, die ich voriges Jahr im Berliner demokratischen Arbeiterverein hielt, und worin ich diesen Sophismus in sein Nichts auflöste.

Trotzdem bin ich aus praktischen, aus taktischen Rücksichten dafür, daß wir uns an den Reichstagswahlen beteiligen. Es würde uns schaden, wenn wir den Gegnern das Feld überließen. Die Wahlen erzeugen immerhin eine gewisse Aufregung, die wir zu agitatorischen Zwecken benutzen müssen. Allein wir dürfen unsre Abgeordneten nicht wählen, damit sie Theil nehmen an dem Komödienpiel, sondern damit sie gegen dasselbe protestiren, damit sie protestiren gegen den Absolutismus, der sich hinter die parlamentarischen Formen flüchtet, und damit sie Diejenigen dem Volke denunziren, welche sich zu diesem Spiel hergeben. Nicht zu dem Reichstag sollen unsre Abgeordneten sprechen, sondern über die Köpfe der Reichstags-Mitglieder hinweg zum Volke.

Nun komme ich zu der Frage: wie haben wir uns bei den Wahlen andern Parteien gegenüber zu verhalten? Können wir eine Allianz mit andern Parteien eingehen? Es kann sich hier nur um Fortschrittspartei und Volkspartei handeln; und nach dem vorher Gesagten kann ich die Frage nur mit „Nein“ beantworten. Bezüglich der Fortschrittspartei bedarf es keiner längerer Auseinandersetzungen. Sie hat den Nordbund anerkannt und enthält ausschließlich Bourgeois-Elemente, ist uns also in politischer wie in sozialer Beziehung antagonistisch.

Aber auch mit der Volkspartei können wir keine Allianz schließen, weil die Volkspartei kein bestimmtes Parteiprogramm hat. Wohl auf dem Papier, jedoch nicht in Wirklichkeit. Die Volkspartei besteht aus den verschiedenartigsten Bestandtheilen. Jacoby, der zu ihr gehört, hat sich zu unserm Programm bekannt, und dies wäre eine Gelegenheit für die Volkspartei gewesen, als Partei Stellung zur sozialen Frage zu nehmen. Aber sie hat sich vorsichtig um die Sache herumgedrückt und die letzte Berliner Rede Jacoby's einfach todtgeschwiegen. Und nicht bloß das. Ein beträchtlicher Theil der Volkspartei gehört unzweifelhaft der Bourgeoisie an, oder ist wenigstens in der Bourgeois-auffassung der Dinge befangen. Ich erinnere nur daran, daß einige der hervorragendsten Organe der Partei in Folge der Baseler Beschlüsse, die doch nur eine logische Konsequenz des Eisenacher Programms waren, maßlose Angriffe gegen unsre Partei gerichtet haben. Das Einzige, worin die Volkspartei einig ist, das ist der Haß gegen Preußen, und Preußenhaß ist doch kein Programm. Die Volkspartei muß sich klären, die fortgeschrittneren Elemente müssen nothwendiger

Weise zu uns herüberkommen, der Rest wird sich weiter nach rechts wenden, der Fortschrittspartei und nationalliberalen Partei beitreten. Also noch einmal: auch mit der Volkspartei ist keine Allianz möglich. Mit einzelnen Mitgliedern können und werden wir gehen, nicht mit der Partei.

Hier eine Bemerkung. Vor Kurzem veröffentlichten die Blätter einen Brief Jacoby's an den Ausschuß der Friedens- und Freiheitsliga in Genf, in dem es heißt, daß der Hauptkampf sich um Republik und Monarchie drehe; was dazwischen liege, sei des Kampfes nicht werth. M. H.! Ich kann nicht umhin zu erklären, daß Jacoby sich durch diese Aeußerung mit seiner letzten Berliner Rede in Widerspruch gesetzt hat, welche den sozialen Inhalt des politischen Kampfes richtig betont. Die Frage Republik oder Monarchie ist zum Theil nur eine Formfrage. Das Prinzip, um das es sich hier in erster Linie handelt, ist das Gleichheitsprinzip, und das kann in der Republik so gut verletzt werden, wie in der Monarchie. Eine Republik, welche auf Klassenherrschaft beruht, verletzt das Gleichheitsprinzip in der Person jedes Kapitalisten und Proletariers, und bringt es nur zur Geltung, indem es die Eine Person des Fürsten wegräumt. Sozialdemokrat sein heißt mehr als Republikaner sein. Man kann Republikaner sein, ohne die Klassenherrschaft beseitigen zu wollen. Wer aber die Klassenherrschaft beseitigen will, ist selbstverständlich Republikaner.

Genug. Unser Weg für die kommenden Wahlen ist uns vorgezeichnet: durch Allianzen können wir uns nur schaden; sie nöthigen uns zur theilweisen Verleugnung unsres Prinzips, und unsre Stärke liegt gerade darin, daß wir uns und Andern klar sind, daß wir kein Gehl machen aus unsern Zielen. In unsern Prinzipien ist unsre Macht. Durch Halbheiten richten wir uns zu Grunde. Drum furchtlos die Fahne entrollt, daß Freund und Feind uns kenne, und wir marschiren zum Sieg!

Correspondent Reifer (Breslau): M. H.! Die Entscheidung über die Frage, wie wir uns den politischen Parteien gegenüber zu verhalten haben, scheint mir leicht. Für einen Sozialisten kann es nur drei Parteien geben: eine, die die Zustände der Vergangenheit, Herrschaft des Adels und der Geistlichkeit, zurückstrebt, die feudale und clerikale Partei; eine zweite, welche ihren Interessen durch die heutigen Gesellschaftsverhältnisse am besten Rechnung getragen sieht und sie deshalb zu conserviren trachtet: die Bourgeoispartei oder die Partei der Kapitalherrschaft; und als dritte endlich die Partei der Besitz- und darum Machtlosen, die als Grundübel der Gesellschaft das Lohnsystem erkannt und deshalb seine Beseitigung sich als Ziel gesetzt hat.

Diese dritte Partei muß nothgedrungen in den beiden ersten die erbittertsten Gegner finden, denn der Staat, den sie erstrebt, kennt keine Geburtsvorrechte und kein Privatkapital, die Palladien, um die sich jene scharen; sie verlangt gänzliche Umformung der Staatsgrundlagen, der Gesellschaftsverhältnisse, die jene reich und mächtig gemacht haben, weil sie sie für ungerecht erkannt hat.

Sie würde sich inkonsequent werden, wollte sie durch Zusammengehen mit Parteien des heutigen Staates — und über die Feudalpar-

teien ist man ja klar — seine Grundlage anerkennen; sie kann deshalb auch nicht bei den Wahlen mit den Bourgeoisparteien irgendwelche Verbindung eingehen.

Nicht nur weil es ihre Grundsätze nicht zulassen, sondern auch weil sie sonst unpraktisch und taktisch fehlerhaft handeln würde. Es sind die Wahlen nämlich für uns, die sozialistische Partei, von zweierlei Bedeutung.

Sie haben erstens einen demonstrativen und zweitens einen agitatorischen Zweck.

Demonstrativ wirken sie, weil sich bei ihnen die Stärke der Partei und ihrer Anhänger zeigen, und agitatorisch, indem nothgedrungen bei Aufstellung und Befürwortung von Candidaten und deren Wahl auch eine Agitation für deren Grundsätze stattfinden muß.

Grade mit Rücksicht auf die Demonstration und die Agitation ist auf das Entschiedenste ein selbstständiges Vorgehen zu empfehlen, weil nur dadurch die Stärke der Partei, die so oft mit Unrecht gering geschätzt worden ist, sich zeigen kann, daß sich ihre Mitglieder scharf und erkenntlich absondern von denen anderer Parteien, und weil man für unsere Grundsätze bei den Wahlen nur agitieren kann, wenn man Candidaten befürwortet, die sich zu ihnen bekennen.

Ebenso einfach wie unsere Stellung bei den Wahlen, wird die Stellung unserer Abgeordneten im Reichstage sein. Sie haben die Tribüne jener Körperschaft zu benutzen als Tribüne, von der aus sie zum Volke sprechen.

Man ist gewohnt einem dort gesprochenen Wort mehr Bedeutung beizulegen, als irgend einem andern; mögen sie darum fort und fort im Reichstag unsere Grundsätze predigen, mögen sie den heutigen Staat mit seinen schreienden Ungerechtigkeiten in seiner ganzen Nacktheit hinstellen, mögen sie den herrschenden Konstitutionalismus als Lüge aufdecken und an dem Bismarck'schen: „So lange ich auf diesem Platz stehe, muß die Majorität sich meiner Ansicht fügen“ — das ja die Grundlage all seines parlamentarischen Redens und Handelns ist, — zeigen, wie Preußen, der Vorstaat Deutschlands, nicht nur von verkapptem, sondern von offen erklärtem Absolutismus beherrscht wird. —

Referent Liebknecht verliest folgende von ihm mit Bebel vereinbarte Resolution und empfiehlt deren Annahme:

„Die sozial-demokratische Arbeiterpartei theiligt sich an den Reichstags- und Zollparlamentwahlen lediglich aus agitatorischen Gründen. Die Vertreter der Partei im Reichstag und Zollparlament haben, soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klasse zu wirken, im Großen und Ganzen aber sich neigend zu verhalten und jede Gelegenheit zu benutzen, die Verhandlungen beider Körperschaften in ihrer ganzen Wichtigkeit zu zeigen und als Komödienpiel zu entlarven.

„Die sozial-demokratische Arbeiterpartei geht mit keiner andern Partei Allianzen oder Kompromisse ein, dagegen empfiehlt der Kongress, bei den Wahlen zum Reichstag und Zollparlament da, wo die Partei einen eignen Candidaten nicht aufstellt, solchen Candidaten ihre Stimmen zu geben, die wenigstens in

politischer Hinsicht wesentlich unsern Standpunkt einnehmen. Namentlich empfiehlt der Kongress, in den Bezirken, wo die Partei von Aufstellung eigener Candidaten abstieht, von andern Arbeiterparteien aufgestellte wirkliche Arbeiter-Candidaten zu unterstützen.“

Spier beantragt, daß die Diskussion über diese Resolution in die geschlossene Versammlung vertagt werde.

Der Antrag wird abgelehnt.

Danges (Darmstadt) ist im Ganzen mit der Resolution einverstanden. Nur prinzipientreues Vorgehen kann der Partei frommen.

Franz (München) ist erfreut, daß die Resolution Kompromisse mit der Volkspartei ausschliesse. Diese halben Feinde seien die gefährlichsten, weil sie oft die Waffe unter dem Mantel der Freundschaft verbergen und dann in nächster Nähe und unverhofft losschlagen. Darum sei ihm die Volkspartei die feindlichste, er halte ihre Mitglieder für die Zukunftsejuiten. Durch dieses Vorgehen werde man am besten die Schweiker'sche Behauptung von der Identität unserer Partei mit der Volkspartei Lügen strafen und ihn dadurch ohnmächtig machen, uns noch fürderhin seine „Wölfe“ auf den Hals zu schicken.

Mehner (Berlin) beantragt die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Wird angenommen.

Wertb (Barmen): Durch Theilnahme an der Wahl nehme man Theil an dem Comödienpiel, von dem die Resolution spricht. Die parlamentarischen Körperschaften seien durchaus unfähig, den Boden für unsern Kampf zu bilden. Man möge sich darum lieber gänzlich der Wahl enthalten und damit gegen den heutigen Staat und seine Einrichtungen protestiren. Er beantragt: „Die sozial-demokratische Arbeiterpartei theiligt sich an den Wahlen zum norddeutschen Reichstag und zum Zollparlament nicht, sie protestirt gegen beides durch Abgabe unbeschriebener Zettel.“

Noland (Lettwang) betrachtet die Wahlen in unserem Sinne schon als Protest gegen den heutigen Staat, es bedürfe dazu nicht der Wahlenthaltung, der politischen Unthätigkeit.

Bebel wendet sich gegen einige Bemerkungen Liebknecht's über die Volkspartei. Der gefährlichste Feind im Kampfe, den unsere Partei zu führen habe, sei das Bismarck'sche Preußen, und ihm stehe auch die Volkspartei feindlich gegenüber. Ein Zusammengehen mit ihr gegenüber dem gemeinsamen Feinde würde nur eine Stärkung jeder der beiden Parteien zur Folge haben und den Kampf erleichtern.

Walser hält die Wahlenthaltung für unpraktisch und empfiehlt ein selbstständiges Vorgehen bei den Wahlen. Kompromisse mit der Volkspartei scheinen ihm unmöglich, da er eine geschlossene Partei, die diesen Namen führe, nicht kenne.

Ghler's theilt Bebel's Ansicht.

Löwenstein constatirt das Bestehen einer Volkspartei, der nur ein einheitliches Programm fehle. Ihr Ziel sei die föderative Republik. Die Resolution könne er nicht empfehlen, weil es eine Inkongruenz sei, Kompromisse unbedingt zu verdammen, und dann doch wieder die Wahl von Mitgliedern anderer Parteien eventuell zu empfehlen. Er hält es für korrekt, entweder für die Wahlenthaltung, wie sie

## Öffentliche Sitzung am

6. Juni Nachmittags.

Weib eröffnet die Sitzung um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr; er beantragt, daß, falls die Grund- und Bodenfrage vor 6 Uhr erledigt sei, sogleich bis zu dieser Zeit in der Tagesordnung der geschlossenen Sitzungen fortzufahren sei. Der Antrag wird angenommen.

Bebel (Leipzig) als Referent zur Grund- und Bodenfrage: Meine Herren! Nicht mit Unrecht hat man den Baseler Beschlüssen gegenüber die Behauptung angestellt, daß die Grund- und Bodenfrage in den zunächst beteiligten Kreisen noch nicht zur Diskussion gelangt sei; es liegt dies in der Unbildung der ländlichen Bevölkerung begründet. Will man hieraus aber folgern, daß darum diese Frage noch nicht zur Erörterung reif sei, so begeht man einen schweren Irrthum. Je eher eine solche Frage ventilirt und diskutiert wird, desto eher verbreitet sich Klarheit darüber in alle Kreise, besonders in die zunächst beteiligten. Auch die industriellen Arbeiter sind noch nicht lange mit der Erörterung ihrer Klassenlage beschäftigt, sie ist ihnen aufgebracht worden durch die Wissenschaft, und die Wissenschaft hat sich auch bereits über die Grund- und Bodenfrage ausgesprochen. — Wir haben nicht nur das Recht, sie zu erörtern, wir haben auch die Pflicht. In der Zeit der Aktion ist es zu spät zu theoretischen Diskussionen, der Plan des Zukunftstaates muß in allen Theilen bereits vor der Aktion durchgearbeitet und fertig sein. Die Angriffe, welche auf die Baseler Beschlüsse geschehen, sind hauptsächlich aus dem Lager der Volkspartei gekommen, die da fürchtete, ihren bäuerlichen Anhang zu verlieren, und darum bestrebt war, jene vorgeschlagene Lösung der Grund- und Bodenfrage der ländlichen Bevölkerung im ungünstigsten Lichte erscheinen zu lassen. Wir haben das gegentheilige Interesse; für uns gilt es, auch die ländlichen Arbeiter in das sozialistische Lager herüberzuziehen, und es wird uns das am leichtesten gelingen, wenn wir im Stande sind, ihnen hier persönliche Vortheile zu bieten. — Wie alle politischen und gesellschaftlichen Fragen so ist auch die Grund- und Bodenfrage eine Interessenfrage, und zwar zunächst für die ländlichen Arbeiter. Es gilt nun zu zeigen und zu beweisen, daß unsere Ansicht über diese Frage den Bedürfnissen der Einzelnen sowohl wie der Gesamtheit vollkommen Rechnung trägt.

Man hat uns von gewisser Seite für unfähig erklären wollen, ein Urtheil in dieser Angelegenheit zu fällen. Es fehlen uns, so hieß es, die hierzu nöthigen agronomischen Kenntnisse und das historische Material. Man geht von der Ansicht aus, daß, wenn das Gelehrtenthum sich nicht möglichst einstimmt über eine Frage ausgesprochen, es Seitens der Arbeiter Annahme sei, über diese Frage zu diskutieren. Für Leute dieses Schlages ist das offizielle, vom Staate bezahlte Professorenthum maßgebend; was aber unabhängige Gelehrte zu Tage gefördert, gilt nichts, namentlich wenn es der Tagesmeinung zuwiderläuft. Nun, die unabhängige Wissenschaft hat ihr Urtheil über die vorliegende Frage gefällt; Sache der Arbeiter ist es, das Resultat dem allgemeinen Bewußtsein zugänglich zu machen.

Auch behauptet man, unsere Bestrebungen seien kulturfeindlich; ihre

Werth beantragt, oder für Compromisse mit andern Parteien, natürlich nur mit solchen, die wenigstens das Ziel der Republik mit uns gemeinsam haben, zu stimmen.

Er beantragt, in der Liebknecht-Bebel'schen Resolution für „wesentlich unsern Standpunkt“ zu setzen: wesentlich unsern republikanischen Standpunkt.

Stolle-Trimmischau hält die Betheiligung an den Wahlen für unbedingt nothwendig, um das Volk an die Ausübung seiner Rechte und speciell an die des noch jungen allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu gewöhnen.

Spier: So lange der Feudalismus noch nicht gänzlich überwunden sei, werde es Bestrebungen geben, in denen wir die Verbindung mit der Volkspartei und anderen liberalen Bourgeoisparteien nicht abzuweisen brauchten. Man würde sich z. B. in der Militärfrage mit der Volkspartei sicher einigen. Das heiße noch keineswegs, sein Programm aufgeben, wenn man einen Punkt desselben in den Vordergrund stelle, und das nur geschehe bei Compromissen mit anderen Parteien. In Betreff des Verhaltens der Abgeordneten unserer Partei hält Redner ein konsequentes Regiren nicht für durchführbar, da die Möglichkeit vorhanden sei, daß Fragen zur Diskussion und Abstimmung gelangen, die spezifische Arbeiterinteressen betreffen.

Meßner-Berlin ist zwar auch ein Gegner von Compromissen, wünscht jedoch die Unterstützung von Arbeiterkandidaten auch anderer Parteien, weil es das beste Mittel sei, die Arbeiter über ihre sogenannten Freunde aufzuklären, wenn man ihnen Gelegenheit gebe, mit eigenen Augen ihr Auftreten in den Parlamenten zu beobachten.

Franz-München beantragt: „Es soll jedoch mit keiner Partei, die in einem wesentlichen Punkte gegen die sozialdemokratische Partei ist, ein Compromiß abgeschlossen werden.“

Bebel bemerkt, daß das von Franz Gewünschte sich bereits in der Resolution befinde.

Liebknecht: Wenn empfohlen werde, da, wo eigene Kandidaten aufzustellen unmöglich sei, für einen nicht anstößigen Kandidaten der uns zunächst stehenden Parteien zu stimmen, so habe man damit nicht die Schließung von Compromissen bestritten. Man würde in solchen Fällen eben nur für die Person des Kandidaten, nicht aber für die Partei stimmen.

Franz zieht seinen Antrag zurück.

In der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Antrag Werth abgelehnt, ebenso das Amendement Löwenstein. Die Resolution Liebknecht-Bebel wird angenommen.

Nachdem noch der Vorsitzende einige Telegramme aus Köln, Bamberg (Runze) und Mainz und zwei poetische Zuschriften von Müdt und von einem „Parteienossen im Wassenrodt“ verlesen hat, wird die Sitzung um 1 $\frac{3}{4}$  Uhr geschlossen.

Ausführung bedinge den Rückschritt in die Barbarei. Die klugen Leute, die so reden, sollten bedenken, daß kulturfeindliche Bestrebungen auf die Dauer sich nicht halten können, sondern bald in ihr Nichts zerfallen, und daß die Anerkennung der Möglichkeit eines Rückschlags in die Barbarei zugeben heißt, daß unsere ganze Kultur auf sehr schwachen Füßen steht. Allerdings wollen wir einen Zustand herbeiführen, der prinzipiell mit den agrarischen Zuständen einer längst vergangenen Zeit einige Ähnlichkeit hat; wir erstreben, was wir bei der ersten Gesellschaftsformation allerdings auch finden: die Herstellung des Gesellschaftseigentums an Grund und Boden, aber veredelt durch die Fortschritte einer tausendjährigen Erfahrung und Kultur. Deshalb unser Bestreben zu belämpfen, weil in einer weit hinter uns liegenden Zeit in patriarchalischer Weise der Grund und Boden als Gesamteigentum angesehen wurde, auf dessen Privatbesitz Niemand ein Anrecht hatte, würde bedingen, daß wir auch auf politischem Gebiet Forderungen verwerfen, die bei der Staatenbildung fast aller Länder vorhanden waren. Allgemeine Volksbewaffnung, gleiches Wahlrecht, direkte Gesetzgebung und Rechtprechung durch das Volk besaßen unsere Urväter in vollstem Umfange. Sie sind uns im Laufe der Zeit genommen worden, heute aber kämpfen wir selbstbewußter denn je für ihre Wiedererlangung, und Viele mit uns, die auf sozialem Gebiet gegen uns sind. Ich habe nie gehört, daß der Kampf für diese politischen Rechte ein kulturfeindlicher sei, einen Rückschlag in die Barbarei bedinge. Was von den politischen Rechten gilt, gilt auch von den sozialen; beide lassen sich nicht trennen, sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Die politische Rechtsgleichheit hörte auf, als die soziale Ungleichheit begann. In dem Augenblick, wo an Stelle der alten, kommunalisch nach Familien und Stämmen gegliederten Gesellschaft der antike Staat kam, wo Herr und Sklave sich gegenüberstanden, war es mit der sozialen Gleichheit aus. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Majorität durch die Minorität begann. Der Grund und Boden wurde Eigentum der Herren, das Volk war um sein Eigentum betrogen.

Dem antiken Staat folgte der Feudalstaat mit seinen Lehensrichtungen und der Leibeigenschaft, später Hörigkeit des Landvolkes. Adel und Geistlichkeit konnten alle staatliche Macht an sich reißen, weil sie die materielle Macht, das Instrument, das alle Werthe fast ausschließlich erzeugte, den Grund und Boden, in ihren Händen hatten. Allmählich entwickelte sich im Feudalstaat die kleinstbürgerliche Produktion, die am Ende des Mittelalters in die Großproduktion überzugehen anfing. Das Wachstum der Bevölkerung, die Ausdehnung und stetige Neubildung der Städte, die Entwicklung des Handels und die mit alledem Hand in Hand gehende Vermehrung des beweglichen Eigentums übten einen eminenten Einfluß auf die Bodenbesitz- und die Bodenbebauungsverhältnisse aus. Die sich vermehrende Bevölkerung erheischte größere Quantitäten oder tieferen Bepflanzung der bereits vorhandenen beschafft werden mußten. Die Viehzucht wurde gleichzeitig ein gewinnbringender Faktor, es galt also, neben dem Ackerland möglichst viel Weideland zu besitzen; daß eine sorgfältige Waldkultur ebenfalls notwendig und für beides von entscheidendem Einfluß ist, liegt auf der Hand. Es stellte sich somit die Nothwendigkeit heraus, entsprechend der Entwicklung der Industrie, auch

die Bodenbewirtschaftung im Großen zu betreiben. Zweckmäßige Abwechslung in der Bebauung des Bodens, gründliche Bearbeitung des Ackerlandes und rationelle Düngereinrichtung sind drei Faktoren, welche die Ackerwirtschaft, um recht ergiebig zu werden, braucht. Diese lassen sich aber nur durch bedeutendes Kapital und bei großer Bodenschicht durchführen, daher der Drang in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode der Agrarwirtschaft nach Konzentration des Grund und Bodens. — Nedner beleuchtet nun die Agrarwirtschaftszustände in den am weitest entwickelten Staaten Europa's. England sei das klassische Land des großen Feudalbesitzes. Die englischen Landlords haben es verstanden, ihre mittelalterliche Allgewalt in die moderne Zeit herüberzuretten. Indem sie gezwungen waren, die politische Macht mit der Bourgeoisie zu theilen, begriffen sie, daß die Aufrechthaltung ihrer sozialen Macht nur möglich sei, wenn sie die moderne Produktionsform der Bourgeoisie für die Agrarwirtschaft sich aneigneten. Der in der heutigen Produktionsweise liegende Trieb nach Konzentration habe auch die Zahl der Landlords immer mehr vermindert. Nedner beweist dies durch statistische Belege. Mit der geringeren Zahl der Besitzer, der steigenden Zahl der eingeführten Maschinen und verbesserten Einrichtungen, habe auch die Zahl der im Ackerbau beschäftigten Personen abgenommen. Die Viehzucht sei gestiegen und demgemäß die Zahl der Hirten gewachsen, aber auch die Ertragsfähigkeit des Ackers gestiegen, was Nedner durch Vergleiche mit den Erträgen des französischen Ackerlandes beweist. Das unverhältnißmäßige Wachstum des Reichthums der Besitzer habe das tiefste Massenelend der Ackerbaubevölkerung zur Folge.

Anderes als in England entwickelten sich die Agrarzustände in Frankreich. Das Besitzthum des Feudaladels und der Geistlichkeit an Grund und Boden wurde durch die französische Revolution beseitigt. Ihr Besitzthum wurde Staatseigentum und durch den Staat an die früheren leibeigenen Bauern in verschiedener Form abgetreten und damit die Existenz einer großen Zahl kleiner Bauern möglich gemacht. Die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse habe aber gezeigt, daß das Parzelleneigentum in der Zeit der Dampfmaschine ein überwundener Standpunkt sei. Die Unmöglichkeit, auf der Parzelle die von der Agronomie bedingte rationelle Bewirtschaftung des Bodens einzuführen, der Mangel an Kapital, die Unmöglichkeit, Maschinen und verbesserte Einrichtungen auszunutzen, die Vererbung und damit Zersplitterung des Ackerlandes habe das größte Elend der französischen Parzellenbauern zur Folge gehabt. Nedner läßt hier abermals eine Reihe offizieller statistischer Belege folgen, die diese Auffassung bestätigen. Deutschland habe weder ausschließlich englische noch französische Agrarzustände, beide seien vielmehr vertreten. Neben großen ritterschaftlichem und bäuerlichem Grundbesitz gebe es eine Masse kleiner und mittlerer Bauern. Die namentlich seit und infolge der Reformation in Deutschland entstandenen eigenthümlichen politischen Zustände hatten auch eine ganz andere Forderung der alten feudalen Besitzverhältnisse zur Folge. Ein zahlreiches Fürstenthum und ein noch zahlreicherer Adel hemmten den wirtschaftlichen Fortschrittsprozess; daher kommt es, daß wir in Deutschland neben modernst entwickelten Zuständen alte Feudalzustände blühen sehen. Die rasche Entwicklung der modernen Industrie in den letzten Jahrzehnten

habe, aber auch auf die Grund- und Bodenverhältnisse eingewirkt, die Lage eines großen Theils des kleinen Bauernstandes sei um kein Haar besser, als die ihrer Kollegen in Frankreich; die zahlreichen Tagelöhnerfamilien in Deutschland kaum besser dran als ihre Leidensgefährten in England. Zur Bekämpfung dieses theilt Redner abermals eine Reihe statistischer Erhebungen mit. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Steigerung der mißlichen Lage der niederen bäuerlichen Bevölkerung und die allmähliche Vernichtung des mittleren Bauernstandes die nothwendige Folge der weiteren Entwicklung unserer ökonomischen Verhältnisse sein werde. Der Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden in der Industrie entwickle sich auch in der Agrikultur, es entspreche also die Frage, wie diesem abzuwehren sei. Für die Industrie schlage man die gesellschaftliche Arbeit in der Form von großen Produktionsgenossenschaften vor, dasselbe müsse in der Agrikultur durchgeführt werden. Der Wege hierzu gebe es verschiedene, auf die er sich hier nicht weiter einlassen wolle, er schlage folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß die Erfordernisse der Produktion, wie die Anwendung der Gesetze der Agronomie — wissenschaftlichen Bewirtschaftung des Bodens — den Großbetrieb beim Ackerbau erheischen, und, ähnlich wie in der modernen Industrie, die Einführung von Maschinen und die Organisation der ländlichen Arbeitskraft nothwendig machen, und daß im Allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung den Großbetrieb im Ackerbau erstrebt; — in Erwägung, daß demgemäß bei dem Ackerbau wie bei der Großindustrie die allmähliche Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch die Großbesitzer vor sich geht, das Elend und das Abhängigkeitsverhältniß der weitaus größten Mehrzahl der Ackerbaubevölkerung zu Gunsten einer kleinen Minorität stetig zunimmt und dies den Gesetzen der Humanität und Gerechtigkeit zuwiderläuft; — in Erwägung, daß die produktiven Eigenschaften des Bodens, die keine Arbeit erheischen, das Material aller Produkte und aller brauchbaren Dinge bilden: spricht der Kongreß die Ansicht aus, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigenthum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Ackerbau-genossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag der Arbeit nach kontraktlich geregelter Uebereinkunft unter die Genossenschafter zu vertheilen. Um die vernünftige und wissenschaftliche Ausbeutung des Grund und Bodens zu ermöglichen, hat der Staat die Pflicht, durch Errichtung entsprechender Bildungsanstalten die nöthigen Kenntnisse unter der ackerbautreibenden Bevölkerung zu verbreiten. Als Uebergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung fordert der Kongreß, mit den Staatsdomänen, Chatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen u. s. w. zu beginnen, und erklärt sich deshalb gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- und Gemeinbesitzes in Privatbesitz.“

J. W. Hirsch (Winkel): In neuerer Zeit werfe sich mehr als früher das aus der industriellen Produktion erübrigte Großkapital auf die ländliche Produktion und vertheuere einerseits den Preis des Bodens, während es andererseits denselben durch hypothekarische Dar-

lehen weit unter dem Werthe an sich bringe. — Es handele sich für uns darum, diese von den beteiligten Klassen dunkel geahnten und gefühlten Mißstände denselben zum klaren Bewußtsein zu bringen, ohne jedoch sofort die äußersten Konsequenzen zu ziehen, zu denen namentlich die ländliche Bevölkerung erst herangebildet werden müsse. Auch dürften diese äußersten Konsequenzen nicht überall anzuwenden sein, da sich der Weinbau z. B. kaum würde genossenschaftlich betreiben lassen.

Bebel (Leipzig) macht darauf aufmerksam, daß die Resolution ausspricht, daß die dem Staate jezt gehörigen Domänen nicht veräußert werden dürfen. Die Wichtigkeit dieses Staatsbestes werde vollkommen daraus klar, daß z. B. Nassau allein Domänen im Werthe von 100 Millionen Thaler besitze, die dereinst einmal ohne Expropriation von Privatbesitzern der genossenschaftlichen Produktion überwiesen und zu einem Uebergangsstadium benutzt werden können. Der Weinbau, der allerdings zum Genossenschaftsbetriebe sich nicht eigne, nehme einen verhältnißmäßig geringen Theil des fruchttragenden Bodens in Anspruch.

Bonhorst (Braunschweig) legt bedeutenden Werth auf den Zusatz zur Resolution, die Domänen u. s. w. betreffend. Die herrschende Klasse im Staate dränge zur kapitalistischen Produktionsweise und wolle dieser auch die Staatsgüter zuweisen. Dagegen müsse man mit allen Mitteln sich wehren. Der Vorwurf, der uns gemacht wird, daß unsre Bewegung eine kulturfeindliche sei, ist nichtig. Sie erstrebt eine Verbesserung der materiellen Lage der weitaus großen Mehrzahl des Volks, die nothwendig auch geistige Fortschritte bedingen muß.

Reiser (Breslau) behandelt die Frage vom technisch-theoretischen Standpunkte. Die Nahrungsquelle der Pflanze sei der Boden, der an Nahrungstoffen nicht unerschöpflich sei. Dem vermehrten Bedürfniß nach pflanzlicher Nahrung und nach aus ihr entstehender animalischer könne nur Genüge geschehen durch Vermehrung der Pflanzennahrungsstoffe im Boden, durch Düngung oder durch Inanspruchnahme noch unausgefaugter Bodentheile. Die natürliche animalische Düngung könne die Bodenbestandtheile nicht vermehren, da man in ihr dem Boden nur wiedergebe, was man ihm entzogen; es bedürfe vielmehr der künstlichen Düngerarten. Das zweite Mittel, den Bodenertrag zu vermehren, die Bearbeitung noch jungfräulichen Bodens, sei in unseren Kulturländern, wo der weitaus größte Theil der Bodenoberfläche bereits in Anspruch genommen, die Kultur sich also nicht mehr ausbreiten lasse, nur denkbar in der Bearbeitung tieferer Bodenschichten, die durch Maschinenarbeit ermöglicht wird. Beide Verbesserungsmittel seien nicht vorhanden für den mittleren und kleinen Landbesitzer, der nicht einmal die Mittel besitze, Viehzucht zu treiben und so seinen natürlichen Dünger sich zu schaffen. Der Ertrag seines Bodens erlaube ihm nicht, für künstliche Düngung und Maschinen zu sorgen. Dennoch müsse der Boden meliorirt werden, wenn die Landwirthschaft den an sie gestellten Anforderungen genügen solle. Es müsse also dem Landbau Kapital zur Verfügung gestellt werden. Die Anwendung des Privatkapitals dürfe nicht erfolgen, weil sie eine Ausbeutung der arbeitenden Klassen bedinge, es bleibe also nur übrig das Staatskapital. Und dieses müsse an Genossenschaften überwiesen werden,

weil, wenn durch dasselbe die einzelnen Landwirth, unter die der Boden vertheilt werden könnte, unterstützt würden, die auf industriellem Gebiete abgeschaffte Lohnarbeit und ihre Folgen in der ländlichen Produktion fortbestehen müssten. — Außerdem sei in Betracht zu ziehen, daß das Privateigenthum und die Pachtverhältnisse den Raubbau geschaffen haben, weil Jeder mit geringen Kosten recht viel aus seinem Boden ziehen wollte: „Après nous le déluge.“\*) Dem könne nur ein Ende gemacht werden durch Beseitigung des Privateigenthums, Verwandlung desselben in Staatseigenthum, Ueberweisung der Bodenpartikeln an landwirthschaftliche Genossenschaften und Betrieb derselben unter Staatsaufsicht.

York (Harburg) bittet, den die Domänen und anderen Staatsbesitz betreffenden Zusatz wegzulassen, da er nicht in die Resolution gehöre, welche einen allgemeinen Grundsatz auszusprechen bestimmt sei. Am allerwenigsten aber dürfe man die Staatsseisenbahnen hier in Betracht ziehen.

Wertb (Barmen) erklärt sich ebenfalls gegen den Zusatz, der eine Forderung an den heutigen Staat stelle, dessen grundsätzliche Gegner die Mitglieder der Partei sein müssen.

Bonhorst (Braunschweig): Der Zusatz bezwecke nichts anderes, als unsere grundsätzliche Gegnerschaft zu der Verwandlung von Staatseigenthum in Privatbesitz auszusprechen.

Liebknecht gegen den Zusatz. Wenn einzelne Forderungen seitens der Partei ausgesprochen werden sollen, so sei noch Vieles zu erwähnen, was in der Resolution nicht Platz gefunden habe. Es handle sich in der Resolution aber nicht darum, diese und jene Maßregel dem heutigen Staate zu empfehlen, sondern unseren Grundsätzen im Allgemeinen Ausdruck zu geben. Er müsse sich darum gegen den Zusatz erklären, um so mehr, da derselbe nicht einmal fordere, sondern nur „empfehle!“

Geib für den Zusatz, weil er unter den Bauern agitatorisch zu wirken im Stande ist, da dieselben bei den Domänen viel mehr Lasten zu tragen haben, denn als selbstständige Besitzer und sich darum der Ueberweisung der Domänen an die Ackerbaugenossenschaften schwerlich entgegen setzen würden. Andererseits begründe der Zusatz ein Uebergangsstadium, das doch nicht zu umgehen sein werde und an die zukünftigen agrarischen Verhältnisse gewöhne.

Ein Antrag auf Schluß wird angenommen und es erfolgt die Annahme der Resolution.

Es entspinnt sich hierauf eine kurze Diskussion über die Frage, ob, wie beabsichtigt, am nächsten Tage eine Volksversammlung abgehalten sei. Die meisten Redner sprechen sich für Abhaltung derselben aus und es wird diese beschlossen.

Geib verkündet sodann das Resultat der Arbeit der Mandatprüfungscommission: Am Kongreß haben sich betheiligt 74 Delegirte von 111 Ortschaften. Die Anzahl der durch sie vertretenen Parteigenossen beträgt 15,398.

Bebel (Leipzig): Es liegt uns nun noch ob, unsere Meinung über das Verhalten der österreichischen Regierung gegenüber den

\*) „Nach uns (tomme) die Sündfluth!“

österreichischen Arbeitern auszusprechen. Sie werden es mir erlassen, Ihnen eine eingehende Schilderung der Verhältnisse zu geben, da die Thatsachen Allen bekannt und von Allen oft genug besprochen sind. — Nach der Niederlage der österreichischen Regierung im Jahre 1866 wurden mit einem Male in Oesterreich in politischer Beziehung gewaltige Fortschritte gemacht, Fortschritte, die uns fast auf die Niederlage neidisch machen konnten. In diesen Fortschritten der politischen Freiheit nahmen auch die Arbeiter Theil; man gab ihnen unter Andern das Koalitionsrecht und ein scheinbar freies Vereins- und Versammlungs-gesetz. Als aber die Arbeiter es benutzen wollten, um sich über ihre Klassenlage auszusprechen; als sie durch die Betrachtung derselben unter die Fahne der Sozialdemokratie gesammelt wurden, da gebot man diesen Fortschritten Halt. Man benutzte die kleinlichsten Dinge, um die hervorragenderen, einflußreicheren Arbeiter unschädlich zu machen, sie in Gefängnisse zu werfen und dort zu quälen. Und das that ein sogenanntes liberales Ministerium, hervorgegangen aus den Reihen des liberalen Bürgerthandes. Nun, meine Herren, genau dasselbe sehen wir aber in Frankreich. Auch hier haben Sie ein Bürgerministerium, wenigstens in seinen Hauptpersonen, und auch hier finden Sie die Arbeiter, deren Klassenbewußtsein geweckt ist, auf das Abscheulichste bedrückt. Das Bürgerministerium, hier wie dort, ist sich seines Ursprungs bewußt, es kennt die Gefahren, die unsere Grundsätze für die Bourgeoisie bergen und es sucht sie mit allen Mitteln zu unterdrücken. Es ist das natürlich und nicht zu vermeiden. Daß man sich aber so weit treiben läßt, sogar außer endloser Untersuchungshaft die armen Opfer der Wahrheit durch ausgefuchte Peinigungen zu strafen, das verdient die herbste Rüge. Ich bitte Sie darum, die folgende Resolution einstimmig anzunehmen:

„Der Kongreß erklärt, daß die österreichische Regierung durch ihre Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung und durch die aller Menschlichkeit hohnsprechende Behandlung der eingekerkerten Arbeiter sich den Haß und die Verachtung der Arbeiter aller Nationen erworben hat.“

(Anhaltender Beifall.) Die Resolution wird ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Nach Verlesung einiger Telegramme erfolgt der Schluß der Sitzung um 6 1/2 Uhr.

## Geschlossene Sitzung, Montag den 6. Juni im Haaf'schen Saal.

Der Vorsikende eröffnet die Sitzung Abends 8 Uhr und theilt ein Telegramm aus Erfurt und Ronneburg mit.

Bonhorst wünscht vor der Berathung über Abänderung des Statuts eine Besprechung über Reichstagskandidaturen. Wird abgelehnt. — Man tritt in die Tagesordnung ein: Statutenänderungen. (Vorlage A 4.)

Anträge: Zu § 2 (Münchberger Parteigenossen): Der Kongreß möge bestimmen, daß § 2 alinea 4: „Die soziale Frage u. s. w. ist

„nur lösbar im demokratischen Staat“ umzuändern in: „Die soziale Frage u. s. w. ist nur lösbar im republikanischen Staat.“  
Referent: Löwenstein.

Zu § 3. (Bebel-Leipzig): § 2 und 3 so zu fassen: Jedes Mitglied der sozial-demokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft für Verwirklichung des Parteiprogramms einzutreten.

Zu § 4. a. (Parteigenossen von Ronäsdorf, Breslau, Frankfurt a. M., Mainz, Bebel-Leipzig, Gralle-Braunschweig): Den Satz: „Die Parteigenossen, welche auf das Parteiorgan abon- nieren u. s. w. sind ihrer Beitragspflicht enthoben,“ zu streichen. — b. (Pülm-Braunschweig): Den § 4 des Programms in seinem vollen Umfange aufrecht zu erhalten. — c. (Bebel-Leipzig): Dem § 4 hinzuzufügen: Für lokale Ausgaben haben die Parteimitglieder an jedem Ort selbst aufzukommen. — d. (Chemnitzer Mitglieder des Lassalle- schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins): Der Kongress möge eine einheitliche Organisation der sozial-demokratischen Arbeiterpartei schaffen, so daß die Mitglieder aller Orte gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten haben, zu deren Erfüllung sie streng verbunden sind. — e. (Bebel-Leipzig): Als neuen § zwischen 4 und 5 einzuschalten: Die Parteimitglieder an jedem Ort erwählen einen Vertrauensmann, der die Parteibeiträge zu fassen und abzuliefern hat. Jede Rechnungs- ablage des Vertrauensmannes ist von zwei dazu ernannten Revisoren zu prüfen und zu gegenzeichnen.

Hierzu ein Antrag von Hirsch-München: Der Kongress erklärt, daß die Parteigenossen an den einzelnen Orten selbst ihre Ver- trauensmänner und Revisoren ernennen und absetzen und nicht der Ausschuß.

Zu § 9. (Weib-Hamburg): a. In § 9 des Programms und der Organisation die Worte: „Auf dem Kongress gestellte Anträge können u.“ umzuändern in: „Selbstständige Anträge, welche innerhalb der letzten 4 Wochen vor dem Kongress, oder erst auf dem Kongress gestellt werden, kommen u. s. w.“ — b. In § 9 des Programms die Worte: „Die innerhalb der nächsten 10 Tage nach erfolgter Bekannt- machung u.“ wie folgt umzuändern: Die innerhalb der nächsten 14 Tage nach erfolgter Bekanntmachung u.“

Zu § 10. (Parteigenossen in Frankfurt a. M.): § 10 einer nochmaligen Besprechung zu unterziehen und dabei eine Aenderung womöglich in dem Sinne zu beschließen, daß jeder Ort nur Einen stimmberechtigten Vertreter zu senden hat.

(Weib-Hamburg): Zwischen 17 und 18 einen neuen Paragraphen einzuschalten wie folgt: „Weber der Sitz des Ausschusses noch der Kontrollkommission darf länger als zwei aufeinanderfolgende Jahre hindurch an einem und demselben Orte verbleiben.“

Dagegen beantragen die Ronäsdorfer Parteigenossen: Daß der Sitz des Ausschusses, wenn letzterer seinen Verpflichtungen nachge- kommen, wiedergewählt werden kann, dagegen der Sitz der Kontrol- lkommission jährlich wechseln muß. — Dieselben beantragen ferner: Daß den Mitgliedern der Kontrollkommission eine genügende Ent- schädigung aus der Parteikasse erstattet werde.

Zu § 19. a. (Breslauer Parteigenossen): Der Kongress wolle beschließen, dem § 19 des Parteiprogramms folgende Fassung zu

geben: „Die Parteimitglieder verpflichten sich, mit allen durch die ört- lichen Verhältnisse gebotenen Mitteln für Ausbreitung und Kräftigung der Partei Sorge zu tragen.“ b. (Bebel-Leipzig): Den § 19 zu streichen. — c. (Siemert-Magdeburg): Der Kongress möge eine Vereinfachung der Organisation anstreben unter Hinweglassung der Lokalvereine. — d. (Frankenhausener Parteigenossen): Der Kon- gress möge beschließen, daß für die Zukunft von Lokalvereinen ab- gesehen werde, so daß wir nur Eine in sich geschlossene Partei bilden.

Zu § 1 bemerkt Löwenstein (als Antragsteller), daß in dem Wort „demokratischer“ Staat von ihm und seinen Nürnberger Freun- den nichts Anderes als republikanischer Staat verstanden werde. Eben deswegen habe er schon früher beantragt, das letztere Wort an- zunehmen, weil dieses von Jedermann verstanden werde und weil mit dem Wort „demokratisch“ vielfach Mißbrauch getrieben wurde und wird.

York will die Anträge auf Statutenänderung rascher erledigt wissen und beantragt 5 Minuten Zeit für jeden Redner.

Hirsch stellt den Antrag, daß bloß ein Redner für und gegen jeden Antrag sprechen dürfe.

Der Antrag Hirsch's wird abgelehnt und York's Antrag ange- nommen. — Der Antrag der Nürnberger Parteigenossen, statt demo- kratisch zu sagen „republikanischer“ Staat, wird abgelehnt.

Zu § 3 meint Bebel (als Antragsteller): Daß, wo eine Or- ganisation nicht zu Stande kommen könne, bloß Parteimitgliedschaften zu gründen seien. Redner wünscht, daß die Parteiorganisation von dem Programm getrennt und den Mitgliedern besonders eingehändigt werde; er verweist zur Begründung seiner ersten Meinung auf Reichen- berg und Coburg.

Mittinghausen hat Bedenken gegen die Bebel'schen Anträge, deren Tragweite er entwickelt. Er glaubt, daß dann die sozialdemo- kratischen Vereine in Preußen bald ihr Ende erreicht haben.

Geiser: Die Organisation führte in Breslau zu bedeutenden Unannehmlichkeiten und die Entwicklung der Partei wurde dadurch bedeutend aufgehalten.

Reißer. Gegen die Polizei helfe die Art, wie die Menbe'schen Vereine zu Werke gehen. Nicht alle Parteigenossen könnten auch Vereinsmitglieder werden, weil viele durch ihre Stellung daran ge- hindert seien. Bezüglich der Kassenangelegenheit führt Redner aus, daß die Zahlung an die Parteikasse natürlich aber schwierig sei, wenn auch noch Ortsvereine bestehen, an die man zu zahlen habe; dadurch entstehe eine Ueberbürdung mit Vereinssteuern.

Walster hält § 19 des Programms und der Organisation für einen Mißgriff und will ausgesprochen wissen, daß an die Parteikasse zwei Groschen zu entrichten und ein Groschen für den Ortsverein zu verwenden sei.

York spricht gegen den § 19.

Spier hat nach den Erfahrungen des Ausschusses die jetzige Or- ganisation als zweckmäßig befunden. Um den reaktionären Gesetzen zu genügen, werde ein Ortsverein und eine Parteimitgliedschaft ge- gründet und es sei 1 Gr. für die Partei und 1 Gr. für den Orts- verein zu bezahlen. Seitens des Ausschusses möge zur Aufklärung eine Anleitung für die Vereine ausgegeben werden.



Bonhorst glaubt, daß, wenn Letzteres geschehe, alle diese Anträge unnötig sein werden.

Szymanowski spricht für Lokal-Organisation. Durch die vielen Anforderungen leide die Sache nur Schaden.

Megner will in Rücksicht auf die bestehenden preussischen Vereinsgesetze den § 19 aufrecht erhalten wissen.

Rittinghausen spricht sich wie Megner aus und hält die Bedenken gegen die jetzige Organisation für übertrieben.

Tauscher hat die Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, wie Lassalle sie entworfen, liebgewonnen und kennt nicht einen süddeutschen Staat, in dem nicht Parteimitgliedschaften gestattet würden. Nur dadurch, daß die bayerische Behörde bei Gelegenheit einer Hausfuchung glaubte, es bestעה ein selbstständiger Zweigverein, sei das damalige Verbot und seine Verhaftung erfolgt. Redner hält in Bayern die Ortsvereine für schwieriger durchführbar als Parteimitgliedschaften. Er beantragt: „daß überall, wo die Gesetze es gestatten, die Parteimitglieder verpflichtet sein sollen, Parteimitgliedschaften zu gründen“.

Der Vorsitzende ersucht, bei dem Wortlaut des Breslauer Antrags, der alles Dies enthalte, zu bleiben.

Wilhelm schließt sich Tauscher an und wünscht etwas mehr Centralisation für die Partei.

Hollinger spricht über die vielen Schwierigkeiten, die der Durchführung des seitherigen Programms entgegenstanden und wünscht Beibehaltung der Lokalvereine, weil diese die Schule der Parteigenossen sind.

Franz: In Augsburg habe Bebel erklärt, daß die Lassalle'sche Organisation die beste sei; er glaubt, daß bloß die Verpflichtung, Lokalvereine zu gründen, aufzuheben sei.

Rittinghausen spricht wiederholt für das seitherige Programm. Löwenstein beägleichen.

Koland für Bebel's Antrag.

Meißer sieht eine Unterscheidung der künftigen Organisation von der jetzigen bloß darin, daß die Arbeitervereine weggefallen sind.

Antragsteller Bebel sucht die gegentheiligen Ansichten von Rittinghausen zu widerlegen. Gegen Franz: Er irre sich, denn er habe in Augsburg nur gesagt, daß die Lassalle'sche Organisation eine sehr einfache, aber wegen der Diktatur für ihn eine verwerfliche sei.

Spier bezweifelt, daß der Ausschuß mit selbstständigen Vereinen in Verbindung treten könne, hält aber die Zweifel für gehoben, wenn es heiße: „die Parteimitglieder verpflichten sich im Allgemeinen z.“ statt „überall“. Er spricht noch für Bebel's Antrag.

Die Rednerliste ist erschöpft.

Bebel beantragt Wiederaufnahme der Debatte. — Wird abgelehnt.

Abstimmung: Der Antrag Bebel's, Streichung des § 19, ergibt Stimmengleichheit. Der Antrag ist nach der Geschäftsordnung abgelehnt.

Der Antrag von Breslau: „Der Kongreß wolle beschließen, dem § 19 des Parteiprogramms folgende Fassung zu geben; „Die Parteimitglieder verpflichten sich, mit allen durch die örtlichen Verhältnisse

gebotenen Mitteln für Ausbreitung und Kräftigung der Partei Sorge zu tragen.“ wird angenommen.

Von München ist folgendes Telegramm eingelaufen: „Großes Interesse am Kongreß. Wünschen Rapport. Einigung sehnlichster Wunsch. Glück zum Werk! Bräussl.“

Abstimmung über § 19. 6.

Der Antrag (Bebel-Leipzig): Der Kongreß möge beschließen, Programm und Organisation jedes extra drucken zu lassen.“ wird angenommen.

Ein Telegramm aus Puntigam (bei Graz) wird verlesen.

J. M. Hirsch bringt folgenden Dringlichkeitsantrag ein: „Die Delegirten, welche heute abreisen, sowie diejenigen, welche auf ihrer Rückreise in verschiedenen Orten Versammlungen abzuhalten gedenken, mögen sich für die streikenden Wiesbadener verwenden und für sofortige freiwillige Geldsammlungen Sorge tragen.“

Die Debatte führt zum Antrag § 4 a.

J. M. Hirsch ist gegen den Antrag.

Geib beantragt: „Abonnement des „Volksstaat“ sind nur dann als Parteimitglieder zu betrachten, wenn sie auf Grund der Abonnementsquittung sich eine Parteikarte gelöst haben.“

Leysenbecker spricht für den Antrag § 4 a.

Der Antrag: „Den Satz: „Die Parteigenossen, welche auf das Parteiorgan abonniren u. s. w., sind ihrer Beitragspflicht enthoben“, zu streichen.“ wird angenommen.

Verathung über Antrag c zu § 4.

Bebel begründet denselben.

Walster sieht die Tragweite des Antrags nicht ein und will ihn abgelehnt wissen.

Bebel geht von der Ansicht aus, daß es sich um die Ausbreitung der Partei handelt und den neuen Mitgliedern eine klare Uebersicht über die Verhältnisse gegeben werden muß.

Nach Schluß der Debatte wird der Antrag: „Dem § 4 hinzuzufügen: Für lokale Ausgaben haben die Parteimitglieder an jedem Orte selbst aufzukommen.“ angenommen.

Die Verathung geht über zu Antrag e zu § 4.

J. M. Hirsch glaubt, daß bei Belassung des seitherigen Paragraphs möglichen Willkürlichkeiten des Ausschusses Raum gegeben sei und bezieht sich auf eine diesbezügliche Verfügung desselben.

York nimmt den Ausschuß in Schutz.

Spier: Dem Ausschuß sei es nie eingefallen, eine direkte Ernennung zu vollziehen.

Nach erfolgter Abstimmung wird (nicht als Statutenänderung, sondern in Form einer Erklärung) angenommen: „Der Kongreß erklärt, daß die Parteigenossen an den einzelnen Orten selbst ihre Vertrauensmänner und Revisoren ernennen und absetzen und nicht der Ausschuß.“

Ferner werden sofort zum Beschluß erhoben Antrag b zu § 9: „Die innerhalb der nächsten 10 Tage nach erfolgter Bekanntmachung zc., wie folgt umzuändern: „Die innerhalb der nächsten 3 Wochen nach erfolgter Bekanntmachung zc.“ und Antrag a zu § 9: „Auf dem Kongreß gestellte Anträge können zc.“ umzuändern in: „Selbstständige

Anträge, welche innerhalb der letzten 3 Wochen vor dem Kongress, oder erst erst auf dem Kongress gestellt werden, kommen u. s. w."

In die Debatte über § 10 eintretend, sprechen gegen die Annahme des Frankfurter Antrags: „§ 10 einer nochmaligen Besprechung zu unterziehen und dabei eine Aenderung womöglich in dem Sinne zu beschließen, daß jeder Ort nur einen stimmberechtigten Vertreter zu senden hat.“ Stolle und Mehner. — Der Antrag wird abgelehnt.

Man tritt in die Debatte über die Anträge zu § 10.

Mehner, Bebel, Spier und Walster sind für Ablehnung des ersten der 3 Anträge; Letzterer zu Gunsten des Konstaborfer Antrags.

Ehlers empfiehlt zu sagen: „Wenn die Verhältnisse es gestatten, den Ausschuß oder die Kontroll-Kommission wieder zu wählen.“

Geib spricht für seinen Antrag aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Der Antrag (Geib): „Zwischen 17 und 18 einen neuen Paragraphen einzuschalten wie folgt: „Weber der Sitz des Ausschusses noch der Kontrollkommission darf länger als zwei aufeinanderfolgende Jahre hindurch an einem und demselben Orte verbleiben.“ wird abgelehnt.

Angenommen wird folgender Antrag der Konstaborfer Parteigenossen: „Daß der Sitz des Ausschusses, wenn letzterer seinen Verpflichtungen nachgekommen, wieder gewählt werden kann, dagegen der der Kontrollkommission jährlich wechseln muß.“

Bezüglich des Antrags: „Daß den Mitgliedern der Kontrollkommission eine genügende Entschädigung aus der Parteikasse erstattet werde.“ spricht Bebel für Ablehnung der Vorlage, weil die Thätigkeit der Kommission keine besonders zeitraubende sein kann und die Verwaltungsauslagen bezahlt werden. — Der Antrag wird abgelehnt.

Der Kongress schreitet nun zur Wahl der Orte, an welchen 1) der Ausschuß, 2) die Kontrollkommission, 3) der nächste Kongress den Sitz haben soll.

Gewählt werden: 1) Zum Sitz des Ausschusses: Braunschweig.

2) Zum Sitz der Kontrollkommission: Hamburg.

Als Ort für den nächsten Kongress schlägt Walster Dresden vor. Ufert ist für Chemnitz.

Reißer stimmt für den Nordosten und Dresden.

Geib ist für Leipzig, da Dresden zu weit östlich liege.

Liebknacht hat den Auftrag, die Parteigenossen nach Leipzig einzuladen.

Bebel empfiehlt aus geographischen Rücksichten, aus Gründen der Sparsamkeit und Bequemlichkeit, ebenfalls Leipzig.

Walster spricht nochmals für Dresden.

Durch Abstimmung wird der Sitz des nächsten Kongresses nach Dresden festgestellt.

Walster dankt dem Kongress für diesen Beschluß.

Schluß der Sitzung 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr Nachts.

### Geschlossene Sitzung am 7. Juni Vormittags im Saal'schen Saale.

Der Vorsitzende Geib eröffnet um 9 Uhr Morgens die Sitzung.

Die Punkte A2 von a bis g der Vorlage, sowie noch weitere hierzu gestellte Anträge werden verlesen und alsdann zur Generaldebatte gestellt. Die Vorlage lautet wörtlich:

A2. Besprechung über die Thätigkeit des Ausschusses, der Redaktion und Expedition des „Volksstaat.“ Wünsche, Beschwerden, Interpellationen über und an die Behörden der Partei. Anträge:

a. (Altonaer Parteigenossen): Der Ausschuß soll einen Vertrag mit dem Verleger unseres Blattes (F. Thiele in Leipzig) abschließen, nach welchem das Eigenthumsrecht der Partei auch gerichtlich festgestellt wird.

b. (Konstaborfer Parteigenossen): Der Kongress wolle beschließen, das Parteiorgan zum möglichst billigen Preise abzulassen.

c. (Wilke-Konstaborfer): Den Preis des Blattes für Konstaborf auf 12 Sgr. herabzusetzen.

d. (Frankfurter Parteigenossen): Den Titel des Parteiorgans abzuändern, statt „und der Gewerksgenossenschaften“ zu setzen „und deren Gewerksgenossenschaften“

e. (Cöliner Parteigenossen): Die Expedition soll beauftragt werden, Paketsendungen so früh zur Post zu geben, daß die Blätter Mittwoch und Sonnabend rechtzeitig zu Händen der Parteigenossen seien.

f. (Altonaer Parteigenossen): Der Kongress wolle die Unregelmäßigkeiten in der Expedition des Blattes zu heben suchen.

g. (Mainzer Parteigenossen): betreffs der Verschleißung des „Volksstaat“ eine neue Geschäftsordnung zu schaffen.

Da über die Thätigkeit des Ausschusses schon Tags zuvor diskutiert worden war, tritt der Kongress unmittelbar in die Debatte über die Thätigkeit der Redaktion und Expedition des „Volksstaat“ ein.

Die noch weiter eingelaufenen Anträge sind folgende:

A 2h. (W. Wellner-Berlin): In Zukunft in dem Parteiorgan von jeglicher Romanlectüre abzugehen und lieber eine Vergrößerung des Blattes (Beilage), Vermehrung der sozialpolitischen Belehrung, Aufnahme von gemischten nützlichen Artikeln, ausführlicheren Versammlungsberichten u. zu ermböglichen.

Hierzu brachte Liebknacht den weiteren Antrag ein: Die Roman-Beilage nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen. Sowie ferner: Die Redaktion zu ermächtigen, alle Berichte, welche nicht neues oder neu verarbeitetes Material enthalten, auf das Nothwendigste zu kürzen. Dies soll namentlich von Versammlungs- und Festberichten gelten.

A 2i (Spier-Wolfenbüttel): Der Kongress möge beschließen, daß Paketsendungen des Parteiorgans nur gegen Pränumerando-Bahlung des Betrags gemacht werden können. Motiv: Die beträchtlichen Versendungskosten, wie auch die Verluste in Wien und Reichenberg i. B.

A 2 k. (W. Wellner=Berlin): Der Congreß möge beschließen, alle zur Parteiverwaltung nöthigen Formulare und Instruktionen gedruckt an die Vertrauensmänner gelangen zu lassen.

A 2 l. (Reimann=Berlin): Der Congreß wolle Vorkehrungen treffen, wonach durch die Unterstützungen aus dem Anti-Maßregelungs-Fond nicht der Leichfertigkeit und dem Leichtsinn Vorschub geleistet werde.

Der Congreß tritt nun in die Generaldebatte ein.

Webel befragt den Antrag der Altonaer Mitglieder (Vorlage A 2 a.) Thiele in Leipzig spreche sich ebenso dafür aus, verlange aber auch, daß sich ihm (Thiele) gegenüber eine Anzahl Parteigenossen als Caventen (Würgen) verpflichten, so daß, wenn etwa die Partei auf eine gewaltsame Weise geschädigt oder gar unterdrückt werden sollte, auch er gedeckt sei.

Zugleich befragt Redner aber auch den Antrag Hamburgs: Eine Aktiengesellschaft zur Herstellung und Verbreitung von Volkschriften zu errichten (S. unter Anlagen), so daß wir nach und nach in den Stand gesetzt würden, unser Blatt auf genossenschaftlichem Wege selber herzustellen. Doch verlangt Redner, die Hamburger Parteigenossen mögen ihren Antrag im „Volksstaat“ diskutieren und daß man dem Ausschuß die Ermächtigung ertheile, die nöthig scheinenden Schritte in dieser Angelegenheit zu thun.

Dagegen seien die Anträge von Ronsdorf (Vorlage A 2 b und c) nicht annehmbar, indem nach Abzug der Steuern in Preußen und der Postexpeditionskosten ein so geringer Betrag restire, daß nicht ohne erheblichen Verlust für die Partei unter den bisherigen Satz gegangen werden könne. Bei dem jetzigen Satz seien allein statt 3100 Abonnenten, die das Blatt eben zähle, wenigstens 4000 Abonnenten erforderlich, um seine Herstellung ohne Defizit bewerkstelligen zu können.

Redner beantragt deshalb: „Der Congreß möge über die Anträge von Ronsdorf (A 2 b und c) zur Tagesordnung übergehen.“

Zu Punkt d, Frankfurter Antrag, betreffend Aenderung des Titels des „Volksstaat“, glaubt Webel bemerken zu müssen, daß eine solche Vorname wieder Weitläufigkeiten in Aufstellung des neuen Postkataloges und Unregelmäßigkeiten bei Bestellung des Blattes hervorrufen würde, wünscht also auch hier Uebergang zur Tagesordnung.

Zu Punkt e und f bemerkt Redner, indem er das ganze Expeditionsverfahren auseinandersetzt und nachweist, welche enorme Zeit von den Streifband- und Packetsendungen absorbiert werde, wie unmöglich die Expedition ein Vorwurf treffen könne. Kämen scheinbare Vernachlässigungen vor, so haben diese wohl jedesmal ihre Ursache in schlechten Postverbindungen. Er beantragt daher, der Congreß möge beide Punkte der Expedition zur Beachtung und Erwägung übergeben. Den Antrag der Mainzer A 2 g will Redner abgewiesen wissen, weil derselbe in seiner jetzigen Fassung gar keinen Sinn habe.

Was den Antrag Spier's anlangt (A 2 i), so müßte er sich gegen denselben erklären, denn die in dem Motiv angeführten Verluste in Oesterreich könnten nur auf Rechnung der österreichischen Regierung, nicht aber auf die der Arbeiter gesetzt werden.

Dagegen beantrage er mit Liebknecht: Die Parteigenossen solcher Orte, welche Packetsendungen erhalten, machen sich der Partei gegenüber

solidarisch verbindlich, für etwa dabei entstehende Verluste aufzukommen.

Diesen Ausführungen gemäß formulirt Redner seine Anträge wie folgt:

Zu A 2: 1) Der Congreß wolle beschließen, den Antrag unter 2 a der Altonaer Parteigenossen dem Ausschuß zur Durchführung zu überweisen;

2) ferner den mit dem Antrag der Altonaer in Verbindung stehenden Antrag der Hamburger Parteigenossen auf Gründung einer Aktiengesellschaft zur Eigenthumsicherung des Organs und der Verbreitung von Schriften im Prinzip anzuerkennen, den betreffenden Vorschlag im „Volksstaat“ zur Diskussion zu stellen und den Ausschuß in Gemeinschaft mit einer zu wählenden Commission zu beauftragen, das Nöthige zu seiner Ausführung in die Hand zu nehmen;

3) über den Antrag der Ronsdorfer Parteigenossen und Wille-Ronsdorf zur Tagesordnung überzugehen, da die jetzigen Verhältnisse des Parteiorgans ein Eingehen auf die Anträge nicht gestatten.

4) (Liebknecht): über den Antrag der Frankfurter Parteigenossen zur Tagesordnung überzugehen, weil der Antrag zu Mißverständnissen Veranlassung giebt;

5) die Anträge unter e, f und g von Eblner, Altonaer und Mainzer Parteigenossen der Expedition zur Berücksichtigung zu überweisen;

6) an Stelle des Antrags Spier Folgendes zu beschließen: Bei Packet- und Kreuzbandsendungen des „Volksstaat“ übernehmen die Parteigenossen der betreffenden Orte die Verpflichtung, solidarisch für die entstandenen Kosten einzustehen.

Walster erklärt sich gegen den Antrag A 2 l von Reimann in Berlin, indem doch vorauszusetzen sei, daß der Ausschuß, welcher die Verwaltung der Kasse in der Hand habe, sich doch immer erst über die Sachlage erkundige; überdem seien kleinere Mißbräuche bei allen dergartigen Kassen gar nicht zu umgehen.

Gegen A 2 h von Wellner in Berlin müsse er sich mit großer Entschiedenheit erklären, denn hier gelte es, gegen das Gift der Kolportageromane ein Gegenmittel in Anwendung zu bringen, welches zugleich heile und den „Volksstaat“ in die Arbeiterfamilie empfanze.

Liebknecht bestätigt Wobels Anschauungen, glaubt auch, daß wir eine eigene Genossenschaftsdruckerei anstreben müssen, in welcher nicht allein der „Volksstaat“, sondern auch andere Schriften gedruckt werden. Ferner erklärt er, daß er seine Ansicht über Entfernung des Romanes aus dem Blatt, nach den ihm mündlich gemachten Mittheilungen geändert habe und mit den Ausführungen Walster's übereinstimme, nur meint er, solle kein Extrabeiblatt gegeben, sondern die Totalberichte verfürzt werden, so daß man jeden zweiten Sonnabend auf der Rückseite sechs Seiten liefern könne. Er wünscht in diesem Sinne von dem Congreß ermächtigt zu werden. — Zugleich verwahrt er das Blatt gegen die Insinuation, als müsse es der Geschmacksrichtung der großen Masse huldigen. Die erhabene und heilige Aufgabe eines ächten Arbeiterorgans sei vielmehr, den Arbeiter denken zu lehren. Deshalb müsse der Inhalt möglichst hoch gehalten sein, das Blatt möglichst viel belehrende Aufsätze umfassen. Seien die Aufsätze manchmal etwas schwer verständlich, nun, so müssen die Arbeiter eben ihr Hirn anstrengen. Das könne

ihnen nur nützen. Gibt man ihnen, was sie schon wissen, so fördert man ihre Bildung nicht. Man dürfe den „Volkstaat“ nie auf die Stufe eines „Sozial-Demokrat“ sinken lassen, der neben läppischen Anekdoten und gemeinen Schimpfereien lange Auszüge aus der „Kreuzzeitung“, „Norddeutschen Allgemeinen“ und andern Blättern bringe und dann hierzu einige wenige Bemerkungen mache. Anderen Zeitungen könnten wir nur selten etwas entnehmen. Deshalb sei aber auch gerade die Redaktion eines wahrhaften Arbeiterblattes, wie unser „Volkstaat“ zu sein bemüht sei, viel schwieriger, als die eines jeden anderen Blattes. Kein anderes Blatt habe im Verhältnis so viele und gediegene Originalarbeiten geliefert, wie gerade das unsrige. Er habe die oben unter die A 2 h registrierten Anträge gestellt, weil es die Würde des Blattes so erheische.

Stolle=Crimmitschau befrwortet, über die Anträge A 2 b, c und d zur Tagesordnung überzugehen.

York-Harburg hält dieselben für viel zu wichtig, als daß man sie mit dem einfachen Uebergang zur Tagesordnung beseitigen dürfe.

Stolle=Crimmitschau beantragt Schluß der Generaldebatte und sofortige Abstimmung.

Ersteres wird angenommen, letzteres abgelehnt.

Der Congreß tritt in die Spezialdiskussion ein. Zur Verhandlung gelangt A 2 a und der Hamburger Antrag wegen Errichtung der Aktien-Gesellschaft. (S. unten.)

York beantragt, diese Sache dem Ausschuß zur Durchführung zu überweisen, ist aber dagegen, daß die beantragte Diskussion hierüber öffentlich und zwar im „Volkstaat“ geführt werde. Er sei fest überzeugt, daß der Gedanke von einer Anzahl von Freibeutern sofort aufgegriffen und zum Schaden anderer Arbeiter ausgebeutet werde.

Bebel begründet an dieser Stelle seinen in der Generaldebatte gestellten zweiten Antrag (s. oben) und meint, daß die York'sche Ansicht schon aus dem Grunde falsch sei, weil alle unsere Gedanken das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen hätten und Arbeiter, die sich in anderen Reihen einmal die Finger verbrannt, um so rascher das vererbliche Feuer melden lernen würden.

Hirsch=München spricht sich vom juristischen Standpunkt gegen das Aktienunternehmen aus, weil die Ausgabe der Aktien nach der Hamburger Vorlage gewissen Beschränkungen unterworfen sein soll und die Aktien doch wieder übertragbar sind.

Veib-Hamburg giebt zu, daß die Details ihre ganz bedeutenden Schwierigkeiten bieten mögen, die aber denn doch nicht so unübersteiglich erscheinen würden, wie Hirsch dieselben mit großer Mühe erscheinen ließe.

Liebnecht widerlegt in demselben Sinne die Einwendungen Hirsch's und macht wiederholt auf die Tragweite des Hamburger Antrags aufmerksam.

Hierauf erfolgt Schluß der Debatte. Die Abstimmung ergibt die Majorität für A 2 a mit den beiden zugehörigen Anträgen von Bebel (s. oben 1 und 2).

Inzwischen überbringt ein Stuttgarter Parteigenosse dem Congreß den Wunsch des Direktors der württembergischen Centralstelle für Handel

und Gewerbe, des Herrn von Steinbeis, den Verhandlungen des Congresses mit beizuwohnen zu können. Dies wird nach kurzer Debatte genehmigt und Nos beauftragt, Herrn Steinbeis demgemäß zu benachrichtigen.

Folgende Zuschrift traf während dieser Verhandlungen ein:

Forst, 4. Juni 1870. An den Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Auf Grund des beiliegenden Auschnitts aus der „Volkzeitung“\*) erwidern wir Unterzeichnete und noch viele unserer Genossen, daß nicht der Sekretär des Gewerkvereins in Forst, Herr Kohde, den Herrn Bebel in dreistündiger Debatte geschlagen, sondern Herr Bebel das Rechte gesprochen und Herr Kohde in jeder Beziehung überführt und so widerlegt hat, daß Herr Kohde beschämt seine Niederlage anerkannte. Die Beweise hierfür werden Sie dadurch ersehen, daß binnen kurzer Zeit aus Forst mehr Nachrichten an Sie gelangen werden. Wir empfehlen uns dem Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Wagt. Hugo Reinhardt. Allerdt.

Der Congreß bestimmt Berlin als Sitz der Commission für Berathung des Hamburger Antrags.

Die Commission soll aus 5 Personen bestehen, welche von den Berliner Parteigenossen erwählt werden.

Alsdann wird in die Berathung der Punkte der Vorlage A 2 b und c eingetreten.

York-Harburg glaubt nicht, daß die Vorschläge berücksichtigt werden könnten, weil die Zeitungssteuer und der hohe Postaufschlag in Preußen es verhindern. Dagegen, meint er, sei es gut, wenn der Raum des Blattes um circa 2 Zoll verringert werde. Hierdurch könne man wohl eine Preisermäßigung bewirken.

Ufert-Chemnitz entwickelt die Ansicht der Chemnitzer Parteigenossen,

\*) Die betreffende Stelle („Volkzeitung“ vom 2. Juni) lautet: „Herr Bebel versuchte am 28. Mai in Forst die lausitzer Arbeiter von den Gewerkvereinen ab in das internationale Lager zu führen. Allein obgleich er die Partei der Selbsthilfe aufs Schärfste angriff und den Arbeitern die gänzliche Abschaffung des Fabrikantenthums anrieth, vermochte er doch keine Seide zu spinnen. Besonders der verdiente Sekretär des Ortsvereins der Stuhlarbeiter, Herr Alb. Kohde, trat ihm in so geschickter und treffender Weise entgegen, daß nach dreistündiger Debatte die ganze Versammlung in den Ruf ausbrach: „Wir bleiben bei unserem Gewerkverein“, worauf der Leipziger Agitator dann (sehr spät!) erklärte: er wolle die Einigkeit der Arbeiter nicht führen. Die Frage liegt sehr nahe, zu welchem andern Zweck Herr Bebel denn nach Forst gekommen? Doch genug, der Angriff ist durch einheimische Kräfte glänzend abgeschlagen, und wird nur die Folge haben, daß die zahlreich vertretenen Fabrikanten jetzt die Kluft zwischen den gemäßigten Tendenzen der Gewerkvereine und den wilden Heteren der Sozialisten recht deutlich kennen gelernt haben — gewiß nicht zum Nachtheile ihres guten Einvernehmens mit den ersteren. Der Gewerkverein der Stuhlarbeiter, den man schon vernichtet glaubte, steht jetzt in fast allen Städten der Niederlausitz mit beinahe doppelter Mitgliederzahl da, als vor dem Forster Strike, und mit der Zahl ist in gleichem Maße die innere Festigkeit gewachsen.“

welche von einer Ermäßigung im Preise um deswillen nichts wissen wollen, weil sie alsdann ein Zurückgehen des ganzen Blattes befürchten müßten.

Walster-Dresden beantragt, in A 2 b noch einzuschließen: „sobald das Blatt die Kosten deckt.“

Liebknacht ist gegen jede Verkleinerung des Blattes. Zugleich ergreift er die Gelegenheit, die württembergischen Parteigenossen an eine energischeren Pflichterfüllung zu mahnen in Bezug auf Verbreitung des Blattes.

Bebel ist gegen Walster's Zusatz-Antrag, wegen der Permanenz des Defizits, die sich herausstelle. Denn sobald das Blatt sich nur einigermaßen decke, würden die Parteigenossen verlangen, daß es um den alten Preis öfter erscheine. Er beantragt deshalb, gemäß seinem oben in der Generaldebatte gestellten Antrag Nr. 3: Uebergang zur Tagesordnung.

Walster fügt seinen vorherigen Worten noch die Erklärung zu: man möge den Ronsdorfern doch wenigstens die prinzipielle Uebereinstimmung zeigen.

Liebknacht meint, daß dies gar keinen Werth haben könne, und bittet um Abstimmung. Dieselbe erfolgt und geht der Congress demgemäß über die Vorschläge A 2 b und c nach dem Antrage Bebel's zur Tagesordnung über. Hiermit ist zugleich ein von dem Parteigenossen Köhler in Magdeburg gestellter Antrag erledigt, der dahin ging: Der Congress möge beschließen, daß das Parteiorgan, sobald die Anzahl der Abonnenten solches zuläßt, wöchentlich dreimal um denselben Preis erscheine.

In der Debatte über A 2 d ergreift zunächst das Wort

Liebknacht: Er entwickelt noch einmal die Wichtigkeit der, auch in der Generaldebatte aufgeworfenen Bedenken und meint weiter, daß der Ausdruck „und deren Genossenschaften“ zu der schädlichen Interpretation führen könne, als betrachteten wir die Genossenschaften als unser Eigenthum oder Anhängsel. Hierauf beantragt

Bollinger-Frankfurt, zu sagen: „der internationalen Gewerkschaften.“ Er bedauert, bei der Generaldebatte nicht anwesend gewesen zu sein, sonst würde er schon bei dieser Gelegenheit auf die Vornahme einer solchen Verbesserung im Titel hingewiesen haben. Die so vielfach vorkommenden Verwechslungen mit den Schweitzer'schen Gewerkschaften erheischen unbedingt, daß wir wenigstens sagen: „und der internationalen Gewerkschaften.“ — Indem der anwesende Drucker Thiele noch durch Liebknacht erklären ließ, die geforderte Titeländerung biete auch räumlich keine Schwierigkeiten, geht der Congress mit Annahme des Bebel-Liebknacht'schen Antrags Nr. 4 zu der motivirten Tagesordnung über, daß der Titel des Parteiorgans vom 1. Juli cr. an sein soll: „Vollstaat, Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.“

Diesem Beschluß gemäß fällt auch die Bezeichnung: „früher „Demokratisches Wochenblatt““ hinweg, was auf eine einschlagende Bemerkung Bebel's hin extra zum Beschluß erhoben wurde.

Der Congress geht nun zur Verathung der Punkte A 2 e und f über.

Bebel kommt zur abermaligen Motivirung seines in der Generaldebatte schon gestellten Antrages Nr. 5, indem er den ganzen Verfen-

hungsmechanismus vorführt, und zeigt, wie gar viele Unregelmäßigkeiten daher kommen, daß die Abonnenten bei einem Quartalwechsel nicht frühzeitig genug die Bestellung erneuern. Da auf dem Postamt die Rangirung der Bestellungen nach dem Alphabete vorgenommen werde, könne es sich bei einiger Häufung verspäteter Bestellungen sehr leicht und oft ereignen, daß Bestellungen, die früh gemacht wären, doch erst sehr spät besorgt würden. Außerdem macht er darauf aufmerksam, daß, wenn die Paquetsendungen verringert würden, die Expedition recht gut einen Mann weniger nöthig hätte, also eine entschiedene Kostenersparniß eintreten würde, weshalb er auch den Parteigenossen allerorts empfehle, ihre Bestellungen möglichst bei der Post zu machen.

Hirsch-München ist gegen alle Paquetsendungen und glaubt die Partei selbst dann nicht vor Schaden gewahrt, wenn die von Bebel beantragte solidarische Haftpflicht eingeführt würde. Er verweist in dieser Beziehung auf Erfahrungen, die man auch bei der Colportage-Lasse gemacht habe.

York-Harburg glaubt einige Unregelmäßigkeiten in der Expedition des Blattes rügen zu müssen. So treffe das Blatt öfter erst Donnerstag oder Sonntag in Harburg ein. Besonders nachtheilig sei aber, daß viele Correspondenzen, vorzüglich Gewerkschaftsangelegenheiten betreffend, wegen des späten Eintreffens des Blattes nicht mehr in die gewünschte nächste Nummer gelangten. Diesen Uebelständen müsse abgeholfen werden.

Legendecker-Mainz konstatiert auch für Mainz das zu späte Eintreffen der Postsendungen. Für die Ansicht Hirsch's könne er durchaus nicht sein, weil der Paquetsendung einzig und allein der große Aufschwung des Abonnentenstandes in Mainz zu verdanken sei.

Berg-Cöln berichtet ebenfalls von dem unregelmäßigen Eintreffen des Blattes, glaubt aber, daß dieser Uebelstand gehoben werden würde, wenn der Congress die Expedition beauftrage, die Paquetsendungen vor den Postabonnements zu besorgen. Redner erklärt sich in demselben Sinne wie Legendecker für die Beibehaltung der Paquetsendungen. Auch müsse er sich an dieser Stelle für die Nothwendigkeit der Weiterführung des Romans aussprechen; wenn es gar nicht anders gehen sollte, müsse doch wenigstens alle 14 Tage eine Beilage erscheinen; doch wäre es entschieden besser, wenn sie alle 8 Tage erschiene.

Megner-Berlin rügt auch für Berlin den schon mehrfach berührten Uebelstand.

Geib-Hamburg konstatiert Alledem gegenüber, daß, mit Ausnahme eines einzigen Falles, das Blatt immer sehr regelmäßig in Hamburg eingetroffen sei. Dennoch müsse er sich mit Hirsch dafür erklären, daß nach und nach gesucht werde, die Paquetsendungen auf ein äußerstes Minimum zu beschränken.

Bebel beweist aus den Mittheilungen Geib's und York's, der Vertreter zweier, so nahe bei einander liegenden Städte, daß nur die Postexpedition an den gerügten Uebelständen die Schuld tragen könne. Auch ist er gegen die Ansicht Berg's-Cöln, die Paquetsendungen vor denen der Postabonnenten zu besorgen, da die Arbeit des Falzens und

Abzählens der Postereplare immer sehr rasch geschehe und durchaus nicht störend auf den Geschäftsgang einwirke, wir aber durch Annahme von Berg's Vorschlag jedenfalls die Summe der Klagen Seitens der Postabonnenten gegen den jetzigen Stand der Klagen bedeutend erhöhen würden. Hätten wir bloß Postbestellungen, dann könnte die Redaktion auch einen halben Tag später geschlossen werden und damit käme der von York gerügte Uebelstand auch sofort in Wegfall, der Vortheile von Ersparniß an Arbeitskraft gar nicht zu gedenken. In dem er als Expedient das Versprechen abgibt, sein Möglichstes zur Abhilfe zu thun, wiederholt er seinen obigen Antrag Nr. 6.

York-Harburg beantragt, um Kreuzbandsendungen möglichst zu beschränken, „den bisherigen Preis zu erhöhen (um 5 Sgr.)“

Hirsch-München wünscht, daß in den auszuarbeitenden Instruktionen und in dem Blatte selbst eine Anleitung gegeben werde, wie die Leute das Abonnement auf den „Volksstaat“ am Bequemsten und Billigsten zu bestellen haben.

Bebel anerkennt die Richtigkeit und Wichtigkeit dieses Gedankens und verspricht die Ausführung desselben.

Ufert-Chemnitz theilt die bei dem Bezug des Blattes eingetretenen Unregelmäßigkeiten als auch für Chemnitz zutreffend mit.

Leyendecker-Mainz behauptet, daß der von Geib beregte alleinige Bezug durch die Post für Mainz nicht passe, daß sie dort vielmehr bei ihrem jetzigen Colportagesystem bleiben müßten und diesem für nächsten Winter gewiß 200 Abonnenten verdanken würden.

Berg-Cöln beantragt: „Der Kongreß möge beschließen, daß der „Volksstaat“ Dienstag und Freitag erscheinen soll.“ Antragsteller glaubt, daß dadurch den vielen Klagen abgeholfen werden könne. Die Unrichtigkeit dieser Ansicht wird jedoch sofort dargethan, worauf Berg seinen Antrag zurückzieht. — Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Stolle-Grimmitschau berichtet noch thatsächlich, daß die Postbeamten an sehr vielen Orten die Blätter nicht zur richtigen Zeit ausgeben, weil sie dieselben vorher an ihnen bekannte Bourgeois zur Durchsicht gelangen lassen und dann erst den tribulirenden Arbeitern aushändigen. Rebner befürwortet deshalb die Einrichtung von Filialexpeditionen allerorts.

Hietauf erfolgt Abstimmung. Darnach werden die Punkte A 2 e, f und g durch Annahme des Bebel'schen Vorschlages Nr. 5 erledigt. Der von York beantragte Zuschlag zum Preis der Kreuzbandsendung wird in der Höhe von 5 Sgr. pro Exemplar ebenfalls angenommen. Zu A 2h und den hierzu noch von Liebknecht gestellten Anträgen bemerkt York-Harburg, daß vor Allem die soziale Frage im Blatte behandelt werden müsse, und er dieser zu Liebe recht gern den Roman schwinden sähe.

Meyner-Berlin erklärt, daß er der Ansicht des Antragstellers Wellner nicht zustimmen könne, indem er aus Erfahrung wisse, wie wichtig eine belletristische Beilage zu einem Arbeiterblatt sei.

Walster-Dresden stellt es als geradezu zwingend dar, dem Bedürfniß der großen Masse in dieser Richtung Rechnung zu tragen.

Nach Schluß der Debatte fallen die Anträge von Wellner und

der erste von Liebknecht bei der Abstimmung durch, dagegen wird der zweite von Liebknecht angenommen, wonach die Redaktion zur Kürzung von nicht originellen Versammlungs- und Festberichten u. s. m. ermächtigt wird. — Hiernach hat also der Roman wieder alle 8 Tage einmal zu erscheinen.

Zu dem angenommenen Liebknecht'schen Antrag bemerkt noch Walster, der Kongreß möge den einzelnen Orten zur Vermeidung der Vielschreiberei empfehlen, monatliche Berichte, welche eine summarische Uebersicht über die Thätigkeit der Mitglieder und die Verhältnisse der Arbeiter an den verschiedenen Orten gewähren, an das Parteiorgan einzusenden. — Dieser Vorschlag, von Meyner-Berlin sehr befürwortet, gelangt zur Annahme.

Bei Eröffnung der Diskussion über den oben unter A 2 i aufgeführten Antrag Spier's wird sofortige Abstimmung verlangt und angenommen. — A 2 i fällt, dagegen gelangt der Antrag Nr. 6 von Bebel (s. o.) zur Annahme.

Hirsch-München bemerkt noch (und wünscht dies ausdrücklich in das Protokoll aufgenommen), daß dieser Beschluß nur da Geltung haben könne, wo die Parteigenossen resp. der Vertrauensmann und die Revisoren in der Lage wären, über die Paquetsendungen eine genaue Controle zu führen.

Bebel erklärt dies für selbstverständlich.

Der Antrag von Wellner A 2 k (s. o.) wird ohne Diskussion angenommen. — Zu A 2 l stellt Hirsch-München noch den Antrag: „Ein ständiges Comité einzusetzen, welches die Unterstützung der gemäßigten Parteigenossen zu ordnen habe. Dasselbe soll auf je ein Jahr gewählt und unter die Kontrollkommission als vorgesezte Behörde gestellt werden.“

Liebknecht ist für den Antrag Hirsch's und wünscht nur noch, daß eine juristische Person mit in das Comité gewählt werde.

Bebel will dagegen Alles, wie bisher, dem Ausschuß überlassen wissen. Dagegen solle dieser auch verpflichtet werden, etwaigen unthätigen Appellationen an die oberen Gerichtsinstanzen und sonstigen Weiterungen den Weg zu verlegen. — Er beantragt in Gemeinschaft mit Meyner-Berlin: „Der Kongreß beschließt: Parteigenossen, welche wegen politischer Vergehen in erster Instanz verurtheilt sind und auf Deckung der Kosten durch die Partei reflektiren, sind verpflichtet, beim Auschuß anzufragen, ob dieser mit einer Appellation einverstanden ist. Schon bei Einleitung der Klage ist dem Ausschuß Anzeige zu machen.“

Meyner (Berlin) konstatirt, daß in dem Antrag Bebel's die An- und Absicht des Antragstellers Reimann (Berlin) vollständig enthalten sei. Rebner will nur noch, daß alle Fälle sofort dem Ausschuß unterbreitet werden sollen.

Die Abstimmung ergiebt Ablehnung der Anträge von Reimann und Hirsch, dagegen Annahme des Bebel-Meyner'schen Antrags.

York (Harburg) und Hirsch (München) beantragen, daß dieser Beschluß mit in die Instruktion für die Vertrauensmänner aufgenommen werde.

Der Kongreß ertheilt auch diesem Antrag seine Zustimmung.

Hiermit ist der ganze Punkt A2 der Vorlage erledigt. Leyendecker (Mainz) will jetzt die Wahlfrage, d. i. die Beratung über den Punkt B1 der Vorlage, zuerst aufgenommen wissen.

Die Vorlage lautet:

B1 a. (Sozialdemokratischer Arbeiterverein Leipzig): Der Kongreß wolle beschließen, in welchen Wahlbezirken Seitens der Partei Kandidaten für die Reichstags- und Zollparlamentswahlen aufzustellen und von der Partei zu unterstützen seien.

Ferner darüber Beschluß fassen, welche Stellung die Parteigenossen einzunehmen haben, in deren Bezirken keine offiziellen Kandidaten der Partei aufgestellt werden.

b. (Altonaer sozialdemokratischer Arbeiterverein):

Der Kongreß wolle bestimmen:

- aa. Das Vorgehen unsererseits bei den Reichstagswahlen.
- bb. Den Besuch des Reichstags von Seiten der gewählten Reichstagsabgeordneten.
- cc. Die etwa nöthigen Kompromisse mit nahestehenden Parteien.
- dd. Das Verhältniß zu Preußen.

c. (Frankfurter Parteigenossen):

Der Kongreß möge aussprechen, daß eine Vereinigung mit andern Parteien uns stracks entgegen ist, und daß, wenn durch unsere Parteigenossen kein Resultat erzielt werden kann, sich dieselben der Wahl enthalten sollen.

d. (Bonhofs-Braunschweig):

Der Kongreß wolle den Ausschuß ermächtigen, Deutschland in geeignete Bezirke einzutheilen und in diesen die Wahl von ständigen Agitationskomitees zu veranlassen, welche alles auf die Agitation Bezügliche in die Hand zu nehmen haben.

Liebknacht meint, die ganze Angelegenheit werde am Besten dem Ausschuß überlassen; abgesehen davon, daß die Zeit zu kurz zugehen, sei es noch nicht möglich, einen Ueberblick zu gewinnen, und selbst wenn dies möglich, so empfehle es sich nicht, jetzt schon vor die Öffentlichkeit zu treten. Die einzelnen Mitgliedschaften sollten dem Ausschuß die nöthigen Mittheilungen machen, und durch dessen Vermittlung würde der Plan zur Wahlkampagne dann bald für die Partei entworfen sein.

Bonhofs erklärt sich damit einverstanden, der Kongreß könne die Diskussion dann auf den Punkt B1 d beschränken.

Leyendecker betont wiederholt die Dringlichkeit des Gegenstandes und verlangt Abstimmung.

Die Abstimmung ergibt Aufnahme der Generaldebatte über die Punkte B1 a—d der Vorlage und die hierzu noch eingelaufenen Anträge von W. Wellner in Berlin:

B1 e. Zur Vorbereitung für die bevorstehenden Wahlen und namentlich zur Heranziehung der ländlichen Bevölkerung, sowie überhaupt um Anknüpfungspunkte in sämtlichen Orten eines Wahl-

Bezirks zu gewinnen, erklärt es der Kongreß für eine Pflicht der Parteigenossen, zu diesem Behuf, wo dies irgend thunlich, Bezirksversammlungen (nach Art der bisherigen Arbeitertage) bis zu einem gewissen Termin einzuberufen und alle gewonnenen Anknüpfungsorte sowie Personen dem Ausschusse umgehend anzuzeigen, damit sie mit den nöthigen Agitationsmitteln (wie Parteiorgan, Broschüren, Flugblättern) versehen werden können und dadurch die Errichtung allgemeiner Bezirkswahlkomitees bewerkstelligt und eine schnelle und straffe Organisation und Centralisation für die Wahlen und weitere Ausbreitung der Partei hergestellt werde.

B1 f. Den Ausschuß zu ermächtigen, sich während der Wahlperiode, vielleicht auf die Zeit von 6 Wochen vor dem festgesetzten Wahlakte bis 14 Tage nach demselben, durch geeignete Personen unter seiner (b s Ausschusses) Verantwortlichkeit und auf Kosten der Partei zu verstärken — zur schnellen Erlebigung und thatkräftigen Unterstützung der Wahlanglegenheiten der Partei.

Rebel beantragt, gleichzeitig A3 b und Geib A3 a 2 mit in die Debatte zu ziehen, wofür sich der Kongreß erklärt. Die Vorlage lautet:

A3 a 2. Der Kongreß wolle beschließen, daß von Monat Juni an während der Reichstags- und Zollparlamentswahlen der Parteibeitrag verdoppelt werde.

A3 b. (Meeraner Parteigenossen): Der Kongreß möge beschließen, daß die gesammte Partei für die Diäten der Abgeordneten zum Reichstag aufkommen muß. Demgemäß soll der Ausschuß ermächtigt werden, wenn der Reichstag einberufen wird, eine Extrasteuer oder wenigstens freiwillige Sammlungen auszusprechen.

Liebknacht will den Punkt B1 a der Vorlage, „der Kongreß wolle die Wahlbezirke bestimmen u. s. w.“, also gefaßt wissen: Der Kongreß beauftragt den Ausschuß, die Wahlbezirke zu bestimmen, in denen seitens der Partei Kandidaten für die Reichstags- und Zollparlamentswahlen aufzustellen und von der Partei zu unterstützen sind.

Stolle (Crimmitschau) glaubt, daß die Beiträge zu den Diäten für die Reichstags-Abgeordneten in den betreffenden Wahlkreisen allein auf die Dauer nicht mehr aufgebracht werden könnten. Es sei auch ein allgemeines Parteiinteresse, daß unsere Abgeordneten im Reichstag erscheinen. Er erklärt sich im Allgemeinen gegen eine Erhöhung der Steuer während der Reichstagswahlperiode, ist dagegen für Gründung eines Reichstagsdiätenfonds. Die ganze Partei müsse für die Diäten ihrer Reichstagsabgeordneten aufkommen.

Demmler (Geyer) konstatiert die Armuth der einzelnen Wahlkreise, indem er noch besonders die des 19. sächsischen Wahlbezirks betont. Dort könne absolut nichts mehr aufgebracht werden.

Walster (Dresden) ist gegen alle Extrasteuern, weil diese die festen Parteigenossen zu sehr belasteten. Er ist auch nicht dafür, daß freiwillige Beiträge nach Braunschweig in die Centralkasse abgeführt werden, sondern wünscht sie den Lokalwahlkomitees überwiesen.

Vork (Harburg) erklärt sich für die Extrasteuern, weil diese dem Ausschuß einen sicheren Maßstab für Vorausberechnungen böten. Er

unterstützt deshalb lebhaft den Antrag, welcher inzwischen eingelaufen ist von

Liebknecht: „Der Kongress wolle beschließen, daß von Monat Juli an und während der Reichstags- und Zollparlamentwahlen der Parteibeitrag in allen Bezirken, in denen offizielle Kandidaten nicht aufgestellt werden, verdoppelt, in denjenigen aber, wo offizielle Kandidaten aufgestellt werden, erlassen werde (zur Verwendung für Wahlausgaben).“

Heyendecker (Mainz) befürwortet eine Unterstützung des Wahlkreises Wiesbaden.

Stolle (Grimmitschau) reicht folgenden Antrag ein: „Der Kongress möge beschließen, daß die gesammte Partei für die Diäten der Abgeordneten zum Reichstag aufkommen muß und ordnet deshalb die Gründung eines Reichstagsdiätenfonds an, welcher sich durch freiwillige Beiträge ansammelt und von dem Ausschuß verwaltet wird.“

Ein Amendement Bebel's hierzu lautet: „Der Kongress wolle beschließen, die zum Reichstag und Zollparlament gewählten Abgeordneten werden aus dem zu diesem Zweck in der Partei gegründeten Diätenfond und der Art unterstützt, daß die Abgeordneten die Reisekosten für Eisenbahn 3. Klasse, resp. Post, vergütet erhalten und die Höhe der Diäten durch den Ausschuß so bestimmt wird, daß dieselbe sich nach den vorhandenen Mitteln und den persönlichen Verhältnissen der Abgeordneten zu richten hat.“

Ufert (Chemnitz) befürwortet lebhaft Antrag und Amendement.

Meyner (Berlin) beantragt in dem Punkt der Vorlage A 3 b die Worte „eine Ertrasteuer oder wenigstens“ zu streichen.

Hupfer (Lunzenau) bestätigt das von Stolle und Demmler Bemerkte, da sein Wahlkreis schwerlich im Stande sein werde, für Diäten des Reichstagsabgeordneten genug zusammen zu bekommen.

Hierauf wird der Schluß der Generaldebatte angenommen.

In der Spezialdiskussion bringt Bebel ein Amendement zu B 1 a ein: „Wo die Partei keine Aussicht hat, Kandidaten durchzubringen, oder durch die Wahl erheblich agitatorisch für die Partei zu wirken, auch mit von anderen Parteien aufgestellten Kandidaten eine Verständigung nicht thunlich ist, haben sich die Parteigenossen, nach vorausgegangener Verständigung mit dem Ausschuß, der Wahl zu enthalten.“

Meyner (Berlin) dagegen will, daß sie sich nur der Aufstellung eines eigenen Kandidaten enthalten.

Zollinger (Frankfurt) warnt vor Zersplitterung der Ansichten und damit Zersplitterung der Kräfte.

Demmler (Geyer) ist für Aufstellung von eigenen Kandidaten auch in den Bezirken, welche von Bebel's Amendement getroffen werden, denn indem man Kandidaten aufstelle, agitire man für die Partei.

Hierauf wird Liebknecht's Antrag mit Bebel's Amendement angenommen, alle anderen Versionen werden abgelehnt.

B 1 b, aa, cc und dd, sowie B 1 e sind schon erledigt und B 1 d wird zurückgezogen. B 1 b, bb ist hiermit ebenfalls erledigt.

Zu B 1 e ergreift das Wort Bebel. Er glaubt, daß ein solcher

Antrag nicht durchweg ausführbar sei, weil der Partei hierzu häufig die Mittel fehlen. Auch dürften wir nicht immer von oben herab reglementiren, namentlich für die Wahlen keine Comité's ernennen. Mögen in dieser Angelegenheit die Orte und Kreise lieber möglichst selbstständig vorgehen.

Meyner (Berlin) schließt sich dieser Ausführung an und zieht demgemäß den Antrag Wellner's B 1 e zurück.

Ueber Antrag B 1 f wird sofort abgestimmt und derselbe abgelehnt. Die Berathung über A 3 a 2 und A 3 b wird auf Nachmittag verschoben.

Der Kongress vertagt sich hierauf bis Nachmittag 1/2 3 Uhr.

Nachmittagsitzung am 7. Juni 1870.

Der Vorsitzende Weib eröffnet um 1/2 3 Uhr die Sitzung. Anwesend sind folgende Delegirte: Lorenz (Stuttgart), Berg und Rittinghausen (Eöln), Mayer, Neumayer, Kresschmaier, Schäple, Meyner (Berlin), Ufert (Chemnitz), Hupfer (Lunzenau), Szymanowski (Ludewalbe), Rink (Kaiserslautern), Gismann (Werdau i. S.), Michel, Geiser (Walzenburg), Banzhaf (Eßlingen), Heinz, Gmir, Löwenstein (Fürth), Moteller (Grimmitschau), Renz, Donges (Darmstadt), Vonhorst (Magdeburg und Schöningen), H. Haaf, Schmiedhäusler, Dvoratschek (Gannstadt), Bollmer, Schmieder, Stolle, Brocks (Heilbronn), Hilpert (Zürich), Wilhelm (Ludwigsburg und Dshweil), Demmler (Geyer), Ehlers (Braunschweig), Walster (Dresden), Girsch (München), York (Harburg), Bürger (Göppingen), Weib (Hamburg), Reißer (Breslau), Liebknecht (Leipzig), Stecher, Heyendecker (Mainz), Zollinger (Frankfurt a. M.), Gurr, Moser (Graz) ist als Gast anwesend. Zusammen 46 Mann. Mithin sind abgereist: 28.

Die Diskussion über A 3 a 2 und A 3 b und die einschlägigen Anträge von Liebknecht, Stolle, Bebel und Meyner wird begonnen.

Ufert (Chemnitz) will für Aufbringung der Wahlkosten nur freiwillige Beiträge in Anregung gebracht wissen.

Szymanowski (Ludewalbe) und Wilhelm (Ludwigsburg, Dshweil) schließen sich dem Gesagten an. Letzterer empfiehlt noch als sehr billiges Agitationsmittel den Massenbesuch der Wahlversammlungen anderer Parteien.

Meyner (Berlin) erklärt sich für den Stolle'schen Antrag, indem dieser überhaupt eine Grundlage abgebe. Der Antrag von Liebknecht erscheint ihm nicht genügend motivirt.

Stolle (Grimmitschau) spricht sich noch einmal gegen den Liebknecht'schen Antrag aus und befürwortet den seinigen.

Ehlers (Braunschweig) erklärt sich auch für freiwillige Steuern. Ein Antrag auf Schluß wird angenommen.

Weib (Hamburg) befürwortet noch den Stolle'schen Antrag mit dem Amendement Bebel's. — Hierauf erfolgt Abstimmung. — Der Meeraner Antrag A 3 b wird zurückgezogen, wodurch Meyner's Amendement gegenstandslos wird. — Der Antrag von Liebknecht wird



abgelehnt, dagegen der von Stolle nebst dem Amendement Bebel's angenommen. (f. b.)

York beantragt, nun die Gewerkschaftsangelegenheit zuerst zu regeln. — Wird angenommen.

Die Punkte der Vorlage B 3 a—f lauten:

a. (Voruttau-Leipzig): Bei Gelegenheit der Diskussion über die deutsche Gewerkschaftsbewegung folgende Bestimmungen zu treffen: aa. Daß jede örtliche Krankenkasse über die an Ort und Stelle vorgekommenen Erkrankungen und Sterbefälle ein unter Aufsicht und Mitarbeit des Kassenarztes angefertigtes Protokoll führe. — bb. Daß alle deutschen Krankenkassen einer und derselben Gewerkschaft einen aus Vorstandsmitgliedern und Kassenärzten gemischten Ausschuß erwählen, welchem die sämtlichen erwähnten Protokolle eingereicht werden müssen und dem die Pflicht obliegt, aus dem vorliegenden Material alle bemerkenswerten Thatsachen in zahlenmäßiger Ordnung darzustellen. — cc. Daß auch die Ausschüsse der Krankenkassen der verschiedenen internationalen Gewerkschaften sobald als möglich unter sich eine Centralisation behufs hygienischer Verwerthung der gesammelten Erfahrungen herstellen mögen.

b. (Frankenhäuser sozialdemokratische Arbeiter): Der Kongreß wolle bei Besprechung der Gewerkschafts-Angelegenheit in Betracht ziehen, wie die Einrichtung an kleinen Orten getroffen werden soll, wo die einzelnen Gewerkschaften zu wenig Mitglieder bekommen.

c. (Parteigenossen in Waldburg i. Schl.): Der Kongreß möge in Erwägung ziehen, ob nicht eine Vereinigung der bestehenden Genossenschaften der verschiedenen Gewerke in eine einzige allgemeine Arbeiterversicherungsgesellschaft der heutigen Organisation vorzuziehen sei.

d. (Söhler-Braunschweig): Eine Gewerkschaftsunion anzustreben.

e. (Münchener Parteigenossen): Der Kongreß möge aussprechen: daß die Mitglieder der internationalen Gewerkschaften in den Parteimitgliederversammlungen Sitz und Stimme haben, soweit es sich um prinzipielle Fragen handelt. In Fragen jedoch, welche organisatorischer Natur sind, nur dann, wenn die Gewerkschaften, der sie angehören, irgend einen, wenn auch noch so geringen, jährlichen Beitrag zur Parteikasse zahlen.

f. (Barmener Parteigenossen): Der Ausschuß soll eine allgemeine Striktkasse errichten.

Ferner waren noch eingelaufen: B 3 g (Köhler-Magdeburg): Der Kongreß möge beschließen, daß ein oder mehrere Parteigenossen beauftragt werden, ausführliche Artikel über Arbeitseinstellungen im „Volksstaat“ zu veröffentlichen. Dieselben sollen in dem Sinne gehalten sein, daß die Strikes auf Grundlage der heutigen Gesellschaft nicht einmal momentan helfen können, deshalb auch so viel wie möglich zu vermeiden sind, besonders da die internationalen Gewerkschaften noch zu jung und mittellos sind.

B 3 h (Möll-Solingen). Der Kongreß wolle beschließen, daß vom Ausschuß bekannt gemacht werde:

1. Strikes sind für unsere Agitationen verwerfliche Mittel und werden von der Partei aus nicht mehr unterstützt.

2. Dagegen sind etwa vorhandene Mittel auf Unterstützung lebensfähiger Genossenschaften zu verwenden, sowie überhaupt solche auf alle mögliche Weise zu fördern.

3. Die, in den von F. Lassalle aufgestellten Forderungen besonders hervorgehobenen „Rechte auf Arbeit“ (?) sind eine Lebensfrage unserer sozialen Bestrebungen und ist deshalb besonders auf diese Frage einzugehen.

In der Generaldebatte bemerkt York-Harburg, daß die Anträge Voruttau's noch nicht an der Zeit seien, weil sich die Krankenkassen der Gewerkschaften eben erst organisiert haben und deshalb die Bevollmächtigten nicht mit allen möglichen Aufträgen belastet werden dürften. Auch sei die Institution angestellter Gewerkschaftsärzte noch nicht durchzuführen. — Die von Söhler in Braunschweig beantragte Union der Gewerkschaften befürwortet Redner in dem Sinne, daß die einzelnen Gewerkschaften sich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen mögen. Als Grund hierfür gibt er an, daß jetzt viele Mitglieder auf der Reise keine Unterstützung erhalten könnten, weil keine Mitgliedschaft der Gewerkschaft an dem Orte sei. Auch deshalb sei ein solches Gegenseitigkeitsverhältnis zu empfehlen, weil an den kleineren Orten jede einzelne Gewerkschaft zu klein sein würde. Er beantragt deshalb, Unionsmitgliederkarten auszustellen, gegen welche beim Uebersiedeln nach einem größeren Ort die Karte der Spezialgewerkschaft ausgehändigt werden soll.

Megner-Berlin theilt die Einrichtung der kommunalen Krankenkassen Berlins mit und zeigt, wie dieselben schon jetzt, in ihren Anfängen, im Sinne der Voruttau'schen Anträge vorgehen.

Berg-Göln legt großes Gewicht auf gemeinschaftliche Mitgliedschaften an kleinen Orten, aber für eine Union ist er nicht.

Hirsch-München betont die Wichtigkeit der Voruttau'schen Anträge. In gleichem Sinne sprechen sich noch Walster-Dresden und Ufert-Chemnitz aus.

Hilpert-Zürich hält eine Verschmelzung der Gewerkschaften für nicht gut möglich. Als Gründe führt er an: den noch leider bestehenden Kastengeist und die Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse der einzelnen Gewerkschaften.

Moser-Graz bestätigt die Ausführungen seines Vorredners und beweist die Wichtigkeit an der Entwicklung der Fachvereine in Oesterreich. Geiser-Waldenburg kann den gegen Verschmelzung der Gewerkschaften vorgebrachten Gründen keine überzeugende Kraft abgeminnen.

Wilhelm-Ludwigsburg-Schweil befürwortet York's Unionsvorschlag hauptsächlich deshalb, weil die gegenseitige Belehrung und Unterstützung dies verlange. — Es erfolgt Schluß der Generaldebatte.

Hirsch-München stellt den Antrag, in B 3 a, aa noch nach dem Satze: „daß jede örtliche Krankenkasse“ einzufügen: „da, wo es möglich ist.“ Hierauf wird B 3 a, aa mit diesem Zusatz angenommen.

Stolle-Trimmitschau spricht sich über die Nothwendigkeit der Verbesserung der öffentlichen Gesundheitspflege aus gegenüber der Mithilfe des Staates und den höchst ungesunden Räumen und Arbeitsverhältnissen,

in denen sich der Arbeiter Jahr aus Jahr ein bewegen muß. Hierauf werden B 3a, bb und cc angenommen.

Zu B 3 b, c und d bringen York, Walster und Hirsch den Antrag ein: „Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß sich an kleineren Orten, wo die Bildung von Fachgenossenschaften nicht möglich ist, gemischte Gewerkschaften bilden, die sich alsdann zu einer einzigen Unionsgewerkschaft verbinden und durch Freizügigkeit mit den Fachgewerkschaften ebenso wie diese letzteren unter sich, eine weitere Union durch Cartelverträge herstellen sollen.“

Hirsch-München glaubt, daß die Schwierigkeit der Gründung der Gewerkschaften an kleinen Orten die Hauptursache sei, daß so viele Anträge auf Verschmelzung der Gewerkschaften eingelaufen seien. Er denke, daß der von ihm mit eingereichte Antrag den Uebelständen abhelfen werde.

Walster-Dresden erwartet, daß durch eine solche Union die völlige Verschmelzung vorbereitet werde. B 3 b und d werden nur durch Annahme des obigen Antrags von York, Hirsch und Walster erledigt, während Geiser-Waldenburg den Antrag B 3 c zurückzieht.

Zu B 3 e ergreift Löwenstein-Fürth das Wort zur Begründung. Er glaubt, daß durch Annahme dieses Antrages die politische Partei sehr wesentlich durch neue Elemente verstärkt werde und zwar auf eine Weise, die kein ungerechtes Ansinnen in sich schließt.

Mekner-Berlin will Ablehnung des Antrages, weil die dadurch entstehenden gegenseitigen Verpflichtungen keine gegenseitige Berechtigung in sich schließen.

Rittinghausen-Eöln erblickt sogar eine gewisse Gefahr in dem Antrag, weil in den Gewerkschaften leider noch gar zu viele anti-sozialistisch gesinnte Arbeiter seien.

Löwenstein-Fürth zieht hierauf den Antrag der Nürnberger (B 3 e) zurück.

Liebknecht (zu einer geschäftlichen Mittheilung) bemerkt, daß die französische demokratische Presse bei unserem Kongreß durch die Bürger Vaillant (vom „Rappel“), Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation und la Rigaudière (vom „Siècle“ und Phare de la Loire) vertreten sei und damit einen neuen Beweis geliefert habe, daß der sogenannte „Nationalhaß“ für die Demokratie nur noch Chimäre sei.

Nachdem ergreifen zu B 3 f, g und h I verschiedene Redner das Wort, allesamt die Strikes verurtheilen.

York-Hamburg dagegen nimmt die Strikes in Schutz, als die Lehrschule des Arbeiters im Sozialismus. Er will nur, daß der Kongreß sich gegen ihr unsinniges Ueberhandnehmen ausspreche. Inzwischen läuft ein Antrag ein von: York, Liebknecht, Ufert und Walster: „Der Kongreß mißbilligt jeden, den Arbeitern nicht direkt durch das Kapital aufgezwungenen Strike, der nicht von einer Organisation genügend vorbereitet ist, um Aussicht auf Erfolg zu verbürgen.“

Ferner von Douges-Darmstadt: „Der Kongreß empfiehlt den Gewerkschaften, eine vereinigte Strike-Kommission zu errichten, welche die Strikes zu bestimmen oder zu genehmigen und für deren Durchführung zu sorgen hat.“

3) Der Antrag von Hupfer (Lunzenau): „Die verschiedenen vor- gekommenen Strikes veranlassen den Congreß auszusprechen, daß die Partei ferner nicht verpflichtet ist, die Strikes zu unterstützen, soweit dieselben nicht von einer organisirten Genossenschaft geleitet sind.“

Der erste dieser drei Anträge wird bei der Abstimmung angenommen, die beiden anderen werden abgelehnt.

Ebenso wird der oben unter B 3 h 1 von Doll in Solingen gestellte Antrag abgelehnt.

York, gestützt auf den Antrag B 3 g, stellt in demselben Sinne noch den Antrag: „Eine Kommission aus 3 Mitgliedern zu ernennen, welche im Organ Aufsätze über Arbeitseinstellungen zu veröffentlichen und diese später zu einer Broschüre zusammenzustellen hat.“

Dieser Antrag wird sofort angenommen mit einem Amendement von Ufert (Chemnitz): „Den Sitz dieser Kommission nach Leipzig zu verlegen und den dortigen Parteigenossen die Wahl der drei Mann zu überlassen.“

Gegen den Antrag B 3 h 2 ergreifen York und Mekner das Wort.

Geib (Hamburg) beantragt, wegen der noch nicht genugsam entwickelten Parteiverhältnisse über den Antrag B 3 h 2 zur Tagesordnung überzugehen. Wird angenommen. — In demselben Sinne wird auch B 3 h 3 erledigt.

Zu einer thatsächlichen Berichtigung erhält Hirsch (München) das Wort: Er will in dem Kassensbericht berichtigt wissen, daß München nicht unter die Restanten gehöre, indem München, nach Rücksprache mit dem Ausschuß, die Gelder zur Agitation nach Kolvermoor und Rosenheim verwendet habe.

Bürger Vaillant aus Paris dankte hierauf im Namen der französischen Sozialdemokraten für die Sympathieerklärung des Kongresses. Er drückte seine Freude aus, in der deutschen Sozialdemokratie denselben Geist der Brüderlichkeit zu finden, der auch die französische Sozialdemokratie befehle. „Die einzelnen Nationen können sich nicht befreien; die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder, namentlich Deutschlands und Frankreichs müssen zusammenwirken und bald werden die Vereinigten Staaten von Europa gegründet sein, nicht die Vereinigten Staaten der bürgerlichen Demokratie, der Bourgeois-Demokratie, sondern die sozialdemokratische Republik, der wahre Volksstaat.“

Fa die Punkte B 4, 5, 6 und 7 der Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt waren (siehe Protokoll der Vorversammlung), tritt der Kongreß in Berathung von B 8 und zwar sofort in die Spezialdiskussion.

B 8. Weitere Anträge.

1. (Bebel): Der Kongreß wolle a. den Ausschuß beauftragen, im Laufe des Jahres eine allgemeine Arbeiterstatistik über: 1) Höhe der Löhne, 2) Arbeitszeit, 3) Dauer der Geschäftspausen, 4) Höhe der Mieten und Lebensmittelpreise u. s. w. zu erheben und das Resultat der Dessenlichkeit zu übergeben. — b. die Vertretung der Partei auf dem Kongresse der Internationalen Arbeiterassoziation feststellen.

2. (Vorttau=Leipzig): a. Daß die in den zahlreichen sozialistischen Journalen zerstreut vorkommenden größeren Aufsätze von

wissenschaftlichen Werth (weil dieselben dort nur mühsam 'aus den diversen lokalen Agitations- und politischen Neuigkeiten herausgefunden werden können) nebst derartigen Vorträgen und Flugchriften zu einer umfangreichen „Sozialistischen Vierteljahrsschrift“ gesammelt werden mögen. — b. Zum Zweck der Auswahl der Aufsätze, Bestimmung der Honorare für Verfasser, buchhändlerischen Vertrieb u. s. w. eine Kommission zu erwählen.

3. (Chemnitzer Mitglieder des Lassalle'schen allgemeinen deutschen Arbeitervereins): Der Kongreß wolle dafür sorgen, daß alle sozialistischen Schriften stets zu den billigsten Preisen zu haben seien.

4. (Wünsch-Braunschweig): Der Kongreß möge den Ausschuß beauftragen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie der feindlichen, besonders der verlogenen Winkelpresse energisch begegnet werden könne.

5. (Bonhorst-Braunschweig): Der Kongreß wolle den Ausschuß ermächtigen, die Herausgabe einer Agitationschrift zu bewerkstelligen, welche speziell auf die bäuerlichen Verhältnisse berechnet sei.

6. (Voruttan-Leipzig): Der Kongreß möge Anstalten treffen, eine sozialistische Erziehung unserer Jugend zu sichern (Errichtung von demokratisch organisierten Volkskindergärten, Gewerbe- und Industrieschulen etc.).

Zu B 8, 1 a. spricht sich Liebknecht befürwortend aus; da von Seiten unserer heutigen Regierungen nicht zu erwarten sei, daß sie zur Aufnahme von dahin einschlagenden statistischen Erhebungen schreiten würden, müßten es die Arbeiter selber thun.

Meyner (Berlin) wünscht alle erhobenen Resultate in einer kleinen Broschüre zusammengestellt.

Liebknecht beantragt, daß der Ausschuß beauftragt werde, dem jährlichen Parteikongreß eine summarische Zusammenstellung aller Vorwommnisse auf diesem Gebiet zu liefern.

Hierauf wird B 8 1 a im Sinne Liebknecht's angenommen.

Geib (Hamburg) will, daß dem Ausschuß die auf dem Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation festgesetzte Fragestellung (bezüglich dieser statistischen Erhebungen) empfohlen werde; womit sich der Kongreß einverstanden erklärt.

Zu B 8 1 b meint Walster (Dresden) daß sich eine offizielle Besichtigung des Mainzer Kongresses der Internationalen nicht empfehle. Hierfür sprächen gesetzliche Bestimmungen sowohl wie finanzielle Rücksichten.

Rittinghausen (Cöln) ist der gleichen Ansicht, aber er wünscht, daß durch Delegation von Abgeordneten aus allen Städten, in denen unsere Partei vertreten ist, eine recht lebhaftige Btheiligung an dem Mainzer Kongreß stattfinden möge.

Liebknecht bringt noch mehrere Gründe für die Ansicht Rittinghausen's vor; besonders macht er aufmerksam auf die Wichtigkeit der Weiterentwicklung der internationalen Vereinigung in der Arbeiterbewegung und das dadurch vorschreitende Verschwinden des sogenannten Nationalitätenhasses.

Geib (Hamburg) betrachtet die von den Vorrednern geltend gemachten Gründe für nicht offizielle Besichtigung des Mainzer Kon-

gresses als selbstredend, wie auch die Wünsche des Kongresses als genügend ausgesprochen, und schlägt daher motivierten Uebergang zur Tagesordnung vor, welcher auch von dem Kongreß angenommen wird.

B 8 2 a wird unter Bezugnahme auf das Projekt des „literarischen Aktien-Unternehmens“ abgelehnt. Damit fällt B 8 2 b.

Zu B 8 3 führt Liebknecht aus, daß dem von den Chemnizern gefühlten Bedürfnis schon hinlänglich Rechnung getragen sei durch Einrichtung des Kolportage-Instituts Seitens des Ausschusses und verschiedener Mitglieder.

Ufert (Chemnitz) glaubt, daß dies nicht der Fall sei, indem die Chemnitzer hauptsächlich auf die Billigkeit der Beschaffung und Versendung der Schriften ihr Augenmerk gerichtet hätten.

York (Harburg) stimmt Ufert bei.

Geib (Hamburg) entrollt ein sehr düsteres Bild von dem Vertrieb der Agitationschriften durch den Buchhandel. Er glaubt, daß der Kongreß in Hinweis auf die Gründung der Aktiengesellschaft zur Verbreitung von Schriften etc. zur motivierten Tagesordnung übergehen könne. Diefem Antrag wird die Zustimmung Aller ertheilt.

Ebenso geht der Kongreß über B 8 4, mit Hinweis auf die stetig zu verstärkende Agitation und Verbreitung des „Volksstaat“, zur motivierten Tagesordnung über.

B 8 5 wird zurückgezogen und über B 8 6 geht man zur Tagesordnung über.

Es kommt ein Schreiben der strikenden Pariser Formier an den Kongreß zur Verlesung.

York (Harburg) will, daß der Brief an den Ausschuß der Gewerkschaft der Metallarbeiter geschickt werde. Wird angenommen.

Liebknecht schlägt vor, den Brief in der nächsten Nummer des „Volksstaat“ zu veröffentlichen. (Ist geschehen, s. Nr. 48.)

Walster (Dresden) will alle Parteigenossen zur Hilfe aufgerufen wissen. Wird angenommen. —

Der Kongreß schreitet nun zur Berathung der Steuerangelegenheiten. — A 3 a—e der Vorlage.

A 3. Steuer-Angelegenheiten. Anträge: a. (Bracke-Braunschweig): 1) Der Kongreß wolle jedes Parteimitglied verpflichten, behufs Deckung der Schulden an die Parteikasse noch im Monat Juni eine einmalige Steuer von 2 Groschen an die Hauptkasse abzuführen. — 2) Der Kongreß wolle beschließen, daß von Monat Juni an während der Reichstags- und Zollparlamentwahlen der Parteibeitrag verdoppelt werde.

b. (Meeraner Parteigenossen): Der Kongreß möge beschließen, daß die gesammte Partei für die Diäten der Abgeordneten zum Reichstag aufkommen muß. Demgemäß soll der Ausschuß ermächtigt werden, wenn der Reichstag einberufen würde, eine Extrasteuer oder wenigstens freiwillige Sammlungen auszusprechen.

c. (Parteigenossen in Frankfurt a. M.): Die Errichtung der Antimaßregelungskasse zum Gesetz für die ganze Partei zu erheben.

d. (Walster-Braunschweig): Der Kongreß wolle beschließen, daß jedes Parteimitglied Mitte jedes Quartals eine Extrasteuer von 2 1/2 Sgr. für die Antimaßregelungskasse zu zahlen habe.

e. (Webel-Leipzig): Der Kongreß wolle den Ausschuß beauftragen, künftig sämtliche Orte, welche ihren Verpflichtungen gegen die Partei nicht nachgekommen, im Parteiorgan zu veröffentlichen.

York (Harburg) ist für Zahlung einer Steuer im Sinne des Antrages von Bracke. Er glaubt, daß nur so ein geregelter Geschäftsgang möglich sein werde. Nur will er statt des von Bracke vorgeschlagenen Monats Juni den Juli oder August als den Zahlungstermin der Extrasteuer festgesetzt haben.

Mehner (Berlin) erklärt sich gegen die Auffassung York's, weil er glaubt, daß eine freiwillige Steuer mehr einbringe, als eine befristete Extrasteuer.

Rittinghausen (Eöln) äußert sich in ähnlicher Weise.

Liebknecht ist zwar auch dieser Ansicht, glaubt aber, daß der beabsichtigte Zweck dadurch am Besten erreicht werden würde, wenn man eine Selbsteinschätzung mit einem festen Minimalfusse den Mitgliedern vorschlägt.

Geiser (Walzburg) ist für diese Auffassung und bringt deshalb, in Gemeinschaft mit Webel, folgende Resolution ein: „Der Kongreß legt es den Parteimitgliedern dringend an's Herz, an allen Orten statt jedes sonstigen Beitrags eine progressive Beitragssteuer mit Selbsteinschätzung, jedoch ohne Beeinträchtigung des § 4 des Programms und der Organisation, einzuführen.“

Hierauf erfolgt Abstimmung. — A 3 a 1 (A 3 a 2 und A 3 b sind bereits erledigt, s. o.) mit dem Amendement von York wird abgelehnt, dagegen die Resolution Geiser-Webel angenommen. In diesem Sinne geht der Kongreß auch über A 3 c und d der Vorlage zur Tagesordnung über.

Zu A 3 e bemerken Ufert (Chemnitz) und Demmler (Geyer) mit Hinweis auf die große Armuth so vieler Bezirke, besonders der ihrigen, wie sehr leicht durch Annahme und Ausführung des Webel'schen Vorschlags den armen Mitgliedern Ungerechtigkeit widerfahren könne.

Mehner (Berlin): Wenn Parteigenossen die Beiträge nicht aufbringen können, so müssen sie einfach um Ermäßigung oder völlige Dispensation beim Ausschuß einkommen. Auf keinen Fall möge der Kongreß auf eine Ablehnung des Webel'schen Antrags eingehen. Denn wie solle die Partei Agitation betreiben und Gemafregelte schützen, kurz, ihrer Aufgabe gerecht werden, wenn nicht die größte Ordnung und Pünktlichkeit in dem Kassenswesen herrsche?

Donges (Darmstadt) spricht sich dahin aus, daß, selbst wenn ein Ort absolut kein Geld an die Parteikasse einkassieren könne, wenigstens die Abrechnung eingeschickt werden müsse.

Wilhelm (Ludwigsburg) beweist aus dem Nichteingehen der Beiträge aus vielen Orten die Höhe der sozialen Noth.

Liebknecht will auf alle Fälle durch eine Veröffentlichung in dem beregten Sinne einen moralischen Druck ausgeübt wissen, bringt daher zu dem Punkt A 3 e der Vorlage als Zusatz das Amendement ein: „ebenso diejenigen Orte, denen ein ermäßigter Beitrag oder Dispensation zugestanden worden ist.“

Hierauf wird A 3 e mit dem Amendement Liebknecht's angenommen, womit die Durchberatung der Vorlage beendet ist. —

Der Vorsitzende Geib verliest nun folgendes Manifest des Genfer Centralkomitees der Internationalen Arbeiterassoziation (Sektionsgruppe deutscher Sprache) an den Kongreß:

„Das Centralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache in Genf an den Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart. Werthe Parteigenossen! Wir bedauern sehr von einigen mit heftigen Wirkungen begleiteten Grevenhiesigen Plages, sowie durch sie veranlaßte Organisation von zwei genossenschaftlichen Betriebsabteilungen (ein produktives der Ziegelmacher und ein konsumatives, d. h. die Herstellung einer gemeinschaftlichen Küche als Gemeingut des Genfer Sektionsbundes) unsere Mittel und Thätigkeit im Augenblick derart in Anspruch genommen zu sehen, daß wir diesmal von der Beschickung Eures Jahreskongresses abstecken mußten. Steht uns doch überdies, wenn auch nicht mehr wie dies vor einigen Tagen der Fall war, eine allgemeine Arbeitseinstellung dahier bevor, so doch immer noch die einiger Baugewerke und gilt es eben, sei's zur Abwehr oder Durchsetzung, beständig wachsam und rüstig auf dem Posten zu bleiben. Nehmet jedoch die Versicherung hin, daß wir in Gedanken unter Euch weilen, nicht bloß Euren Arbeiten zum allgemeinen Befreiungswerke möglichst gute Erfolge wünschen, sondern sie vollbringen zu helfen, Euch in allen Kampfsmühen mit Wort und That brüderlich zur Seite stehen werden. Dessen eingedenk brängt es uns im Gefühle und Bemühen der gemeinsamen Interessen und der Mitverpflichtung an den Leistungen der Arbeiter aller Länder unsere Ansichten, namentlich über die Befestigung und Vervollständigung der Parteiorganisation, Euren Berathungen in folgenden Sätzen zu unterbreiten:

In Ermägung:

Daß, zur Errichtung des gemeinsamen Zieles der sozialdemokratischen Bewegung den mannigfaltigen Interessen, Bedürfnissen und Neigungen des Proletariats theoretisch ein einheitlicher Ausdruck und praktisch eine einheitliche Verknüpfung verschafft werden muß, d. h. daß es der Schaffung einer Organisation gilt, worin alle Elemente der Arbeiterklasse in ihren derzeitigen Ansprüchen, ihrem Hoffen und Sehnen, möglichste Genugthuung finden können;

Daß, wenn dies nicht geschieht, sich die in ihren Bedürfnissen unberücksichtigt betrachteten Elemente der allgemeinen Bewegung nicht nur nicht anschließen, sondern sogar nach stattgehabtem Anschluß wieder auscheiden, wodurch immer eine mit Fanatismus begleitete Sektirerei sich geltend macht und Leuten von sonst gutem Willen aber geringem Ein- und Ueberblick ihr Stöckchenpferdchen zu reiten Gelegenheit geboten und allen eillen Intriganten und falschen Propheten zu viel Spielraum gemeinschädlichen Wirkens überlassen wird;

Daß demgemäß, weil im Zukunftsstaat, d. h. im Volksstaat die Klassegegensätze verschwunden, Staat und Gesellschaft die gleichen Begriffe und dasselbe Wesen sind, alle politischen wie sozialökonomischen Zeitbedürfnisse in Einklang gebracht und sachgemäß entwickelt werden müssen;

Daß daher die Arbeiter, die mit Vorliebe, zur Beseitigung staatlicher Hindernisse, revolutionäre Politik verfolgen, mit jenen Arbeitern,

die mit Vorneigung sich sozialökonomischer Wirksamkeit hingeben, im genossenschaftlichen Betriebswesen ihr Heil suchen, zur Verhütung und Abschleifung aller Einseitigkeiten in beständigen Wechselverehr zu bringen sind;

Daß, da die Menschen in ihrer großen Mehrheit nur für nahe- liegende Interessen, greifbar scheinenden Vortheil in Nüchrigkeit kommen und nur solche Theorien als richtig anerkennen, welche sie durch eigene Erfahrung in der Praxis bewährt finden, sie auch nur durch Aus- führungsvorläufe ihrer zeitweiligen Lieblingsideen von falschem Wahne geheilt und in zweckdienliche Bahn gebracht werden können;

Daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu den Tagen der Gründung des Volksstaats nicht bloß eine klare Vorstellung über die äußere Gestalt, sondern schon Einsicht und greifbares Material für dessen ganzen Inhalt, die Schule und das Leben, theoretische Klarheit und praktische, erfahrungsmäßige Bestimmtheit, kurz eine schon wesen- haft gewordene Gesellschaftsform mitbringen muß.

Daß die Freiheit für Alle sich nur in der Gleichheit Aller ver- wirklichen kann und daß die Ungleichheit die Freiheit und Unabhängig- keit von Wenigen — die Klassenherrschaft — bedeutet;

Daß, weil die stehenden Heere die Hauptstützpunkte alles politi- schen und sozialen Despotismus sind, dieselben vornehmlich durch die ländliche Bevölkerung rekrutirt werden, eben zur Unterwühlung dieses Stützpunktes, sozialdemokratische Propaganda unter den landwirth- schaftlichen Arbeitern und Kleinbesitzern, den Geist des blinden Ge- horsams mit dem Bewußtwerden der Menschenwürde vernichtend, systematisch zu betreiben ist;

Daß auch nur durch die Beseitigung der stehenden Heere die direkte Gesetzgebung durch das Volk thatsächlich durchgeführt werden und ihren rechten Werth erlangen kann;

und endlich in Erwägung:

Daß nur durch ein harmonisches Zusammenwirken des Kopf- arbeiterproletariats mit dem Handarbeiterproletariat das Ziel der sozial- demokratischen Bewegung am schnellsten und sichersten zu erreichen und demnach auch in dieser Beziehung von der Partei der allgemeinen Sache gemäß vorgegangen werden muß;

möge der Kongreß in besonderer Betrachtung der noch unauz- geführten Artikel, unserer an den Kongreß in Eisenach gerichteten Denkschrift („Vorbote“ Nr. 7, 1869, Seite 103 hier beigelegt) und unserer an den Kongreß der Gewerkschaft der Metallarbeiter Deutsch- lands (28. 29. und 30. November 1869) adressirten Vorschläge („Vor- bote“ Nr. 11, 1869, Seite 172, hier beigelegt) sowie unseres Manifests an die „landwirthschaftliche Bevölkerung“ („Vorbote“ Nr. 12, 1869, Seite 177, beigelegt) und desgleichen des „Aufrufs an die besitzlosen Kopfarbeiter“ („Vorbote“ Nr. 1, 1870, Seite 4, beigelegt) nachge- nannte Kommissionen ernennen:

1) eine Kommission der Propaganda für Organisirung des Ge- werkschaftswesens, Gründung von Widerstandsklassen und Betriebs- genossenschaften;

2) eine Kommission für Propaganda der sozialdemokratischen

Grundsätze im Allgemeinen, die Gründung von Betriebsgenossenschaften im Besondern, unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung;

3) eine Kommission, die mit geeigneter Propaganda das Kopf- arbeiterproletariat zur Sammlung anregt und es zur fruchtbaren Mitwirksamkeit allenthalben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zuführt.

Diese Kommissionen, obwohl unter sich im zweckentsprechenden Wechselverehr stehend, sind dem Parteiauschuß untergeordnet und hat aber jede speziell für sich über ihre Wirksamkeit Bericht auf dem Jahres- kongreß zu erstatten.

Daß wir unsererseits dem Parteiauschuße, sowie den Propaganda- kommissionen mit allen unseren Erfahrungen, theoretischen und prak- tischen Hülfsmitteln, besonders in Betreff des Betriebsgenossenschafts- wesens allezeit zur Verfügung stehen, versteht sich von selbst.

Hoch die sozialdemokratische Arbeiterpartei!

Mit Brudergruß u. s. w.

Das Centralkomitee:

Becker, Jährig, Wörzner, Kannenberg, Kau, Sattler, Fischer, Linber, Kauß.

Liebnecht beantragt darauf: „Der Kongreß empfiehlt dem Parteiauschuß die in dem Schreiben der Genfer Brüder enthaltenen Vorschläge zu prüfen und nach Möglichkeit in Ausführung zu bringen.“ Dieser Antrag wird angenommen.

Von dem Vorsitzenden wird hierauf ein Schreiben des inter- nationalen Arbeitervereins zu Basel an den Stuttgarter Kongreß ver- lesen. Dasselbe lautet:

Basel, 5. Juni 1870. An den Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands in Stuttgart. Arbeiterbrüder! Indem wir Euch in Stuttgart versammelt wissen, treibt es uns, Worte der Zustimmung, der Ermunterung, des freundlichen Wunsches an Euch zu richten.

„Ihr habt Euch mitten in das wirkliche Leben hineingestellt; Ihr schüttet nicht das Kind mit dem Bade aus und wollt nicht die Welt von den Wolken aus erobern; Ihr wollt zu dem Zwecke auch die Mittel. Dazu unsere vollste Zustimmung! Ja, erstreitet Euch den großen deutschen Volksstaat — und der Volksstaat wird Euch die Volksgesellschaft — mit andern Worten die gesellschaftliche und volkswirthschaftliche Freiheit gewähren.

„Laßt Euch nicht unfähig machen, die gesellschaftliche Frage auf dem einfachsten, natur- und sozusagen verfassungsmäßigen Wege zu lösen! Seien wir Alle der Staat, sei alle Gewalt nur Volksgewalt!

„Brüder! Alle großen Neuerungen und Umgestaltungen müssen in Verfassung und Gesetz und darauf gestützten Einrichtungen ihren Aus- druck finden. Sie selbst setzen aber ein würdiges Geschlecht von Vor- kämpfern und Trägern voraus.

„Nicht die ewigen Gesetze der Natur tragen die Schuld, wenn wir Menschen nicht besser auf unserer kleinen Erde wirtschaften. Wir, die wir eine Zukunft des Glückes für uns fordern, wir müssen uns vorerst

innerlich, durch Herz und Gesinnung auf die Stufe heben, die wir für die Gesellschaft erringen wollen.

„Es wurde dieser Tage geäußert, daß die gesellschaftliche Frage zuerst durch das deutsche Arbeitervolk ihre Lösung finden dürfte. Wir wünschen uns und Euch Glück zu dieser schönen Hoffnung; wir wünschen aber auch, daß mehr und mehr alle Spaltung schwinde, daß alle Schattirungen sich zu einer großen deutschen Arbeiterpartei verschmelzen — Arbeiter Alle, deren Leben die Arbeit ist.

„Leider aber brücken sich die Arbeiter vielerorts selbst nur immer tiefer und tiefer hinunter — durch ihre elende Gesinnung, durch ihre Untreue, durch ihre innere Wurmstichigkeit.

Brüder! Ihr verwundert Euch vielleicht über diese Ansprache aus der Schweiz! Noch mehr werdet Ihr Euch wundern, wenn wir auch den Wunsch aussprechen, zu den Arbeitern Deutschlands und insbesondere zu Euch in eine nähere Beziehung zu treten. Gesehen wir es offen: herbe Erfahrungen bewegen uns, in einem engeren Verhältniß zur Arbeiterwelt Deutschlands Ermunterung und festeren Halt zu suchen. Obwohl ein Glied des allgemeinen (oder internationalen) Arbeiterbundes, fühlen wir doch noch das Bedürfniß nach einer näheren Verbindung innerhalb des weiten Rahmens desselben.

„Brüder! stärken wir uns gegenseitig! Empfanget unseren Handschlag, wie wir nebst brüderlicher Antwort den Euren gewärtigen.

Der Vorstand des internationalen Arbeitervereins von Basel und Umgebung.

Der Präsident: C. A. Bruhin. Der Schriftf.: Fr. Häfelfinger.“

Das Bureau wird mit der Antwort betraut.

Der Präsident verliest nun folgendes Schreiben der internationalen Friedens- und Freiheitsliga.

„Genf, 1. Juni 1870. Das Centralcomitee der internationalen Friedens- und Freiheitsliga an den Kongreß der deutschen sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart. Geehrte Bürger! Wie Sie wissen, hat sich die internationale Friedens- und Freiheitsliga bei ihrer Gründung vor drei Jahren zur Aufgabe gestellt, den Völkern zu beweisen, daß der allseitig erwünschte Friede nur dann möglich ist, wenn sie, die Völker, ihr Selbstbestimmungsrecht besitzen, d. h. an der Stelle der Monarchien Republiken errichten, und daß die Republiken aber nur dann auf die Dauer gesichert, entwicklungsfähig und zum Vortheil der Bürger sind, wenn gleich bei ihrer Errichtung die stehenden Heere abgeschafft werden, die Trennung der Kirche vom Staate und von der Schule sich vollzieht, der allgemeine Unterricht auf eine höhere Stufe gebracht, die direkte Gesetzgebung durch das Volk eingeführt und die Unabhängigkeit des Bürgers in seiner materiellen Existenz nach den ewigen Prinzipien der Gerechtigkeit gesichert, d. h. die politische Frage als unzer trennlich von der Lösung der sozialen betrachtet wird.

„Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir durch Wort und Schrift auf Kongressen, in Zeitungen und mit Flugblättern aufzuklären und zu wirken gesucht und sind wir ohne Verlässichtigung der Nationalitäten mit all den Arbeiterpartei, welche bei ihrer abgesonderten Organisation zur Förderung ihrer materiellen Interessen den

freien Volksstaat als eine Nothwendigkeit betrachten, Hand in Hand gegangen.

„Auch Sie, geehrte Bürger, haben auf deutschem Boden durch Aufstellung des Eisenacher Programms nach unserer Ueberzeugung den richtigen Weg eingeschlagen und halten wir uns nicht nur für berechtigt, sondern auch für verpflichtet, Sie als unsere Freunde und Brüder zu begrüßen und Ihnen vorzuschlagen, daß Sie auf Ihrem gegenwärtigen Kongresse Ihre Partei und unsere Liga in Bekämpfung der gemeinsamen Gegner als Bundesgenossinnen erklären und Ihr Centralcomitee beauftragen, mit uns zu gegenseitiger Aufklärung und freundschaftlicher Verständigung künftighin in Verkehr zu treten.

Mit demokratischem Gruß

Für das Centralcomitee:

Jules Wari, Präsident. Amand Goegg, Vizepräsident.

J. Kollanday, General-Sekretär.“

Hirsch (München) stellt den Antrag: „Der Kongreß erkennt die humanen Bestrebungen der Friedens- und Freiheitsliga in vollem Maaße an, glaubt aber nicht, daß durch die von derselben vorgeschlagenen Mittel der freie Volksstaat errungen werden kann, und beauftragt den Ausschuß, das Schreiben in einer unseren Grundsätzen angemessenen Weise zu beantworten und zu erlebigen.“ — Dieser Antrag wird angenommen.

Die Berichterstattung über die Mandatprüfung ergibt, daß zwei Mandate beanstandet wurden, weil sie Gewerksgenossenschaften und österreichische Arbeiter umfaßten.

Der Kongreß überläßt diesen Gegenstand der weiteren Ausarbeitung von Geib, Reiser und Bonhorst. (Am Schluß des Protokolls findet sich die genaue Zusammenstellung.)

Liebknacht beantragt, daß konstatiert werde, daß zur Delegation keine Volksversammlungen abgehalten wurden, und die auf den Mandaten angegebene Mitgliederzahl nur die wirklichen regelmäßigen Parteimitglieder einschließe, und in vielen Fällen auch diese nicht vollständig, weil das Mandatformular verschiedentlich so aufgefaßt worden, als ob nur die bei der Wahl der Delegierten anwesende Mitgliederzahl verzeichnet werden dürfe.

Hirsch (München) weist nach, daß in der Mandatsvorschrift ein Fehler vorgekommen sei, welcher es hinderte, daß die wirkliche Zahl der Parteigenossen voll und richtig angegeben wurde.

Geib (Hamburg) will, daß nur Mitglieder als vertreten betrachtet werden könnten, welche ihren Verpflichtungen gegen die Kasse nachgekommen seien.

Liebknacht weist diesen Antrag zurück, weil man dem Beschluß keine rückwirkende Kraft beilegen könne.

Hirsch (München) beantragt nun Aufstellung der Delegationsliste in folgender Form:

„Laut Ergebnis der Mandatprüfung waren vertreten:  
Orte | Mitglieder | durch (Delegirte)  
x | x | x

„Dazu kommen 4000 Parteigenossen in Graz, die aus politischen

Gründen nicht direkt vertreten sein konnten, und ... Mitglieder internationaler Gewerkschaften."

Dieser Vorschlag wird angenommen.

Der Vorsitzende verliest nun die Rechnung des Wirtes der „Lieberhalle“, die an und für sich sehr hoch, aber in Anbetracht des Schadens, welchen uns die Schweizer-Preussischen Polizei-Horden zugefügt haben würden, wenn wir auf ihre habsuchtige Provokation eingegangen wären, verhältnismäßig klein erscheint.

Hierauf schließt Geib den Kongress, indem er sagt: „Nach dreitägiger schwerer Arbeit kann konstatiert werden, daß die Delegierten prinzipiell einig sind. Aus solcher Einigkeit muß aber allerwärts der Sieg hervorgehen.“

„Die Delegierten haben sich nun zu geloben, sich wiederzufinden auf den Kampflätzen, die man findet, wenn man sie sucht.“

Er dankt sodann dem Lokalkomitee der Stuttgarter Parteigenossen für seine Thätigkeit.

Hirsch (München) dankt dem Bureau für seine eifrige und gewissenhafte Mühewaltung.

Endlich werden noch Walster und Liebknecht zu Protokollrevisoren designiert.

## Alphabetisches Verzeichnis der Delegierten.

| Nr. | Name der Delegierten. | Woher?       | Mit wie viel Mandaten versehen? | Anzahl der auftraggebenden |                   | Namen der vertretenen Orte.  |
|-----|-----------------------|--------------|---------------------------------|----------------------------|-------------------|--|
|     |                       |              |                                 | Partei-ge-nossen.          | Gew.-Mit-glieder. |  |
| 1   | Albrecht, Carl        |              | 1                               | 24                         |                   | Heilbronn  |
| 2   | Al, W.                |              | 1                               | 90                         |                   | Schw.-Hall   |
| 3   | Banzhaf               | Eßlingen     | 1                               |                            | 220               | Wplau  |
| 4   | Bebel, A.             | Leipzig      | 4                               | 505                        |                   | Bamberg Kl. B. Hoher Leipzig, Neustadt a/S.  |
| 5   | Berg                  | Cöln         | 1                               | 65                         |                   | Cöln   |
| 6   | Bernhard              | Mürnberg     | 1                               | 11                         |                   | Schwabach  |
| 7   | Böhm                  | "            | 1                               |                            | 30                | Mürnberg   |
| 8   | Bonhorst              | Braunschweig | 7                               | 368                        |                   | Helmstedt, Königs-Lutter, Magdeburg, Delst-nitz, Schöningen, So-lingen Mühlheim a/H. |
| 9   | Brocks, F.            | Heilbronn    | 1                               | 150                        |                   | Heilbronn  |
| 10  | Bürger, C.            | Göppingen    | 1                               | 100                        |                   | Zwidau   |
| 11  | Demmler, C.           | Geyer        | 6                               | 1599                       |                   | Ehrenfriedersbrf., Rich-tenstein, Böhmitz, Eugau Niederzöbnitz, Stoll-berg i/S.      |
| 12  | Donges, F.            | Darmstadt    | 2                               | 12                         |                   | Darmstadt  |
| 13  | Dworatschek           | Cannstadt    | 1                               |                            | 40                | Cannstadt  |
| 14  | Ehlers                | Braunschweig | 1                               | 300                        |                   | Braunschweig   |
| 15  | Eismann, F.           | Werbau       | 1                               | 80                         |                   | Werbau i/S.  |
| 16  | Franz, J.             | München      | 1                               | 459                        |                   | Augsburg   |
| 17  | Geib                  | Hamburg      | 1                               | 50                         |                   | Hamburg  |
| 18  | Geiser                | Breslau      | 1                               | 500                        |                   | Waldenburg u. Umg.   |
| 19  | Gmür                  | Ravensburg   | 1                               | 80                         |                   | Ravensburg   |
| 20  | Gräfer                | Barmen       | 1                               | 120                        |                   | Münchenbernsdorf   |
| 21  | Hagen, v., C.         | "            | 1                               | 30                         |                   | Geyer i/Erzgeb.  |
| 22  | Heinz                 | Eßlingen     | 2                               | 200                        |                   | Eßlingen   |
| 23  | Hilpert               | Zürich       | 1                               | 1400                       |                   | D. Deutschen A.-B.-V. ber Schweiz  |
| 24  | Hirsch, C.            | München      | 1                               | 60                         |                   | München  |
| 25  | " J. M.               | Winkel       | 2                               | 205                        |                   | Mittelheim Wiesbaden   |
| 26  | Huhn, G.              | Glauchau     | 1                               | 156                        |                   | 140 Glauchau   |
| 27  | Hupfer, C. F.         | Lunzenau     | 1                               | 40                         |                   | Lunzenau   |
| 28  | Hussong               | Darmstadt    | 1                               |                            | 140               | Darmstadt  |
| 29  | Jelle                 | Augsburg     | 3                               | 100                        |                   | Augsburg, Coburg, Lechhausen   |
| 30  | Kißling, J.           | Obernorf     | 1                               | 35                         |                   | Obernorf   |
| 31  | Köpf, M.              | Stingen i/B. | 1                               | 40                         |                   | Stingen i/B.   |
| 32  | Kämmerle              | Kalen        | 1                               | 100                        |                   | Kalen  |

| Nr. | Name der Delegirten.      | Woher?             | Mit wie viel Mandaten versehen? | Anzahl der auftraggebenden |                   | Namen der vertretenen Orte.  |
|-----|---------------------------|--------------------|---------------------------------|----------------------------|-------------------|--|
|     |                           |                    |                                 | Partei-ge-nossen.          | Gem.-Mit-glieder. |  |
| 33  | Reyendecker               | Mainz              | 1                               | 107                        |                   | Mainz  |
| 34  | Löwenstein G              | Fürth              | 1                               | 30                         |                   | Fürth  |
| 35  | Lorenz, C.                | Stuttgart          | 1                               | 30                         |                   | Stuttgart  |
| 36  | Mehner, Th.<br>Michel, C. | Berlin<br>Weilburg | 1<br>2                          | 32<br>129                  |                   | Berlin<br>Frankenhausen, Herborn   |
| 37  |                           |                    |                                 |                            |                   | (Graz)   |
| 38  | Moser                     | Graz (4000)        |                                 |                            | 70                | Stuttgart  |
| 39  | Moser, J.                 | Stuttgart          | 1                               |                            |                   | Stuttgart  |
| 40  | Roteller, J.              | Crimmitschau       | 1                               | 664                        |                   | Crimmitschau   |
| 41  | Reiher, W.                | Breslau            | 2                               | 224                        |                   | Breslau, Freiburg i/S  |
| 42  | Roß                       | Stuttgart          | 2                               |                            | 69                | Nürnberg, Fürth  |
| 43  | Rühl, W.                  | Stadtbergen        | 1                               | 25                         |                   | Pfersee  |
| 44  | Renz, C.                  | Neutlingen         | 2                               |                            | 40                | Neutlingen-Pfullingen  |
| 45  | Rint, J.                  | Kaiserslautern     | 1                               | 600                        |                   | Kaiserslautern   |
| 46  | Rittinghausen             | Edln               | 1                               | 65                         |                   | S. o. bei Berg, C.   |
| 47  | Roland                    | Letnang            | 1                               | 25                         |                   | Letnang  |
| 48  | Rüll                      | Nürnberg           | 1                               | 150                        |                   | Nürnberg   |
| 49  | Schmidt, G.               | Nezingen           | 1                               | 40                         |                   | Nezingen   |
| 50  | Schwend, G.               | Schm.-Hall         | 1                               | 90                         |                   | Schm.-Hall   |
| 51  | Seischab, W.              | Nürnberg           | 1                               |                            | 61                | Nürnberg   |
| 52  | Schmidthäußler            | Göppingen          | 1                               | 100                        |                   | Göppingen  |
| 53  | Silberhorn                | Eßlingen           | 1                               |                            | 45                | Eßlingen   |
| 54  | Spier                     | Wolfenbüttel       | 10                              | 349                        |                   | Eisenach Gotha Mühlheim a/W., Oberlungwitz, Reichenbach i/W. Röblich, Hohnsdorf Ronneburg, Weimar Wolfenbüttel     |
| 55  | Stecher                   | Pforzheim          | 1                               | 40                         |                   | Pforzheim  |
| 56  | Stolle                    | Crimmitschau       | 1                               | 165                        |                   | Meerane  |
| 57  | Stoß, C.                  | Eßlingen           | 1                               | 24                         |                   | Bachnang   |
| 58  | Szymonowski               | Ludenwalde         | 1                               | 120                        |                   | Ludenwalde   |
| 59  | Tauscher, L.              | Augsburg           | 1                               | 458                        |                   | S. o. Neß  |
| 60  | Thalemann, H.             | Glauchau           | 1                               | 50                         |                   | Rempe i/S.   |
| 61  | Ufert, W.                 | Chemnitz           | 11                              | 491                        |                   | Borna, Chemnitz, Hainichen, Lenkersdorf Lützenau, Markersdorf Wittweiba, Neukircher Reichenbrand, Rochlitz Dresden |
| 62  | Walster                   | Dresden            | 5                               | 320                        | 627               | Dresden  |
| 63  | Werth, G.                 | Barmen             | 2                               | 73                         |                   | Barmen, Ronsdorf,  |
| 64  | Wilhelm, G.               | Ludwigsburg        | 2                               | 50                         |                   | Ludwigsburg, Dörschel  |
| 65  | Wort                      | Harburg            | 9                               | 217                        |                   | Altona, Bielefeld, Bremen, Hannover, Harburg, Heide i/S., Kiel Stade   |
| 66  | Zollinger                 | Frankfurt a/M.     | 2                               | 98                         |                   | Frankfurt u. Höchst a/M  |

Nicht vertreten waren bei dem Congreß in Stuttgart:  
 Apolda, Aue i. Erzgeb., Aachen, Dieblich a. Rh., Burgfladt, Celle, Hochstedt, Cassel, Dessau, Deuben i. Pl. G., Derenburg b. Halberstadt, Düsseldorf, Erbach i. Rhgau., Essen, Erlangen, Eschweiler b. Aachen, Erfurt, Frohburg, Gera, Gröna, Großenhain, Geithain, Halberstadt, Hilsenheim, Hebernheim, Jüterbogk, Kirchberg i. S., Lauterberg i. H., Lüneburg, Lauenburg a. C., Mannheim, M.-Glabbach, Neundorf b. Stafffurt, Niederlungwitz, Peine, Regensburg, Saalfeld i. Th., Stafffurt, St. Andreasberg, Siegen, Stodach, Worms, Wieba i. Harz, Wesselburn i. Holstein, Weichselburg i. S., Weisweiler.

Zusammen 47 Orte.  
 Neue eingetretene Orte:  
 Aalen, Bachnang, Bamberg, Borna, Hohnsdorf, Heilbronn, Kaiserslautern, Kiel, Kleinjochter, Lenkersdorf, Lugau, Markersdorf, Mittelheim a. Rh. Mýlau, Neukirchen, Obernorf, Dörschel, Pfersee, Pfullingen, Reichenbrand, Neutlingen, Stade, Stollberg i. S., Werbau i. S., Zürich. — Zusammen 25 Orte.

Es waren also 88 alte Orte vertreten. Da nun 47 fehlten, so giebt es in Summa eine Ausbreitung über 135 alte Orte. Hierzu die 25 neuen, zusammen 160 Orte. Ober in pro Cent: Von den alten Orten waren vertreten: 65<sup>2</sup>/<sub>27</sub> %, nicht vertreten: 34<sup>2</sup>/<sub>27</sub> %, Zuwachs an neuen Orten: 18<sup>4</sup>/<sub>27</sub> %.

**Anhang zum Congreßprotokoll: Statuten-Entwurf des Literarischen Aktien-Unternehmens.**

§ 1. Das Aktien-Unternehmen trägt den Namen: „Gesellschaft zur Herstellung und Verbreitung von Volkschriften“, hat seinen Sitz in Eisenach und wird für die Dauer von 99 Jahren begründet.

§ 2. Der Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung und Verbreitung von Volkschriften, als: Zeitungen, Flugblätter, Brochüren und Bücher.

§ 3. Zu diesem Zweck giebt die Gesellschaft vorläufig 750 Aktien und zwar jede Aktie im Nominalwerthe von 4 Thalern aus, so daß das Grundkapital 3000 Thlr. beträgt. Die Aktien lauten auf Namen und sind nur mit Bewilligung des Vorstandes und des Aufsichtsrathes der Gesellschaft übertragbar. — Bei Konstituierung der Gesellschaft, resp. bei Uebernahme der Aktien sind 10 Prozent vom Nominalbetrage jeder ausgegebenen Aktie einzuzahlen. Weitere Einzahlungen zu verlangen, bleibt dem Vorstände in Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrathe, eventuell der Generalversammlung, vorbehalten.

§ 4. Aktien-Inhaber (Aktionäre) der Gesellschaft können nur an denjenigen Orten ihren Wohnsitz haben, wo die in Eisenach domizilirte sozialdemokratische Arbeiterpartei Mitglieder zählt; auch müssen die Aktien-Inhaber selbst Mitglieder dieser Partei und von ihren jeweiligen Ortsparteiengenossen zur Entgegennahme von Aktien für befugt bezeichnet sein. — Mehr als fünf Aktien werden für einen Ort nicht bewilligt, und mehr als eine Aktie darf auf einen und denselben Namen nicht ausgestellt werden.



§ 5. Die Leitung der Geschäfte liegt einem aus fünf Aktionären bestehenden Vorstand ob; die Vorstandsmitglieder müssen stets ihren Wohnsitz an dem, vor dem jährlichen Kongress der in Eisenach domizilirten sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum Vorort dieser Partei bestimmten Platz haben. Es ist deshalb zur Einsetzung des Vorstandes eine besondere Wahlhandlung abseiten der Generalversammlung erforderlich. — Die Legitimation der Vorstandsmitglieder erfolgt durch eine, von dem Bureau der Generalversammlung auszustellende Urkunde, worin bescheinigt wird, an welchem Ort der Sitz des Vorstandes für das laufende Geschäftsjahr verlegt ist. Außer dieser Urkunde, die in fünf gleichlautenden Exemplaren auszufertigen und den fünf Aktionären des betreffenden Ortes auszuhändigen ist, bedarf es zur Bervollständigung der Legitimation nur noch der Vorzeigung der personellen Aktie.

Der Vorstand vertritt die Gesellschaft allen dritten Personen gegenüber. Er verpflichtet die Gesellschaft durch Beisetzung der Unterschrift dreier Vorstandsmitglieder neben der Firma der Gesellschaft und ist berechtigt, dritten Personen gegenüber, Namens der Gesellschaft, Geschäfte abzuschließen, Kontrakte einzugehen, gerichtliche Klagen einzuleiten, Eide abzulegen und alle vorkommenden Befugnisse von Bevollmächtigten im Sinne des Handelsgesetzbuches auszuüben. — Der Vorstand hat sich den Aktionären gegenüber an die Beschlüsse der Generalversammlung und des Aufsichtsraths zu halten, bleibt jedoch den letzteren beiden Körperschaften gegenüber für etwaige Befugnißüberschreitungen haftbar.

§ 7. Neben dem Vorstande erwählt die Generalversammlung einen Aufsichtsrath von 11 Personen; dieser hat seinen Sitz an dem Orte, welcher auf dem jährlichen Kongress der in Eisenach domizilirten sozialdemokratischen Arbeiterpartei als Sitz der Kontrollkommission dieser Partei bezeichnet wird.

§ 8. Der Aufsichtsrath wird gebildet: 1) aus den 5 Aktionären, welche an dem laut § 7 bezeichneten Orte ihren Wohnsitz haben; 2) aus 6 von der Generalversammlung dazu mit einfacher Stimmenmehrheit erwählten Aktionären. — Letztere übertragen die Ausübung ihrer Funktionen im Aufsichtsrathe an sechs, ihnen von den ad 1 dieses § genannten Mitgliedern zu bezeichnende Personen, indem sie diesen Personen für die Dauer eines Verwaltungsjahres ein vom Vorstande beglaubigtes Mandat ausstellen. — Die Legitimation des Aufsichtsrathes erfolgt durch das Original-Protokoll der den Aufsichtsrath erwählenden Generalversammlung; dies Protokoll muß jedoch von den sämtlichen Bureau-Mitgliedern der bezüglichen Generalversammlung eigenhändig unterzeichnet sein; außer diesem Protokoll dienen noch zur Legitimation für die fünf ad 1 dieses § genannten Mitglieder deren personelle Aktien, und für die sechs Vertreter der ad 2 dieses § genannten Mitglieder die vorstehend erwähnten, vom Vorstande beglaubigten Mandate.

§ 9. Der Aufsichtsrath ist verpflichtet, die Geschäftsführung, Akten, Bücher, Kasse u. des Vorstandes mindestens einmal vierteljährlich zu prüfen und zu untersuchen, und ist berechtigt, falls er begründete Ursache hat und der Vorstand die Abhilfe der Unregelmäßig-

keiten verweigert, einzelne Mitglieder wie den gesammten Vorstand zu suspendiren, sowie die nöthigen Schritte für provisorische Weiterführung der Geschäfte zu thun. Es müssen solche Beschlüsse mit  $\frac{2}{3}$  Majorität des Aufsichtsraths gefaßt werden und ist, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder suspendirt wird, innerhalb 4 Wochen eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, welche endgiltig in der Sache entscheidet.

§ 10. Jährlich, gleichzeitig mit dem Congress der in Eisenach domizilirten sozialdemokratischen Arbeiterpartei und am Orte desselben, findet die ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft statt. — Außerordentliche Generalversammlungen zu berufen, ist sowohl der Vorstand als der Aufsichtsrath berechtigt; beide Theile sind jedoch hierzu innerhalb 6 Wochen verpflichtet, wenn die Inhaber des sechsten Theils der zur Zeit ausgegebenen Aktien dies von ihnen verlangen.

§ 11. Die Generalversammlung nimmt die Rechnungsablegung des Vorstandes entgegen, bewerkstelligt die nothwendigen Wahlen und erledigt die sonstigen Geschäfte. — Die Abrechnung des Vorstandes über das abgelaufene Vereinsjahr muß detaillirt und vor der Generalversammlung von dem Aufsichtsrathe geprüft sein, ferner muß sie eine Bilanz über den Stand des Aktienkapitals, sowie des etwaigen Gewinnes oder Verlustes enthalten. — Ueber die Verwendung des etwaigen Gewinnes sowie über die Deckung eines etwaigen Verlustes beschließt die Generalversammlung, nachdem sie vorher durch eine aus ihrer Mitte zu erwählende Prüfungskommission von fünf Personen die gesammte Abrechnung hat prüfen lassen.

§ 12. Anträge zur ordentlichen Generalversammlung sind mindestens 14 Tage nach der erfolgten Berufung des Congresses der zu Eisenach domizilirten sozialdemokratischen Arbeiterpartei dem Vorstande zugänglich zu machen; der Vorstand hat alsdann binnen 8 Tagen die Berufung der ordentlichen Generalversammlung, gemäß § 10, nebst der definitiven Tagesordnung dieser Generalversammlung, worauf alle ihm rechtzeitig zugestellten Anträge stehen müssen, auszuschreiben. Einer außerordentlichen Generalversammlung muß die Berufung und die Veröffentlichung der Tagesordnung mindestens 4 Wochen vorausgehen.

§ 13. Die Aktionäre üben ihre Rechte auf der Generalversammlung entweder in Person oder durch Vertretung aus. Bei solcher Vertretung ist der Name des Vertreters 8 Tage vor der Generalversammlung dem Vorstande mitzutheilen, welcher dann für die Beschaffung der zur Abstimmung nöthigen Legitimationen Sorge zu tragen hat. Es ist nicht zulässig, mehr als höchstens 25 Stimmen aus einem Vertreter zu vereinigen.

§ 14. Spätestens 3 Wochen nach der Generalversammlung muß das Protokoll der letzteren allen Aktionären gegen Einsendung des Betrags zum Kostenpreise durch den Vorstand zugestellt werden.

§ 15. Die Gesellschaft veröffentlicht ihre Beschlüsse, Generalversammlungs-Berufungen und geschäftlichen Anzeigen in folgenden Zeitungen: 1) „Der Volksstaat“ (erscheint in Leipzig), 2) „Der Volkswille“ (erscheint in Wien), 3) „Das Felleisen“ (erscheint in Zürich),

ebenso ist es einem übereinstimmenden Beschlusse des Vorstandes und des Aufsichtsrathes zugestanden, andere Blätter an Stelle dieser drei zu wählen.

§ 16. Mit dem Austritte eines Aktionärs aus der zu Eisenach domizilirten sozialdemokratischen Arbeiterpartei erlischt die auf denselben lautende Aktie (falls solche nicht auf den Namen eines andern Mitgliedes der genannten Partei übertragen wird) sofort von selbst und ohne weitere gerichtliche oder außergerichtliche Prozedur. Die dergestalt austretenden Aktionäre haben keinerlei Anspruch auf das Vermögen der Gesellschaft oder auf Rückvergütung der geleisteten Einzahlungen, bleiben jedoch auf Höhe des etwaigen Rückstandes ihrer Aktie, also des nicht eingezahlten Aktientheils, für alle bis zum Tage ihres Austritts von der Gesellschaft eingegangenen Verbindlichkeiten noch auf ein Jahr, vom Tage des Austritts an gerechnet, subsidiarisch haftbar. Mit diesem Paragraphen erklärt sich jeder Aktionär durch Annahme der Aktie, ohne Zulässigkeit irgend eines Vorbehaltes, einverstanden.

§ 17. Eine Umänderung der Statuten, sowie eine Anstößung der Gesellschaft vor Ende der statutenmäßig bestimmten Zeit hat einzutreten, wenn dies auf einer Generalversammlung von zwei Dritteln der Aktionäre beschlossen wird.

§ 18. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft soll eine Liquidations-Kommission ernannt werden, welche die Fortführung und Abwicklung der Geschäfte besorgt und den Bericht darüber einer schließlichen Generalversammlung vorlegt. Diese Letztere hat sodann einen Beschluß über den Verbleib des Vermögens der Gesellschaft zu fassen.